



Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen
Wirtschaft im Herbst 1991

Die Lage der Weltwirtschaft	587
Die wirtschaftliche Lage in Deutschland	595
Zahlenbeilage	

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 42·43/91

Berlin

24. Oktober 1991

1. Ex.

58. Jahrgang

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1991

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., München:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
(Institut für Konjunkturforschung)

HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg

ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut
für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in München am 17. Oktober 1991

Die Lage der Weltwirtschaft

Überblick

Die Abschwächung der Weltkonjunktur, die im Herbst vergangenen Jahres eingesetzt hatte, ist im Laufe des Sommerhalbjahres zu Ende gegangen. In Nordamerika setzten sich nach einer vergleichsweise milden Rezession bereits im Frühsommer expansive Kräfte durch. Auch in einer Reihe westeuropäischer Länder, in denen Nachfrage und Produktion zuvor ebenfalls gesunken waren oder annähernd stagniert hatten, war die Entwicklung offenbar wieder leicht aufwärtsgerichtet. Dagegen haben die Auftriebskräfte in Westdeutschland und in Japan, wo die konjunkturelle Expansion noch bis in dieses Jahr hinein

überaus kräftig verlief, erheblich nachgelassen. Insgesamt ist die Belegung in den Industrieländern recht verhalten; die Auslastung der Sachkapazitäten hat sich dabei zumeist noch verringert, und die Arbeitslosigkeit ist gestiegen.

Ausschlaggebend für die konjunkturelle Besserung war, daß die bremsenden Einflüsse von seiten der Wirtschaftspolitik geringer wurden; in den USA und in einigen anderen in eine Rezession geratenen Ländern wurde die Geldpolitik sogar spürbar gelockert. Hinzu kam, daß die dämpfenden Effekte entfielen, die mit der Golfkrise verbunden gewesen waren. Nachdem sich die Realeinkommen aufgrund der deutlichen Verbilligung der Erdölimporte in den ersten Monaten dieses Jahres wieder erhöht hatten, wich mit der

Beendigung der Kampfhandlungen auch die vom Nahostkonflikt ausgelöste Verunsicherung von Konsumenten und Investoren. Insgesamt kommen mit dem Abklingen der retardierenden Einflüsse die im Laufe der achtziger Jahre verbesserten Wachstumsbedingungen wieder mehr zum Tragen.

In den USA wird die Zentralbank ihren expansiven Kurs wohl eine Zeitlang fortführen, um die Auftriebskräfte zu stärken; die Zinsen werden daher vermutlich bis ins nächste Jahr hinein noch etwas sinken. Auch in Japan wird die Geldpolitik wahrscheinlich zunehmend auf eine Anregung der Nachfrage gerichtet sein. Dagegen dürfte die Deutsche Bundesbank vorerst keine Möglichkeit für eine monetäre Lockerung sehen, da sie offenbar die Inflationserwartungen noch nicht für ausreichend verringert hält. Andere westeuropäische Zentralbanken, die deutliche Stabilisierungserfolge erzielt haben, werden dagegen voraussichtlich noch einen gewissen Spielraum für Zinssenkungen haben und ihn auch nutzen.

Die Industrieländer sind weiterhin überwiegend bemüht, die mittelfristige Konsolidierung der Staatsfinanzen fortzuführen. Dazu werden in einer Reihe von Ländern Ausgaben gekürzt, aber auch Abgaben erhöht. Die staatlichen Finanzierungsdefizite steigen daher weniger als üblicherweise bei schwacher Konjunktur. Die starke Vergrößerung des Haushaltsfehlbetrags in den USA in diesem und vor allem im nächsten Jahr ist primär durch die enormen Aufwendungen für die Einlagensicherung bei Sparkassen und Banken bedingt. In Deutschland klingen Nachfrageimpulse nun ab, die sich aus dem raschen Anstieg der staatlichen Aufwendungen im Zuge der Vereinigung ergeben hatten.

Die jüngste Besserungstendenz der Weltkonjunktur bei allmählicher Verlangsamung des Kosten- und Preisauftriebs deutet darauf hin, daß die dämpfenden Wirkungen des mehrere Jahre lang verfolgten Stabilisierungskurses auf Nachfrage und Produktion eng begrenzt blieben. Insbesondere hinsichtlich der westeuropäischen Volkswirtschaften besteht bei der Abschätzung der Entwicklung zwar noch eine gewisse Unsicherheit über die Nachwirkungen der in den vergangenen Jahren spürbar erhöhten Zinsen, doch stützen in einer Reihe von Ländern Indikatoren für das Konjunkturklima das Urteil, daß die Konjunktur nunmehr ihren unteren Wendepunkt überschritten hat. Ein Risiko für die Prognose stellen zudem die Unwägbarkeiten der politischen und ökonomischen Entwicklung in Osteuropa dar; eine krisenhafte Zuspitzung würde wegen der Rückwirkungen auf Westeuropa die Wechselkurse hier wahrscheinlich unter Druck setzen und damit die Handlungsfreiheit der Wirtschaftspolitik einengen. Schließlich ist auch die Annahme für den Erdölpreis, der in die Vorausschätzung mit annähernd 20 Dollar je Barrel (durchschnittlicher Einfuhrpreis der Industrieländer) eingegangen ist, nicht zuletzt wegen der Lieferprobleme der Sowjetunion mit erheblicher Unsicherheit behaftet.

Die Aussichten für eine fortschreitende Belebung der Konjunktur im Jahre 1992 sind namentlich für die USA und Kanada günstig. In Japan werden sich — nach ausgeprägter Konjunkturabflachung im zweiten Halbjahr 1991 — die Auftriebskräfte ebenfalls verstärken, so daß die Produktion wieder deutlicher zunimmt. In Westeuropa ist angesichts der nur allmählichen wirtschaftspolitischen Lockerung, und dem Abebben der Impulse aus der deutschen Vereinigung, mit einer insgesamt recht verhaltenen Aufwärtsentwicklung zu rechnen.

Alles in allem zeichnet sich in den Industrieländern ein moderater Anstieg von Nachfrage und Produktion ab, zumal der Kosten- und Preisauftrieb nach der milden Konjunkturabschwächung nur langsam nachläßt und die Wirtschaftspolitik dem Stabilitätsziel in der Erholungsphase schon frühzeitig erhöhte Aufmerksamkeit widmen dürfte. Der Zuwachs des realen Bruttosozialprodukts der Industrieländer wird sich voraussichtlich von reichlich 1 vH im Jahre 1991 auf 2½ vH im Jahre 1992 erhöhen, doch wird sich die Auslastung des Produktionspotentials in den meisten Ländern vermutlich noch etwas verringern; die Arbeitslosigkeit nimmt eher weiter zu. Der Anstieg der Verbraucherpreise vermindert sich nochmals leicht, von 4½ vH im Jahre 1991 auf knapp 4 vH im Jahre 1992.

Von der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung in den westlichen Industrieländern werden Anregungen auf die übrige Welt ausgehen. Sie kommen vor allem den Anbietern von Industrieerzeugnissen, insbesondere in Südostasien, zugute. In geringerem Maße profitieren die Rohstoffexporteure; wegen der nur verhaltenen Zunahme der Welt-Industrieproduktion dürfte sich die Nachfrage nach Rohstoffen nach der ausgeprägten Baisse relativ langsam erholen, und die Rohstoffpreise werden wohl nur wenig steigen. Die Einfuhr der Entwicklungsländer insgesamt wird indes voraussichtlich zügig expandieren, zumal die Länder des Nahen und Mittleren Ostens mit fortschreitender Überwindung der kriegsbedingten Friktionen, auch außerhalb Iraks und Kuwaits, ihre Bezüge wieder erhöhen. Der reale Welthandel dürfte 1991 um rund 3 vH und 1992 um schätzungsweise 5 vH zunehmen.

Die Abkehr der osteuropäischen Volkswirtschaften von einer Kommandowirtschaft war mit einem Einbruch der wirtschaftlichen Aktivität und rapide steigenden Inflationsraten in diesen Ländern verbunden. Die gesamtwirtschaftliche Produktion geht 1991 mit zweistelliger Rate zurück. Zu dieser Entwicklung trägt bei, daß der Warenaustausch zwischen den Reformländern infolge der Umstellung des Handels auf konvertierbare Währungen zu Jahresbeginn und wegen der zunehmenden Desintegration der sowjetischen Wirtschaft drastisch geschrumpft ist. Die Arbeitslosigkeit ist in allen Ländern stark gestiegen. Kräftig zunehmende Sozialausgaben und große Verluste der Staatsunternehmen haben die Budgetdefizite in vielen Ländern massiv erhöht. Mit einer Straffung der Geldpolitik ist es in der CSFR, in Polen und in Ungarn seit dem Frühjahr zwar gelungen, die Inflation zu dämpfen;

Reales Bruttosozialprodukt und Verbraucherpreise in den westlichen Industrieländern
Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr¹⁾

	Gewicht in vH	Bruttosozialprodukt			Verbraucherpreise		
		1990	1991	1992	1990	1991	1992
Deutschland	10,5	2,6	1,5	2,5	.	.	.
<i>Westdeutschland</i>	9,5	4,5	3,5	2,0	2,7	3,5	4,0
<i>Ostdeutschland</i>	1,0	-13,4	-20,0	13,0	-2,7	12,0	12,0
Frankreich	7,5	2,8	1,5	2,25	3,4	3,0	3,0
Italien	6,9	2,0	1,0	2,0	6,5	6,5	6,0
Großbritannien	6,1	0,8	-2,0	1,75	9,5	6,0	4,5
Spanien	3,1	3,7	2,5	3,0	6,7	6,0	6,0
Niederlande	1,8	3,5	2,0	1,5	2,5	3,5	3,5
Schweiz	1,5	2,2	0	1,5	5,4	6,0	4,0
Schweden	1,4	0,3	-1,0	0,5	10,4	9,5	4,0
Belgien	1,2	3,6	2,0	2,5	3,4	3,5	3,0
Österreich	1,0	4,9	3,0	2,5	3,3	3,5	3,5
Finnland	0,9	0,4	-5,0	0	6,1	4,5	3,5
Dänemark	0,8	2,1	1,5	2,5	2,6	2,5	2,5
Norwegen	0,7	1,8	2,0	3,0	4,1	4,0	4,0
Westeuropa	43,4	2,3	0,9	2,1	5,2	4,7	4,3
USA	34,2	1,0	-0,25	2,75	5,4	4,5	4,0
Japan	18,7	5,6	4,5	3,5	3,1	3,5	2,5
Kanada	3,7	0,5	-1,0	3,0	4,8	6,0	4,0
Industrieländer ²⁾	100,0	2,4	1,1	2,6	4,9	4,5	3,8
<i>Nachrichtlich: insgesamt³⁾</i>	.	2,6	1,0	2,1	5,1	4,6	3,9

1) Veränderungsraten für 1991 und 1992 geschätzt. — 2) Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet gemäß Bruttosozialprodukt von 1990. Verbraucherpreise: nur Westdeutschland. — 3) Ohne Deutschland; gewichtet mit Anteilen an der deutschen Ausfuhr.

Reales Bruttosozialprodukt und Inlandsnachfrage in ausgewählten Industrieländern
Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr¹⁾

	Gewicht in vH	Bruttosozialprodukt			Gewicht in vH	Inlandsnachfrage		
		1990	1991	1992		1990	1991	1992
Deutschland	12,0	2,6	1,5	2,5	11,5	4,4	4,5	2,5
<i>Westdeutschland</i>	10,8	4,5	3,5	2,0	10,1	5,0	3,5	2,0
<i>Ostdeutschland</i>	1,2	-13,4	-20,0	13,0	1,4	-0,4	14,5	5,0
Frankreich	8,6	2,8	1,5	2,25	8,6	3,2	1,5	2,25
Italien	7,9	2,0	1,0	2,0	7,9	2,0	1,0	2,0
Großbritannien	7,0	0,8	-2,0	1,75	7,2	-0,2	-2,5	1,75
Westeuropa ²⁾	35,5	2,2	0,7	2,2	35,2	2,6	1,5	2,2
USA	39,0	1,0	-0,25	2,75	39,6	0,5	-0,75	3,0
Japan	21,3	5,6	4,5	3,5	21,1	5,8	3,5	3,0
Kanada	4,2	0,5	-1,0	3,0	4,1	-0,4	-1,5	3,0
Industrieländer ²⁾	100,0	2,4	1,1	2,7	100,0	2,4	0,9	2,7

1) Veränderungsraten für 1991 und 1992 geschätzt. — 2) Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet gemäß Bruttosozialprodukt bzw. Inlandsnachfrage von 1990.

vor dem Hintergrund der anhaltenden Krise ist aber zweifelhaft, ob die Inflationsbekämpfung durchgehalten wird.

Der Reformprozeß ist in den osteuropäischen Ländern unterschiedlich weit gediehen. Deutlich vorangeschritten ist er in Ungarn, Polen und der CSFR. In den übrigen Ländern sind dagegen lediglich erste Ansätze erkennbar. Eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen des Transformationsprozesses ist die Privatisierung. Sie kommt jedoch nur langsam voran. Das gilt besonders für das Gebiet der ehemaligen UdSSR sowie für Rumänien und Bulgarien. Aber auch in Ungarn, Polen und der CSFR gerät der Prozeß immer wieder ins Stocken, wenngleich die Privatisierung von Kleinbetrieben bereits deutliche Fortschritte gemacht hat. Bremsend wirken vor allem fehlende oder ungenügende gesetzliche und organisatorische Voraussetzungen, ungeklärte Eigentumsfragen, ein ausgeprägter Mangel an Fähigkeiten zu marktorientiertem Management, der schlechte betriebliche und finanzielle Zustand vieler Privatisierungsobjekte, überzogene arbeitsrechtliche Schutzbestimmungen, die mangelnde Akzeptanz der Privatisierung in der Bevölkerung sowie Beschränkungen für ausländische Investoren. Die Aufspaltung von Großunternehmen in kleinere, privatisierungsfähige Einheiten ist über Ansätze kaum hinausgekommen.

Voraussetzung für eine zügige wirtschaftliche Erholung in den ehemaligen Zentralplanwirtschaften ist es, die institutionelle Infrastruktur einer Marktwirtschaft herzustellen, die Privatisierung rasch voranzubringen und die makroökonomische Stabilisierung zu erreichen. Im Zuge einer derartigen Transformation würden hohe Gewinnerwartungen entstehen und erhebliche Kapitalzuflüsse bewirkt. Die damit verbundene tendenzielle Erhöhung der Realzinsen auf den internationalen Kapitalmärkten könnte für sich genommen die Investitionstätigkeit und den privaten Verbrauch in den westlichen Industrieländern zwar dämpfen. Dem stünde aber, vor allem in Westeuropa, eine kräftige Nachfrageausweitung von seiten der Reformländer gegenüber, die im Zuge des wirtschaftlichen Aufholprozesses in erheblichem Umfang vor allem Investitionsgüter importieren müßten. Dies hätte eine größere Auslastung und Rentabilität vorhandener Produktionsanlagen in westlichen Ländern zur Folge und würde hier zusätzliche Investitionen lohnend machen. Zudem käme es aufgrund der intensivierten internationalen Arbeitsteilung zu weiteren Produktivitätssteigerungen auch in westlichen Ländern.

Die für das Gelingen der Transformation unabdingbaren Reformen können nur von den Regierungen der osteuropäischen Länder selbst durchgesetzt werden. Aber es liegt im dringenden Interesse der westlichen Industrieländer, den Transformationsprozeß zu fördern. Zwar bringt ihr Warenaustausch mit Osteuropa derzeit nur wenig Impulse, schon weil er nur 2,5 vH — in Westeuropa rund 4 vH — des gesamten Außenhandels ausmacht; die Bedeutung des Reformprozesses geht für den

Westen aber weit über die Auswirkungen auf die Handelsströme hinaus. Eine fortgesetzt schlechte wirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa würde nicht nur die dort entstehenden demokratischen Ordnungen bedrohen. Vielmehr käme es bei einem anhaltend starken Wohlstandsgefälle von West nach Ost vermutlich zu umfangreichen Wanderungen, die die soziale Stabilität in Westeuropa gefährdeten.

Die Hilfe der westlichen Industrieländer sollte sich auf die Unterstützung bei der Errichtung einer marktwirtschaftlichen Infrastruktur — zweistufiges Bankensystem, effizientes Steuersystem, Aufbau eines Rechtsstaates — und die Beseitigung der Handelshemmnisse für mittel- und osteuropäische Anbieter konzentrieren. Dies bedeutet insbesondere, daß der Zugang zu den Märkten für Agrarprodukte, Eisen- und Stahlerzeugnisse sowie Textilien wesentlich erleichtert wird und die Subventionen für westliche Anbieter abgebaut werden. Bei überzeugenden Reformschritten in Osteuropa würde die Bereitschaft westlicher Investoren, sich dort zu engagieren, deutlich zunehmen, und staatliche Finanzhilfen wären nur in geringem Umfang erforderlich. Diese sollten an konkrete Projekte, etwa im Rahmen der Infrastrukturverbesserung, gebunden werden, um eine effiziente Verwendung der Mittel sicherzustellen. Wenn aber die Reformmaßnahmen unzureichend sind, kann dies auch nicht durch vermehrte Finanzhilfen ausgeglichen werden.

Belebung der Konjunktur in den USA

In den USA hat sich die Konjunktur wieder belebt. Der leichte Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion kam schon im zweiten Vierteljahr 1991 zum Stillstand, und die expansiven Kräfte sind seither deutlich stärker geworden. Die Auslastung der Kapazitäten nahm zumindest in der Verarbeitenden Industrie wieder zu, und die Beschäftigung ging kaum noch zurück; die Arbeitslosenquote verharrte bei knapp 7 vH. Der Preisauftrieb hat im Gefolge der Rezession sowie der Verbilligung von Energieprodukten deutlich nachgelassen. Auf der Verbraucherstufe wurde das Vorjahresniveau zuletzt um knapp 4 vH überschritten.

Die Inlandsnachfrage hat seit dem Frühjahr deutlich an Schwung gewonnen. Die Belebung ging hauptsächlich vom privaten Konsum aus, der bei expandierenden Realeinkommen und verringerter Sparneigung merklich ausgeweitet wurde. Auch die Unternehmensinvestitionen begannen wieder zu steigen, und der Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen kam zum Stillstand. Die Exporte nahmen trotz schwacher Auslandskonjunktur weiter zu. Zugleich erhöhte sich mit der Belebung der Inlandskonjunktur auch die Einfuhr. Das Handelsbilanzdefizit verringerte sich — wegen der gleichzeitigen Verbesserung der Terms of Trade — merklich, und die Leistungsbilanz wies

aufgrund der empfangenen Zahlungen für die Kosten des Golfkrieges sogar einen Überschuß auf.

Die Zentralbank hat ihre expansive Geldpolitik fortgesetzt. So wurde der Diskontsatz in mehreren Schritten herabgesetzt, und die kurzfristigen Zinsen sanken innerhalb eines Jahres um drei Prozentpunkte auf zuletzt etwa 5 %. Die Zunahme der Geldmenge M1 hat sich seit der Jahreswende deutlich beschleunigt. Dagegen flachte sich die Expansion der von der Zentralbank als Steuerungsgröße verwendeten Geldmenge M2 seit dem Frühjahr ab. Die Zentralbank dürfte auf diese Entwicklung schon bald mit einer weiteren, wenn auch nur leichten Senkung der Zinsen reagieren, um so die monetären Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Belebung zu verbessern.

Das Defizit im Bundeshaushalt hat sich im abgelaufenen Fiskaljahr entgegen den Konsolidierungsankündigungen auf etwa 280 Mrd. \$ erhöht. Dies entspricht etwa 5 vH des Bruttosozialprodukts, nach rund 4 vH im vorangegangenen Haushaltsjahr. Der Anstieg geht indes nicht auf expansive finanzpolitische Maßnahmen zurück. Ausschlaggebend sind vielmehr neben konjunkturell bedingten Mindereinnahmen und Mehrausgaben die Zahlungen für die Einlagensicherung bei Sparkassen und Banken. Im kommenden Haushaltsjahr wirken die automatischen Stabilisatoren mit der konjunkturellen Belebung tendenziell auf einen leichten Rückgang des Fehlbetrages hin; aber wegen der dann noch vermehrt anfallenden Aufwendungen für die Einlagensicherung wird für 1991/92 ein weiterer Anstieg auf etwa 350 Mrd. \$ (entsprechend 6 vH des Bruttosozialprodukts) erwartet. Das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit ist merklich geringer. Mit neuen Konsolidierungsbemühungen ist vor dem Hintergrund der für Ende 1992 anstehenden Präsidentschaftswahlen nicht zu rechnen.

Die Impulse, die von der Lockerung der Geldpolitik ausgehen, werden zunehmend spürbar werden. Der Wohnungsbau dürfte von den gesunkenen Zinsen und den verbesserten Einkommenserwartungen profitieren; mit der Belebung der Nachfrage nach Wohnbauten werden die Investitionen in diesem Bereich im kommenden Jahr steigen. Die Investitionsbereitschaft der Unternehmen wird insgesamt aufgrund der gesunkenen Finanzierungskosten und der günstigeren Absatz- und Ertragserwartungen zunehmen, und vor allem die Ausrüstungsinvestitionen dürften verstärkt ausgeweitet werden. Von den Lagerinvestitionen gehen wieder Impulse aus. Mit der Verbesserung des Konjunkturklimas wird auch der private Verbrauch deutlich expandieren. Die Auslandsnachfrage wird sich ebenfalls zügig erhöhen. Zwar werden die Impulse aus der abwertungsbedingten Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit amerikanischer Anbieter nachlassen, doch ergeben sich Anregungen aus der Besserung der Weltkonjunktur. Mit der Belebung der Gesamtnachfrage werden die Importe deutlich verstärkt.

Das reale Bruttosozialprodukt wird 1991 insgesamt trotz einer Belebung in der zweiten Jahreshälfte das Vorjahrs-

niveau leicht unterschreiten; im kommenden Jahr wird die gesamtwirtschaftliche Produktion um etwa 2½ bis 3 vH steigen. Das Defizit der Leistungsbilanz, das 1991 vor allem aufgrund der genannten Sonderfaktoren sehr niedrig ausfällt, wird 1992 wieder erheblich zunehmen. Die Teuerungsrate des privaten Verbrauchs dürfte sich im Jahresdurchschnitt 1992 mit rund 4 vH nur leicht gegenüber der des Jahres 1991 von knapp 4,5 vH ermäßigen. Dieser immer noch relativ hohe Inflationssockel birgt für die kommenden Jahre stabilitätspolitische Risiken. Dies gilt insbesondere, wenn die Zentralbank ihren expansiven Kurs zu lange fortsetzt oder sogar forciert und damit Gefahr läuft, einen neuen Stop-and-Go-Zyklus auszulösen. Dies würde die Chancen für eine nachhaltige Kräftigung des Wachstums verschlechtern.

Vorübergehende Konjunkturdämpfung in Japan

In Japan ist der Aufschwung im Sommerhalbjahr ins Stocken geraten. Das Sozialprodukt hat nur noch wenig zugenommen. Der Zuwachs der Beschäftigung verringerte sich. Die bis zum Frühjahr restriktive Geldpolitik sowie ungünstigere Absatz- und Ertragserwartungen haben die zuvor kräftige Expansion der gewerblichen Anlageinvestitionen deutlich gebremst. Im Wohnungsbau hat sich der Rückgang beschleunigt. Die Exporte stiegen wegen der schwachen Weltkonjunktur nur noch langsam, die Importe tendierten zur Schwäche. Zugleich verbesserten sich die Terms of Trade nach der Jahreswende infolge des niedrigeren Ölpreises und der kräftigen Aufwertung des Yen. Die Überschüsse der Handels- und der Leistungsbilanz sind seit Beginn des Jahres deutlich gestiegen.

Die Konsumentenpreise haben sich seit dem Frühjahr nur noch wenig erhöht. Auch ist der in den vergangenen Jahren überaus starke Auftrieb der Immobilienpreise zum Stillstand gekommen. Vor diesem Hintergrund und unter dem Eindruck der konjunkturellen Abkühlung hat die Notenbank ihre restriktive Geldpolitik aufgegeben und die Zinsen am kurzen Ende gesenkt. Die monetäre Lockerung wird fortgesetzt werden.

Von der Finanzpolitik gehen leicht konjunkturstützende Wirkungen aus. Die Steuereinnahmen steigen aufgrund der flauen Konjunktur und sinkender Unternehmensgewinne verlangsamt. Zugleich werden die öffentlichen Investitionen erheblich ausgeweitet. Das Defizit im Zentralhaushalt erhöht sich daher in diesem Jahr; 1992 wird es sich indes im Zuge der konjunkturellen Belebung wieder verringern.

Die konjunkturelle Schwächephase dürfte angesichts der frühzeitigen wirtschaftspolitischen Kursänderung und der weltweiten Konjunkturbesserung nur kurz sein. Niedrigere Zinsen werden die Investitionstätigkeit anregen. Vor allem im Wohnungsbau kommt es wohl zu einer merklichen Erholung. Auch die Ausrüstungsinvestitionen

dürften sich im Verlauf des kommenden Jahres beleben, zumal die Absatz- und Ertragsaussichten günstiger werden. Der Anstieg des privaten Verbrauchs wird sich im Verlauf des kommenden Jahres leicht beschleunigen, auch weil die Beschäftigung stärker ausgeweitet wird.

Die Exporte werden kräftig zunehmen. Dazu tragen die Erholung in den USA und zunehmend auch in Westeuropa sowie die wieder verstärkten Lieferungen in den Nahen Osten bei; die Nachfrage aus Südostasien bleibt rege. Mit der Belebung der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Verlauf von 1992 wird auch die Importnachfrage merklich anziehen. Die Überschüsse im Außenhandel werden zunächst noch größer werden.

In diesem Jahr wird der Zuwachs des Sozialprodukts trotz der Schwächephase im zweiten Halbjahr mit 4,5 vH recht hoch sein. 1992 dürfte die Anstiegsrate, bei deutlicher Belebung im Jahresverlauf, nur etwa 3,5 vH betragen. Die Inlandsnachfrage wird sowohl 1991 als auch 1992 weniger zunehmen als das Sozialprodukt. Die Verbraucherpreise werden sich in diesem Jahr um knapp 3½ vH, im nächsten Jahr um 2½ vH erhöhen.

Verhaltene Erholung der Konjunktur in Westeuropa

Die konjunkturelle Entwicklung in Westeuropa hat gegen Ende des Sommerhalbjahres die Talsohle durchschritten. In vielen Ländern wurden die Wachstumskräfte nach der vor etwa einem Jahr einsetzenden monetären Lockerung wieder stärker. Die rezessiven Tendenzen in einigen Ländern setzten sich nicht mehr fort; in Großbritannien nahmen Nachfrage und Produktion seit dem Sommer zu. Demgegenüber gehen in Deutschland von der Geldpolitik weiterhin dämpfende Wirkungen aus, und die Impulse der Finanzpolitik ebbten ab. Bei der starken außenwirtschaftlichen Verflechtung der westeuropäischen Länder ergeben sich erhebliche konjunkturausgleichende Tendenzen.

Die Anlageinvestitionen stiegen kaum noch. Mit der spürbaren Verschlechterung der Absatz- und Ertragsaussichten verlangsamte sich die Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen nochmals merklich; in den Ländern mit rezessiver Wirtschaftsentwicklung kam es sogar zu einem deutlichen Rückgang. Zugleich sanken die Bauinvestitionen infolge der hohen Finanzierungskosten; namentlich der Wohnungsbau nahm in einer Reihe von Ländern spürbar ab. Von der Lagerentwicklung gingen — anders als in früheren Schwächephasen — im allgemeinen nur geringe konjunkturdämpfende Wirkungen aus. Der private Verbrauch hat insgesamt verhalten zugenommen. Die realen verfügbaren Einkommen stiegen zumeist langsamer, schon weil die Beschäftigung vielfach abnahm und sich der Preisanstieg in einigen Ländern im Jahresverlauf infolge der Anhebung indirekter Steuern und administrierter Preise verstärkte.

Die Exporte nahmen trotz des deutschen Einfuhrsogs zumeist nur wenig zu, weil die Konjunkturschwäche in der Mehrzahl der westeuropäischen Länder und in Nordamerika dämpfend wirkte. Noch langsamer expandierte infolge der schwachen Gesamtnachfrage häufig die Einfuhr. In einigen Ländern ging sie sogar zurück. Das Leistungsbilanzdefizit Westeuropas stieg merklich. Dazu trug insbesondere die starke Passivierung der westdeutschen Leistungsbilanz bei.

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich verschlechtert. Entsprechend der konjunkturellen Differenzierung war die Entwicklung allerdings recht unterschiedlich. In den meisten Ländern nahm die Beschäftigung ab. Die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich deutlich; zuletzt betrug die Erwerbslosenquote im Durchschnitt der westeuropäischen Länder annähernd 9 vH.

Der Anstieg der Konsumentenpreise hat sich bei allerdings erheblichen Unterschieden von Land zu Land deutlich verlangsamt; im Jahresdurchschnitt 1991 verringerte sich die Teuerungsrate gegenüber dem Vorjahr um einen halben Prozentpunkt auf etwa 4¾ vH. Dies war insbesondere eine Folge der monetären Dämpfung und der konjunkturell bedingten Intensivierung des Wettbewerbs. Der Lohnanstieg hat insgesamt leicht nachgelassen.

Angesichts der schwachen Konjunktur hat die Geldpolitik ihren dämpfenden Kurs seit etwa einem Jahr in einer Reihe von Ländern gelockert, ohne indes die Stabilitätsorientierung aufzugeben. Die Zinsen sanken zumeist, besonders ausgeprägt in Großbritannien, Schweden und Spanien. Die Zinsunterschiede verringerten sich dabei, weil die Bundesbank an der Hochzinspolitik festhielt. Sie dürfte 1992 zunächst die enge Geldpolitik fortsetzen. Da in fast allen Ländern die Währungspolitik weiter auf feste Wechselkurse innerhalb Westeuropas gerichtet ist, um die Stabilisierung des Preisniveaus zu fördern, sind die Möglichkeiten beschränkt, die Zinsen nennenswert zu senken. Die langfristigen Zinsen werden etwas sinken, weil sich die Inflationserwartungen zurückbilden.

Die Finanzpolitik läßt in diesem Jahr in vielen Ländern den konjunkturbedingten Anstieg des Budgetdefizits nicht voll zu; Ausgaben wurden gekürzt und Abgaben erhöht. Damit dokumentiert sie den Willen zur Fortsetzung des Konsolidierungskurses, wirkte allerdings leicht konjunkturdämpfend. Im nächsten Jahr werden die Budgetdefizite aufgrund der Konjunkturbesserung zumeist etwas geringer als in diesem Jahr ausfallen. Mit nochmaligen nennenswerten Erhöhungen von Steuern und Sozialabgaben ist kaum zu rechnen. So dürfte die Finanzpolitik im nächsten Jahr etwa konjunkturneutral sein.

Insgesamt werden von der Wirtschaftspolitik im Jahre 1992 leichte Anregungen auf die Konjunktur ausgehen. Die gewerblichen Investitionen nehmen wieder zu. Die Absatz- und Ertragsaussichten verbessern sich, da im Inland und im Ausland die Nachfrage steigt und im Abschwing ergriffene Maßnahmen zur Kostensenkung und

Produktivitätssteigerung wirksam werden. Der öffentliche Bau expandiert vermutlich ungefähr im bisherigen Tempo; in verschiedenen Ländern werden größere Infrastrukturprojekte realisiert. Der Rückgang des Wohnungsbaus dürfte sich bis weit in das kommende Jahr hinein fortsetzen, da die Zinsen nur langsam sinken. Von den Lagerinvestitionen werden expansive Impulse ausgehen. Der private Verbrauch nimmt etwas stärker zu als 1991. Zwar expandieren die realen verfügbaren Einkommen in wenig verändertem Tempo. Aber die Sparquote wird etwas niedriger sein, da sich die Beschäftigungsperspektiven verbessern und die Zinsen nicht mehr so hoch sind. Im Jahresdurchschnitt dürfte der private Konsum um etwa 2 vH expandieren.

Die Ausfuhr wird sich wieder lebhafter entwickeln. Der Export Westeuropas in die übrige Welt dürfte sich deutlich erholen, vor allem infolge der günstigeren Entwicklung in Nordamerika und im Nahen Osten. Auch innerhalb Westeuropas wird der Handel merklich expandieren. Ein nennenswerter Anstieg der Ausfuhr nach Osteuropa ist wegen der dortigen Devisenknappheit unwahrscheinlich. Das Defizit der zusammengefaßten Leistungsbilanz dürfte etwas geringer sein als 1991.

Nachfrage und Produktion werden 1992 insgesamt rascher expandieren als im laufenden Jahr. Im Jahresdurchschnitt wird sich das reale Bruttosozialprodukt um rund 2 vH erhöhen. Der Preisanstieg verlangsamt sich insgesamt weiter, wenn auch nur mäßig. Im Jahresdurchschnitt wird die Teuerungsrate 1992 mit knapp 4,5 vH nur wenig niedriger sein als im Vorjahr. Der internationale Wettbewerb bleibt zwar intensiv. Doch sind von den Importen keine Stabilisierungsimpulse zu erwarten, da die Preise für Industrierohstoffe wieder steigen werden.

Leichter Anstieg der Rohstoffpreise

Die Weltmarktpreise für Industrierohstoffe sind im Laufe des Sommerhalbjahres nochmals deutlich gesunken. Zwar dürfte der Rohstoffverbrauch in den Industrieländern insgesamt aufgrund der konjunkturellen Besserungstendenzen zuletzt eher gestiegen sein, doch blieben die Verarbeiter bei reichlichem Angebot und zu meist noch relativ hohen Zinsen bestrebt, die Rohstoffvorräte niedrig zu halten. Besonders ausgeprägt war der Preirückgang seit dem Frühjahr bei Aluminium, Zink, Blei und Baumwolle. In den nächsten Monaten wird der Rohstoffverbrauch infolge der konjunkturellen Erholung in den USA und der Belebung in anderen Industrieländern etwas mehr steigen. Das Angebot wird demgegenüber wegen der eingeleiteten Produktionskürzungen und der vermutlich geringeren Lieferungen aus den osteuropäischen Ländern voraussichtlich nur noch wenig ausgeweitet. Der Preirückgang auf den Märkten für Industrierohstoffe dürfte deshalb bald zu Ende gehen. Im Laufe des Jahres 1992 wird die Rohstoffnachfrage verstärkt zu-

nehmen, da der Bedarf der Verarbeiter rascher steigt und sie ihre Lager mit der Besserung des Konjunkturklimas aufstocken. Die Preise für Industrierohstoffe werden daher im Verlauf des Jahres anziehen; im Jahresdurchschnitt wird ihr Niveau aber wohl kaum schon höher als im laufenden Jahr sein.

Der Weltmarktpreis für Erdöl hat sich seit der Jahresmitte leicht erhöht. Ausschlaggebend dafür waren wohl Unsicherheiten auf der Angebotsseite, da die Förderprobleme in der Sowjetunion anhalten, das Embargo gegenüber Lieferungen aus dem Irak nur zögernd gelockert wird und sich nicht absehen läßt, wie rasch Kuwait die Förderung ausweiten kann. Es ist jedoch zu erwarten, daß Saudi-Arabien wie bisher den Ausfall des Angebots aus anderen Quellen ausgleicht. Auch der im September gefaßte Beschluß der OPEC-Mitglieder, die Fördergrenze heraufzusetzen, deutet darauf hin, daß es nicht zu einer Verknappung kommen wird. Vermutlich wird sich der Weltmarktpreis für Erdöl daher im weiteren Verlauf dieses Jahres und im nächsten Jahr wenig verändern; für die Prognose ist er mit annähernd 20 Dollar je Barrel (durchschnittlicher Einfuhrpreis der Industrieländer) angenommen.

Die Weltmarktpreise für Nahrungs- und Genußmittel sind seit dem Frühjahr überwiegend gestiegen. Für die Saison 1991/92 ist sowohl bei Weizen als auch bei Mais und sonstigem Futtergetreide mit einem merklichen Rückgang der Produktion und der Bestände in den Exportländern zu rechnen. Die Getreidepreise werden sich demnach wohl noch erhöhen. Auch bei Kakao zeichnet sich nunmehr zum ersten Mal seit mehreren Jahren ein Produktionsdefizit ab, so daß trotz der noch hohen Vorräte ein leichter Preisanstieg zu erwarten ist. Demgegenüber dürfte die Weltproduktion von Zucker und Kaffee den Bedarf übertreffen; die Preise werden deshalb wahrscheinlich in der nächsten Zeit sinken. Bei Sojabohnen und anderen Ölsaaten verändern sich die Notierungen voraussichtlich wenig, da die Ernten etwa der Nachfrage entsprechen werden. Insgesamt dürfte das Preisniveau auf den Weltmärkten für Nahrungs- und Genußmittel bis Mitte 1992 leicht steigen.

Lebhaftere Zunahme des Welthandels

Die Expansion des Welthandels hatte sich mit der Abschwächung der Weltkonjunktur bis in das Sommerhalbjahr hinein merklich verlangsamt. Das verhaltene Tempo war vor allem Reflex der gedämpften Konjunktur in den Industrieländern; ihre Importe flachten sich stark ab. Diese Entwicklung strahlte auf die übrige Welt aus, da hier die nachlassende Ausweitung der Exporte und der Druck auf die Ausfuhrpreise — insbesondere bei Rohstoffen — die wirtschaftliche Aktivität und die Importfähigkeit beeinträchtigten. Darüber hinaus ging die Einfuhr im Nahen Osten wegen der Folgen des Golfkonfliktes zeitweise deutlich zurück. In den osteuropäischen Ländern

schrumpfte vor allem der Austausch untereinander drastisch.

Durch die konjunkturelle Belebung in den USA und die Überwindung der Konjunkturschwäche in Westeuropa erhält der Welthandel wieder Anregungen. Auch in einigen anderen Ländergruppen dürften die retardierenden Einflüsse nunmehr nachlassen. So ist im Nahen Osten mit der Erholung von den Kriegsfolgen — auch im Umfeld der direkt betroffenen Staaten — eine kräftige Ausweitung der Bezüge zu erwarten. In Südostasien wirkt namentlich die Überwindung der Rezession in den USA auf eine Stimu-

lierung der Gesamtnachfrage und damit der Einfuhr hin. Für die überwiegend Rohstoffe exportierenden Entwicklungsländer zeichnet sich eine allmähliche Vergrößerung des Spielraums zur Importausweitung ab. In den osteuropäischen Ländern ist hingegen ein nennenswerter Anstieg der Importe wegen der anhaltenden Finanzierungsprobleme nicht wahrscheinlich. Insgesamt wird sich die Expansion des Welthandels, vor allem aufgrund der Impulse aus den Industrieländern, wieder verstärken; die Anstiegsrate — nicht eingerechnet den Austausch der osteuropäischen Länder untereinander — dürfte 1992 etwa 5 vH betragen, nach 3 vH in diesem Jahr.

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Der wirtschaftliche Umbruch, der sich in Deutschland seit der Vereinigung vollzieht, hat der Bundesrepublik bislang eine Sonderrolle in der konjunkturellen Entwicklung der Industrieländer zukommen lassen. Die Nachfrageverschiebung von Ost- nach Westdeutschland bescherte der Wirtschaft in den alten Bundesländern einen Boom; dessen Kehrseite war allerdings ein drastischer Produktionseinbruch in den neuen Bundesländern. Freilich waren nicht nur die beiden Teile Deutschlands tangiert. Die Lücke zwischen den mit staatlichen Transfers alimentierten Einkommen und der erheblich niedrigeren Produktion in Ostdeutschland wurde nicht zuletzt durch einen verstärkten Rückgriff auf ausländische Ressourcen geschlossen. Die mit der Abkühlung der Weltkonjunktur einhergehende schwache Exportnachfrage und der gleichzeitige Wettbewerbsdruck eines elastischen Güterangebots aus dem Ausland wirkten dabei einer Überhitzung der westdeutschen Konjunktur entgegen. Gleichzeitig gingen von der aus dem Vereinigungsprozeß resultierenden Mehrnachfrage Deutschlands spürbare Impulse auf die Konjunktur wichtiger Handelspartnerländer aus.

Zur Mitte des Jahres hat sich eine Umkehr des westdeutschen Konjunkturgefälles zum Ausland angebahnt. Der mit Abgabenerhöhungen und Ausgabenkürzungen verbundene Kurswechsel der Finanzpolitik läßt zusammen mit einer seit geraumer Zeit straffen Geldpolitik eine merkliche Abkühlung der Binnenkonjunktur erwarten. Außerdem wird die ostdeutsche Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen aus den alten Bundesländern von dem erreichten hohen Niveau aus nur noch verhalten expandieren. Andererseits zieht aber auch mit der wirtschaftlichen Belebung in den Industrieländern die Auslandsnachfrage wieder an.

Dieser Wechsel der konjunkturellen Auftriebskräfte vollzieht sich nicht ohne eine Stockung der gesamtwirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung in den alten Bundesländern. Wie rasch die konjunkturelle Flaute dabei überwunden wird, hängt nicht nur von dem Expansionstempo der Auslandsmärkte westdeutscher Exporteure ab. Es wird auch darauf ankommen, ob es bei der gegenwärtig labilen Konstitution der westdeutschen Konjunktur gelingt, sich abzeichnende Konflikte zwischen der Lohn-, der Geld- und der Finanzpolitik zu entschärfen. Dies gilt um so mehr, als der von der Erhöhung von Steuern und Lohnkosten ausgehende Preisdruck trotz sinkender Kapazitätsauslastung gegenwärtig zu einer Verschlechterung des Preisklimas beiträgt.

Während die westdeutsche Wirtschaft in eine Phase konjunktureller Abschwächung eingetreten ist, mehren sich die Anzeichen in den neuen Bundesländern, daß nunmehr, wie von den Instituten vor einem Jahr erwartet wurde, die Talsohle der gesamtwirtschaftlichen Produktion durchschritten worden ist. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich der strukturelle Anpassungsprozeß der Wirtschaft in Ostdeutschland branchenmäßig und regional

höchst unterschiedlich vollzieht. Indizien für eine breit angelegte, kräftige wirtschaftliche Erholung, in deren Sog eine verstärkte Nachfrage nach Arbeitskräften in der gesamten ostdeutschen Wirtschaft einsetzt, lassen sich gegenwärtig jedenfalls noch nicht finden. Der in jüngster Zeit zu verzeichnende leichte Rückgang der Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern ist keinesfalls schon ein Wendepunkt der Beschäftigungsentwicklung, sondern vor allem das Ergebnis des massiven Einsatzes arbeitsmarktpolitischer Stützungsmaßnahmen.

Ostdeutschland

Anzeichen für eine allmähliche Besserung

Die Talfahrt der ostdeutschen Wirtschaft scheint gestoppt zu sein. Nachdem die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Quartal 1991 nochmals deutlich zurückgegangen war, hat sie sich im weiteren Verlauf des Jahres offenbar etwas erholt. Im verarbeitenden Gewerbe deuten Umsatz, Nettoproduktion und Auftragseingang seit einigen Monaten auf eine Stabilisierung hin. Im Handel und im Verkehr sowie bei den Dienstleistungen dürfte die Produktion — zusammengenommen — im Sommerhalbjahr nicht mehr geschrumpft sein. Im Baugewerbe sprechen die Indikatoren sogar dafür, daß sich die Situation seit dem Frühjahr zunehmend verbessert. Alles in allem scheint es, daß die gesamtwirtschaftliche Produktion ihren Tiefstand etwa ein Jahr nach Verwirklichung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion erreicht hatte; sie dürfte um etwa ein Drittel geringer als in der ersten Jahreshälfte 1990 gewesen sein, das Niveau der Industrieproduktion sogar um zwei Drittel. Von einem zügigen Durchschreiten der Talsohle kann aber keine Rede sein. Vor allem fehlen noch die Triebkräfte für einen sich selbst tragenden Wachstumsprozeß; vielmehr stützt der Staat in vielfältiger Weise die Produktion.

Die Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland ist bis zuletzt stark zurückgegangen. Sie hatte Ende des Jahres 1989 fast zehn Millionen betragen und dürfte seither um nahezu dreieinhalb Millionen gesunken sein. Die Abnahme reflektiert, wie tief der mit dem Systemwechsel in Ostdeutschland verbundene Transformationsprozeß geht. Ein beträchtlicher Teil der Erwerbstätigen war früher in staatlichen Stellen und Institutionen beschäftigt, die aufgelöst oder verkleinert worden sind. Überwiegend resultiert die Beschäftigungsabnahme aber aus wirtschaftlichen Anpassungszwängen. In allen Branchen müssen Produktion und Beschäftigung an neue Nachfragestrukturen angepaßt werden, weil das alte Waren- oder Dienstleistungsangebot in der Marktwirtschaft keinen oder nur noch geringen Absatz findet. Fast überall waren die Betriebe, gemessen an dem für die Produktion notwendigen Personal, auch unter den alten Bedingungen überbesetzt, und um so mehr

werden die Belegschaften verkleinert, um die Produktivität zu steigern. Darüber hinaus kommt es aber auch deshalb vermehrt zu Entlassungen, weil der Kostendruck infolge der starken Lohnsteigerungen beträchtlich zugenommen hat.

Gleichwohl besteht kein Anlaß zur Resignation. Der Transformationsprozeß in Ostdeutschland, der mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion einsetzte, geht tief in alle Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft hinein, und Niedergang und Neuaufbau verlaufen zwangsläufig asynchron. Die Haushalte haben sofort und in großem Umfang ihren Verbrauch auf westliche Güter ausgerichtet; das hat die Betriebe zu drastischen Produktions- und Beschäftigungseinschränkungen gezwungen. Verstärkt wurde der Nachfragerückgang durch den Zusammenbruch des Außenhandels zwischen den Ländern des ehemaligen RGW, zu dem es mit der Umstellung auf konvertible Währungen zu Beginn des Jahres 1991 gekommen ist. Dies alles muß, so schmerzlich es ist, als Teil des Transformationsprozesses begriffen werden und ist Reflex der Umorientierung auf die neuen Bedingungen, die nun in Ostdeutschland und in den Ländern Mittel- und Osteuropas herrschen. Der Aufbau neuer Strukturen braucht Zeit, und auch in jeder westlichen Volkswirtschaft hätte ein vergleichbar kräftiger Nachfrageeinbruch, wie ihn die ostdeutsche Wirtschaft erlebte, zu sehr starken Produktions- und Beschäftigungseinbußen geführt. In Ostdeutschland ging es aber nicht nur um einen bloßen negativen Nachfrageschock. Fast alle Voraussetzungen für das Funktionieren einer Marktwirtschaft fehlten. Hier sind inzwischen unverkennbare Fortschritte erzielt worden, wenn auch mit großen Unterschieden im einzelnen.

Im Zuge der Vereinigung hat Ostdeutschland das rechtliche und institutionelle Regelwerk der früheren Bundesrepublik übernommen. Der Aufbau der entsprechenden Verwaltungen und sonstigen Institutionen ist zwar formal weitgehend abgeschlossen, aber immer noch gibt es große qualitative Lücken. Vor allem fehlt es an Personal, das die übernommenen Regeln auch sachkompetent anwenden kann. Das verzögert nach wie vor in sehr vielen Fällen Entscheidungen, hat Unsicherheiten und Fehlinformationen zur Folge und behindert den wirtschaftlichen Umstellungsprozeß stark. Besonders eklatant sind die Mängel bei den Ämtern für offene Vermögensfragen, die bei Verkäufen von Grundstücken und von Unternehmen einzuschalten sind, um zuvor die Ansprüche von Alteigentümern zu klären. Offenbar gibt es hier eine sehr große Zahl von angemeldeten Ansprüchen, die lediglich registriert, aber nicht bearbeitet werden. Die durch das Gesetz vom März 1991 eingeräumte Vorfahrt für Investoren vor den Alteigentümern wird damit vielfach blockiert.

Zum Stand der Privatisierung

Die Privatisierung ist in den einzelnen Bereichen unterschiedlich weit fortgeschritten. Im Einzelhandel und im

Gastgewerbe ist sie — mit Ausnahme des Hotelbereichs — abgeschlossen. Im sogenannten gewerblichen Bereich hat die Treuhandanstalt bis Ende September die Privatisierung von rund 3 800 Unternehmen oder Unternehmensteilen genehmigt; davon entfallen etwas mehr als 40 vH auf die Dienstleistungen, das Baugewerbe und die Land- und Forstwirtschaft.

Das Privatisierungstempo hat sich an der Zahl der Unternehmen gemessen nach einer deutlichen Beschleunigung bis Mai dieses Jahres in den Folgemonaten spürbar verringert, lag aber bis zuletzt noch über dem Tempo im ersten Quartal. Der Stand und die Erfolge der Privatisierung im gewerblichen Bereich sind schwer einzuschätzen, auch weil sich der Bestand an Betrieben durch Ausgliederungen und Zerlegungen fortlaufend ändert. Gegenwärtig verfügt die Treuhandanstalt noch über etwa 10 000 Betriebe. Vermutlich dürfte es künftig schwerer sein, Käufer für Betriebe zu finden, weil die günstigsten Investitionsgelegenheiten sicherlich zuerst genutzt worden sind. Andererseits bemüht sich die Treuhandanstalt verstärkt darum, weltweit neue Käuferschichten für die Betriebe zu erschließen.

Die Treuhandanstalt verweist auf in den Kaufverträgen zugesagte kurz- und mittelfristige Investitionen von 85 Mrd. DM und die garantierte Erhaltung von etwa 720 000 Arbeitsplätzen. Gemessen an den zur Jahresmitte noch schätzungsweise 2 Millionen Beschäftigten in den nicht privatisierten Treuhandbetrieben wäre der Privatisierungsstand mit einem Viertel noch nicht sehr hoch. In der Gesamtsumme der Investitionen sind auch die im Energiesektor zugesagten Investitionen in Höhe von 30 Mrd. DM enthalten. Ohne diesen Bereich errechnen sich Investitionen je garantierten Arbeitsplatz, über mehrere Jahre verteilt, von im Durchschnitt 80 000 DM und ohne zusätzliche Berücksichtigung des Fahrzeugbaus von etwa 60 000 DM. Das scheint angesichts des hohen Sanierungsbedarfs der Betriebe in Ostdeutschland recht wenig zu sein.

Bis zuletzt sehr schleppend ist der Verkauf von Grundstücken durch die Treuhandanstalt verlaufen. Von den knapp 30 vH der landwirtschaftlichen und den rund zwei Dritteln der forstwirtschaftlichen Flächen, die von der Treuhandanstalt verwaltet werden, wurden bisher schätzungsweise zusammen weniger als 1,5 vH veräußert oder verpachtet. Dahinter steht offenbar das politische Bemühen, niedrige Bodenpreise in Ostdeutschland zu vermeiden, die einen Fall der Preise in Westdeutschland nach sich ziehen könnten. Niedrige Bodenpreise in Ostdeutschland würden dort jedoch die wirtschaftliche Entwicklung innerhalb und außerhalb der Landwirtschaft fördern. Deshalb sollte die Treuhandanstalt auch den Verkauf der umfangreichen sogenannten sonstigen Flächen rasch vorantreiben.

Die Umstellung in einzelnen Wirtschaftszweigen

Der Umstellungsprozeß ist in den einzelnen Zweigen der ostdeutschen Wirtschaft sehr unterschiedlich vorangekommen. Das hat mit den Marktverhältnissen ebenso zu

tun wie mit der Ausgangssituation, politischen Vorgaben und spezifischen Umstellungshemmnissen. In der Landwirtschaft ist die Konsolidierung kaum in Angriff genommen worden. Die Betriebe sind personell überbesetzt. Die Produktionsgenossenschaften müssen bis Ende 1991 in Privateigentum überführt werden. Sie haben hohe Alt-schulden, und ausscheidende Mitglieder stellen Entschädigungsansprüche. Die Kreditwürdigkeit der ehemaligen Genossenschaften ist deshalb gering. Außerdem begünstigt die Agrarpolitik entsprechend dem westdeutschen Leitbild den bäuerlichen Familienbetrieb. Während so die Produktionsgenossenschaften und ihre Nachfolgebetriebe diskriminiert werden, wollen sich nur wenige Landwirte selbständig machen; hier spielt eine wichtige Rolle, daß sie nach Einsetzung in ihr altes Eigentum in der Regel Betriebe hätten, deren Größe für ein Bestehen zu gering wäre. Fazit: der Übergang aus der Planwirtschaft bedeutet für die ostdeutsche Landwirtschaft keineswegs, daß sie nun ihre Wettbewerbsvorteile suchen kann. Sie wird darin durch Altlasten und politische Vorgaben gehindert.

Im verarbeitenden Gewerbe hat sich die Produktion zwar stabilisiert, im einzelnen ist das Bild aber gemischt. Eine deutliche Erholung hat es seit dem Frühjahr in den Handwerksbereichen des verarbeitenden Gewerbes gegeben. Dagegen dürften Produktion und Auftragseingang in der Industrie im Sommerhalbjahr tendenziell stagniert haben, obwohl die von der Bundesregierung bereitgestellten Kredite und Bürgschaften für Abnehmer in mittel- und osteuropäischen Ländern zeitweilig zu einem sprunghaften Wiederanstieg der Auslandsumsätze und der Aufträge aus dem Ausland geführt haben. Nach verschiedenen Befragungen erwartet der Großteil aller Betriebe der Industrie einen kräftigen Produktionsanstieg im Verlauf der zweiten Jahreshälfte 1991, im Durchschnitt um ein Viertel. Mehrere Indizien lassen jedoch einen nicht gerechtfertigten Optimismus vermuten. So sind die Umsatzprognosen, die die Treuhandanstalt zu Jahresbeginn für eine große Zahl ihrer Betriebe erhoben hat, im ersten Halbjahr 1991 deutlich unterschritten worden.

Gegenwärtig hält sich nach Befragungen zudem kaum ein Betrieb im Besitz der Treuhandanstalt für wettbewerbsfähig. Als Gründe werden insbesondere ein zu hoher Personalbestand und rasch steigende Löhne, veraltete Produktionsanlagen und Finanzierungsengpässe bei Investitionen angeführt. Außerdem werden Absatzprobleme, insbesondere fehlende Vertriebskanäle genannt. Zugleich hält ein nur sehr geringer Teil die eigenen Produkte für qualitativ unzureichend; dies scheint zu belegen, daß die Betriebe den Zwang unterschätzen, sich nun gegen den Konkurrenzdruck aus dem Westen innovativ zu behaupten. Dafür spricht auch, daß die Betriebe, die noch im Besitz der Treuhandanstalt sind, den Erneuerungsaufwand für die Sachanlagen je Arbeitsplatz um fast die Hälfte geringer ansetzen als jene Betriebe, die bereits privatisiert wurden.

Obschon sich nur wenige Betriebe für jetzt wettbewerbsfähig halten, meinen drei Viertel von ihnen, in spätestens

zwei Jahren saniert zu sein. Sie setzen dabei vor allem auf die Hilfe von außen durch Privatisierung oder die Zufuhr von Kapital durch die Treuhandanstalt. Außerdem wollen sie in großem Umfang schon im weiteren Verlauf des Jahres Personal freisetzen. Es bestehen erhebliche Zweifel daran, ob die Sanierungsfähigkeit der Betriebe so groß wie angegeben ist. Nach den nun für fast alle von ihnen vorliegenden DM-Eröffnungsbilanzen ist der Zustand der Produktionsanlagen wohl noch schlechter, als befürchtet worden war. Kaum ein Betrieb der Treuhandanstalt dürfte im laufenden Jahr rentabel arbeiten, und nur wenige im kommenden. In der elektrotechnischen Industrie, im Maschinenbau, in der Textilindustrie und in der chemischen Industrie werden die Aussichten als besonders ungünstig eingeschätzt. Generell gilt nach verschiedenen Auskünften und Befragungen, daß die kleineren Betriebe sich rascher anpassen als die großen; sie haben den Personalbestand schneller verringert als jene, rechnen aber auch um so mehr mit künftigen Personalaufstockungen. Alles in allem bestehen für die Industrie Zweifel, ob die sehr günstigen Umsatzprognosen, die sich aus Befragungen ergeben, gerechtfertigt sind.

In der Bauwirtschaft haben sich die Hoffnungen auf einen kräftigen Aufschwung, für den noch bei der Gemeinschaftsdiagnose im Frühjahr kaum Anzeichen vorlagen, insgesamt erfüllt. Die Umsätze und insbesondere der Auftragseingang sind seit März 1991 stark gestiegen. Maßgeblich waren die Investitionen der öffentlichen Hand, aber auch die gewerblichen Investoren haben erheblich dazu beigetragen. Im Wohnungsbereich ist keine Belebung zu verzeichnen; dies resultiert vor allem daraus, daß die Mieten trotz der Anhebung nach wie vor nicht kostendeckend sind. Die Zahl der im Bauhauptgewerbe in Ostdeutschland tätigen Betriebe ist beträchtlich gestiegen; vom Jahresbeginn bis zum Herbst 1991 hat sie sich um schätzungsweise 20 vH erhöht. Dies spiegelt wohl vor allem wider, daß im Zuge der Umstrukturierung der ostdeutschen Bauwirtschaft viele Betriebsteile als selbständige Firmen ausgegliedert wurden.

Im Handel, der bis in die erste Jahreshälfte 1991 hinein starke Absatzverluste hinnehmen mußte, sind im Sommerhalbjahr Umsatz und Produktion wieder gestiegen. Das Warenangebot im Osten Deutschlands ist breiter geworden, und der zunehmende Wettbewerb hat bewirkt, daß das Preisniveau jetzt nicht mehr so häufig überhöht ist. Die Käufe ostdeutscher Bürger im Westen sind zurückgegangen, und der ostdeutsche Einzelhandel gewinnt zunehmend Marktanteile zurück. Anpassungshemmnisse im Handel sind zwar geringer geworden, jedoch immer noch recht bedeutsam. Die Flächen in den nun privatisierten Verkaufsstellen von HO und Konsum sind verglichen mit jenen im Westen klein und schränken die Angebotsvielfalt ein; neue Ladenlokale sind wegen des Mangels an Gewerberäumen oft schwer zu eröffnen. Die Folge ist, daß nicht selten lokale Monopole fortbestehen, vor allem in kleineren Gemeinden.

Im Güterverkehr, der sehr starke Aufkommensverluste infolge des Niedergangs der Braunkohleförderung, der Schrumpfung der Industrie sowie der Abnahme von Transporten von Fertigelementen für die Bauwirtschaft erlitten hatte, hat sich die Wertschöpfung im Sommer kaum noch verringert. Sie dürfte mit einer leichten Aufwärtstendenz in der Industrie und der kräftigen Expansion in der Bauwirtschaft allmählich wieder steigen. Im Personenverkehr war die Entwicklung bereits zur Jahresmitte aufwärts gerichtet. Freilich bedeuten die Mängel in der Verkehrsinfrastruktur, die sich trotz der angelaufenen umfangreichen Investitionsmaßnahmen bei Straße und Schiene nur langsam beseitigen lassen, nicht selten ein gravierendes Expansionshemmnis.

Der Bereich der privaten Dienstleistungen expandiert seit dem Frühjahr. Allerdings ist dieser Bereich sehr heterogen. Banken, Versicherungen und andere Finanzdienstleistungsbereiche sind ebenso auf klarem Expansionskurs wie die Freien Berufe. Im Dienstleistungshandwerk gibt es neben vielen Zweigen, die die Produktion ausweiten, nicht wenige, in denen sie deutlich schrumpft, vor allem solche traditionellen Handwerke, die mit der Vielfalt des neuen Warenangebotes und den niedrigeren Preisen für die meisten Industriewaren ihre Existenzgrundlage verlieren. Im Dienstleistungshandwerk insgesamt hat sich Umfragen zufolge vom Frühjahr zum Sommer ein klarer Umschwung vollzogen. Produktion und Aufträge haben sich deutlich erhöht, allgemein werden die weiteren Aussichten als günstig eingeschätzt. Vermutlich kommt hier auch die beträchtliche Verbesserung der Lage in der Bauwirtschaft zum Ausdruck, die direkt und indirekt auf das Dienstleistungshandwerk ausstrahlt.

Zunehmende Zahl von Existenzgründungen

Auf die Schaffung selbständiger Existenzen in den neuen Bundesländern sind viele Erwartungen gerichtet worden. In der DDR gab es zuletzt nur etwa 100 000 Selbständige. Gemessen daran ist die Anmeldung von fast 470 000 neuen Gewerben, davon ein Achtel im Handwerk, von Anfang 1990 bis Ende August dieses Jahres sehr groß. Allerdings hat sich die Zahl der neu angemeldeten Gewerbe zuletzt deutlich verringert, und außerdem ist die der Gewerbeabmeldungen gestiegen. Belief sich die Relation von Anmeldungen zu Abmeldungen im zurückliegenden Jahr auf etwa 10:1, so wurde in der Zeit von Anfang 1991 bis August 1991 im Gegenzug zur Gründung von jeweils etwa 3,5 Gewerben eines abgemeldet. Gleichwohl ist eine negative Einschätzung dieser Entwicklungen unangebracht. Viele Menschen haben Gewerbe offenbar vorsorglich angemeldet und sie nur vorübergehend oder nebenbei betrieben. Auch haben manche inzwischen andere Arbeitsverhältnisse gefunden. Die Verringerung der Relation Gewerbeabmeldungen zu Gewerbeabmeldungen pflegt jeder Gründungswelle zu folgen, weil naturgemäß mit einiger Verspätung nicht selten die Erwartungen in eine selbstän-

dige Existenz enttäuscht werden. Auch wenn nun im Verhältnis zu den Gewerbeabmeldungen deutlich weniger Gewerbe neu angemeldet werden, so ist die Relation im Vergleich zu Westdeutschland hoch. Sie dürfte dort gegenwärtig bei etwa 1,25 liegen.

Von den per saldo — nach Abzug der Abmeldungen — von Jahresanfang 1990 bis Ende August 1991 angemeldeten 435 000 Gewerben dürften nur etwa 175 000, also rund 40 vH, tatsächlich Neugründungen von Existenzen sein. Die Differenz hat verschiedene Gründe. Dazu gehören Gewerbeummeldungen, die Übernahme eines bestehenden Unternehmens, die Änderung der Gesellschaftsform und ähnliches; auch werden Gewerbe häufig nicht abgemeldet. Dies alles relativiert die Zahl der Gewerbeabmeldungen, nicht aber ihre grundsätzliche Bedeutung. Nach vorliegenden Einschätzungen und Erhebungen dürften in Ostdeutschland innerhalb von zwei Jahren je Gewerbeneugründung acht Arbeitsplätze entstehen. Damit könnten die tatsächlichen Neugründungen beträchtliche Beschäftigungswirkungen nach sich ziehen. Freilich sind solche Quantifizierungen mit sehr großen Unsicherheiten behaftet.

Ausweitung des staatlichen Mitteleinsatzes

Die staatlichen Transfers nach Ostdeutschland gelten einer Vielzahl von Zwecken. Mit einer verwirrenden Vielfalt von Maßnahmen, die kaum abschätzbare Wirkungen haben, werden private Investitionen gefördert. Daneben werden umfangreiche Mittel für öffentliche Investitionen bereitgestellt, der Aufbau von Verwaltungen finanziert, Produktion, Beschäftigung und Einkommen abgesichert und soziale Leistungen alimentiert. Wir setzen den Umfang der staatlichen Nettotransfers, das heißt vor allem unter Berücksichtigung von Steuerermehreinnahmen in Westdeutschland infolge der Nachfrage aus Ostdeutschland, in diesem Jahr mit 105 Mrd. DM an und erwarten für das kommende Jahr Transfers in Höhe von rund 125 Mrd. DM. Hier wirken sich vor allem die einigungsbedingten Mehrausgaben des Bundes und der Defizitausgleich für die Rentenversicherung in Ostdeutschland (15 Mrd. DM) aus. Auch im kommenden Jahr werden damit die Transfers hoch bleiben. Sie sind etwa halb so groß wie das Bruttosozialprodukt. Die Einkommen werden also in beträchtlichem Maße nicht durch eigene Produktion erwirtschaftet.

Privater Verbrauch: Deutliche Ausweitung 1992

Zwar hat das Stundenlohniveau 1991 im Durchschnitt den Vorjahresstand um vermutlich fast die Hälfte übertraffen. Zugleich ist aber die Zahl der Beschäftigten sehr viel geringer, die der Kurzarbeiter ist beträchtlich höher, und außerdem wurde die tarifliche Arbeitszeit reduziert. Im Ergebnis dürfte die Brutto- und -gehaltsumme 1991 um fast ein Zehntel geringer als im Vorjahr sein. Weil nun

die Steuern und die Sozialabgaben höher sind, fällt der Rückgang der Nettolohn- und -gehaltsumme sogar deutlich stärker aus. Allerdings sind auch die Sozialleistungen angehoben worden, so die Renten zum 1. Januar und nochmals zum 1. Juli dieses Jahres um insgesamt ein Drittel. Die staatlichen Transfers zusammen dürften in diesem Jahr um fast 80 vH höher als im vorherigen sein. Ferner erzielen die Haushalte zunehmend Einkommen im Westen Deutschlands, weil die Zahl derjenigen steigt, die dorthin zur Arbeit auspendeln. Im Verhältnis zu den in Ostdeutschland erarbeiteten Einkommen dürften sich diese Einkommen auf knapp ein Zehntel belaufen. Alles in allem überschreiten die nominalen verfügbaren Einkommen damit das Vorjahresniveau deutlich.

Allerdings ist auch das Preisniveau beträchtlich höher als im Vorjahr, nachdem die Preise für Energie, die Mieten zum 1. Oktober — bei gleichzeitiger Einführung des Wohngeldes — und Verkehrstarife angehoben worden sind, um sie näher an das Kostenniveau heranzuführen. Im Ergebnis dürften die realen verfügbaren Einkommen etwa gleichgeblieben sein. Der private Verbrauch hat dennoch etwas zugenommen, denn die Haushalte haben aus ihren laufenden Einkommen weniger gespart.

Für das kommende Jahr ist mit einer lebhaften Ausweitung des Einkommens zu rechnen. Nach den schon vorliegenden Vereinbarungen und Verlautbarungen ist ein wiederum starker, wenn wohl auch nicht mehr ganz so kräftiger Anstieg der Tariflöhne wie in diesem Jahr wahrscheinlich. Wir haben ein Tariflohniveau für 1992 angesetzt, das um reichlich ein Viertel über dem im laufenden Jahr liegt. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte weniger zurückgehen als 1991, die der Arbeitslosen dürfte erheblich weniger steigen. Die Zahl der Kurzarbeiter nimmt stark ab. Damit wird sich die Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten beträchtlich, um gut ein Drittel nach rund 15 vH 1991 erhöhen, die Lohnsumme insgesamt nach einem Rückgang in diesem Jahr um fast ein Fünftel steigen. Werden zunehmende Lohnsteuer und Sozialbeiträge, aber auch umfangreiche Sozialtransfers berücksichtigt, dann ist ein um etwa ein Viertel größeres verfügbares Einkommen der Haushalte wahrscheinlich.

Vor allem wegen der starken Erhöhung der Mieten zum 1. Oktober dieses Jahres wird das Preisniveau im kommenden Jahr im Vorjahresvergleich nochmals erheblich höher liegen. Im Jahresverlauf wird es dagegen relativ wenig steigen. Damit nehmen die realen verfügbaren Einkommen beträchtlich zu. Aus ihren Einkommen werden die Haushalte nun zwar vermehrt sparen, zugleich dürften sie aber ihren Verbrauch im Verlaufe von 1992 deutlich ausdehnen. Im Vergleich zu diesem Jahr wird er im Durchschnitt des Jahres merklich höher sein.

Investitionstätigkeit zunehmend kräftig

Die Investitionstätigkeit hat sich im Verlaufe dieses Jahres deutlich verstärkt und dürfte im kommenden noch-

mals zunehmen. Allerdings gibt es zwischen den Unternehmen beträchtliche Unterschiede. Aus Angaben der Unternehmen der Treuhandanstalt ergibt sich, daß hochgerechnet auf das Jahr 1991 aus eigener Kraft Investitionen von 8 bis 10 Mrd. DM vorgenommen werden sollen; angesichts der finanziellen Schwäche, die sie zugleich beklagen, erscheint eine solche Größenordnung aber wohl als unrealistisch. Allerdings will die Treuhandanstalt, nachdem sie die Eröffnungsbilanzen und Sanierungskonzepte geprüft hat, verstärkte Unterstützung bei Investitionen zur Modernisierung und Rationalisierung leisten. Dagegen haben die privatisierten Betriebe, Investoren aus dem Westen und Existenzgründer vermehrt Investitionen vorgenommen. Die verschiedenen Förderprogramme der Länder werden lebhaft in Anspruch genommen; direkt und indirekt werden bis zu 50 vH der Investitionssumme durch den Staat finanziert. Die für Investitionszuschüsse im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe in diesem Jahr bereitgestellten Mittel sind erschöpft, nachdem aus der gewerblichen Wirtschaft Anträge mit einem Fördervolumen von 53 Mrd. DM eingereicht und Zusagen für 31 Mrd. DM zu fördernde Investitionen erteilt worden sind.

Der Großteil der gewerblichen Investitionen in Ostdeutschland entfällt auf die Tätigkeit westdeutscher Unternehmen. Einschließlich der Bereiche Energie und Telekommunikation lassen verschiedene Umfragen auf ein Investitionsvolumen (Ausrüstungen und Bauten) in Höhe von etwa 25 Mrd. DM durch Unternehmen aus dem Westen Deutschlands schließen. Der Umfang der Investitionen dürfte im kommenden Jahr beträchtlich größer sein, weil Hemmnisse beseitigt werden und die Zahl privatisierter Unternehmen größer sein wird. Die Investitionen westlicher Unternehmen in Ostdeutschland sind für 1992 mit 36 Mrd. DM angesetzt worden.

Lebhafte Entwicklung im Baubereich

Die sich kräftigende Investitionstätigkeit der Unternehmen, aber auch die verstärkte Vergabe von öffentlichen Aufträgen, die im Frühjahr 1991 die Produktion im Bau haben anspringen lassen, dürften eine zunehmende Dynamik in diesem Bereich zur Folge haben. Nach und nach werden wohl auch Hemmnisse wie die ungeklärten Eigentumsverhältnisse oder administrative Schwerfälligkeit bei Eigentumserwerb, Baugenehmigung und Ausweisung von Grundstücken geringer werden.

Da aufgrund der verschiedenen Förderprogramme mehr Mittel für investive Zwecke zur Verfügung stehen, dürften Länder und Gemeinden in Ostdeutschland mehr Aufträge vergeben.

Im Wohnungsbau erlauben die Mieten, trotz der Erhöhung, immer noch keine rentable Sanierung des Bestandes. Hier könnte sich im kommenden Jahr eine Wende ergeben, falls die Mieten tatsächlich an das Kostenniveau herangeführt werden. Hinzu kommt, daß verschiedene För-

derprogramme wirksam werden. Im Verlauf von 1992 dürfte sich auch die Neubautätigkeit allmählich erhöhen. Insgesamt gesehen werden die Bauinvestitionen im kommenden Jahr kräftig expandieren und, wie schon im laufenden Jahr, starke Impulse für andere Wirtschaftszweige vermitteln, insbesondere für das Handwerk und baunahe Industriezweige. Das wird zunehmend auf den Arbeitsmarkt ausstrahlen.

Nachfrage nach westdeutschen Gütern bleibt hoch

In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird der innerdeutsche Handel als Export bzw. Import verbucht. Der Nachholbedarf der ostdeutschen Bevölkerung, der sich zunächst auf Konsumgüter und Pkw konzentrierte, führte zu einem sprunghaften Anstieg der Warenbezüge aus Westdeutschland. Ausgehend von einem Niveau von rund 10 Mrd. DM im ersten Halbjahr 1990 erhöhten sie sich im zweiten Halbjahr auf knapp 40 Mrd. DM und im ersten Halbjahr 1991 auf über 60 Mrd. DM¹. Die Nachfrage nach Waren aus den alten Bundesländern wird weiterhin hoch bleiben, größere Impulse sind allerdings nicht mehr zu erwarten. Die Struktur der Bezüge aus Westdeutschland wird sich mehr zu den Investitionsgütern hin verlagern. Auch der Dienstleistungsimport aus Westdeutschland hat kräftig expandiert. Hierzu beigetragen haben vor allem die hohen Reiseausgaben und damit verbundene Direktkäufe ostdeutscher Bürger in Westdeutschland.

Die Warenlieferungen von Ost- nach Westdeutschland, die sich 1990 auf rund 9 Mrd. DM beliefen, dürften bei zunehmender Produktionstätigkeit in Ostdeutschland bis 1992 auf reichlich 12 Mrd. DM ansteigen. Die Exporte von Dienstleistungen haben im Zug der Vereinigung deutlich expandiert. Der Anstieg erklärt sich in erster Linie aus den stark steigenden Pendlereinkommen: Nach 2,5 Mrd. DM im Jahr 1990 dürften sich diese 1991 auf rund 10 Mrd. DM und 1992 auf etwa 16 Mrd. DM erhöhen.

Strukturelle Veränderungen im Außenhandel

Die ostdeutschen Exporte in der Spezialhandelsabgrenzung sind nach der mit Beginn dieses Jahres erfolgten Umstellung des Handels zwischen den ehemaligen Mitgliedsländern auf Weltmarktpreise und konvertible Währungen weitgehend zusammengebrochen. Der Verlust der traditionellen Absatzmärkte in Osteuropa hat bewirkt, daß die Ausfuhren (ohne innerdeutsche Lieferungen) bis zur Jahresmitte auf rund 40 vH des Vorjahreswertes sanken. Dieser dramatische Einbruch geht in erster Linie auf den Handel mit der UdSSR zurück. In der Tendenz haben auch die Lieferungen in die Entwicklungsländer bis zuletzt abgenommen; dagegen haben sich die Ausfuhren in die westlichen Industrieländer bereits Ende letzten Jahres auf niedrigem Niveau stabilisiert. Die vergleichsweise günstige

Entwicklung bei den Exporten in die westlichen Industrieländer ist aber kaum Ergebnis von Bemühungen zur Umstellung der Produktion. Vielmehr sind wohl mit großen Preisnachlässen überwiegend traditionelle Produkte ausgeführt worden, keinesfalls wettbewerbsfähige Neuentwicklungen. Umfragen deuten nämlich darauf hin, daß eine durchgreifende Verbesserung der Produktqualität und die Erneuerung des Produktsortimentes von den meisten Unternehmen noch nicht in Angriff genommen worden sind.

Allerdings dürfte sich die Talfahrt bei den Exporten nun wohl verlangsamen, vor allem weil die Kreditzusagen an die Sowjetunion vermehrt in Anspruch genommen werden. Mehr als eine Stütze für einen Teil der überkommenen Lieferungen bedeutet dies aber nicht.

Vermutlich wird die ostdeutsche Ausfuhr gegen Ende dieses Jahres nur noch ein Drittel des Wertes im Durchschnitt des vergangenen Jahres ausmachen. Im Verlaufe des kommenden Jahres dürfte sie sich leicht beleben, vor allem, weil nun Lieferungen aus privatisierten und neu errichteten Betrieben den weiteren Rückgang bei überkommenen Fertigungen übertreffen. Nach und nach werden auch einzelne Betriebe, die dann noch im Besitz der Treuhandanstalt sind, Produkte anbieten, die unter Weltmarktbedingungen bestehen können. Die verbreitete Hoffnung in diesen Betrieben, daß die Märkte im Osten ein großes Exportgeschäft mit traditionellen Produkten ermöglichen, dürfte sich dagegen als trügerisch erweisen.

In Ostdeutschland hat sich die regionale Struktur der Importe beträchtlich verändert. Dies wurde verstärkt durch den Zusammenbruch des Handels der Länder des ehemaligen RGW untereinander. Die Importe aus den mittel- und den osteuropäischen Ländern nahmen bis in die erste Hälfte dieses Jahres weiter stark ab, dürften sich im Verlaufe des Jahres aber stabilisiert haben. Die Importe aus den westlichen Industrieländern stabilisierten sich bereits Ende letzten Jahres.

Im kommenden Jahr werden vor allem die Bezüge von Mineralöl und Erdgas aus Osteuropa zunehmen. Der Import aus den westlichen Industrieländern dürfte kräftig steigen. Einerseits werden im Zuge der wachsenden Verflechtung mit westdeutschen Unternehmen deren Bezugsquellen weitgehend übernommen, zum anderen werden die ostdeutschen Unternehmen dazu übergehen, vermehrt direkt aus den Herstellungsländern zu importieren, anstatt Güter über den Westen Deutschlands zu beziehen.

Allmähliche Belegung der gesamtwirtschaftlichen Produktion

Nachdem sich die gesamtwirtschaftliche Produktion im Sommerhalbjahr etwas erholt hat, zeichnet sich nun eine

¹ In der Statistik des innerdeutschen Handels schlägt sich wegen der Erfassungsprobleme der erhöhte innerdeutsche Warenverkehr nur zu etwa einem Drittel nieder. Zwei Drittel werden vom Statistischen Bundesamt hinzugeschätzt.

Belebung ab, die sich im Verlaufe des kommenden Jahres verstärken dürfte. Die Talsohle ist damit um die Jahresmitte durchschritten worden.

Die Aufwärtstendenz hat mehrere Quellen. Zunächst hat sich die Talfahrt in Fertigungen, insbesondere industriellen Branchen, die unter marktwirtschaftlichen Bedingungen schrumpfen müssen, stark verlangsamt, wirkt also nicht mehr so bremsend auf die in anderen Bereichen angelegten gesamtwirtschaftlichen Anstiegsprozesse. Darüber hinaus haben sich die Rahmenbedingungen allgemein verbessert, die eine wichtige Voraussetzung für die Umstrukturierung der ostdeutschen Wirtschaft sind. Ohne Zweifel sind die Hemmnisse vielfacher Art geringer geworden, die die Entfaltung von Unternehmen und den Umgestaltungsprozeß anfangs sehr stark behindert haben. Das hat die Investitionsbereitschaft und den Willen zur Gründung von Unternehmen gefördert. Die Treuhandanstalt hat — dies gilt trotz aller Kritik an ihrer Ausgestaltung und an ihrer Arbeit im einzelnen — durch die Privatisierung von Betrieben zur Erholung beigetragen. Schließlich greifen die umfangreichen finanziellen Transfers nach Ostdeutschland und haben, auch durch den beschleunigten Aufbau von Verwaltungen, eine Ausweitung der Produktion vor allem im Baugewerbe und benachbarten Bereichen in Gang gesetzt. Im kommenden Jahr wird die gesamtwirtschaftliche Produktion wohl um etwa ein Zehntel höher als in diesem sein, in dem das Niveau um etwa ein Viertel geringer als im zurückliegenden sein dürfte. Nicht eindeutig zu beantworten ist, ob eine Initialzündung für einen nachhaltigen Aufwärtstendenz schon erfolgt ist. Zu viele Aktivitäten werden nämlich durch staatliche Ausgaben angeregt, zu viele Hemmnisse bestehen fort, zu viele Betriebe der Treuhandanstalt finden offenbar nicht den Weg zur Wettbewerbsfähigkeit, und zu viele Einkommensansprüche werden durchgesetzt, die die Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft übersteigen.

Arbeitsmarkt: Hoffnung auf Stabilisierung

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Verlaufe dieses Jahres zwar kräftig gestiegen, war mit zuletzt 1,03 Millionen (September) aber deutlich geringer als allgemein befürchtet worden war. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit spiegelt das Ausmaß des tatsächlichen Rückganges an wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen in Ostdeutschland nicht wider. Viele Arbeitskräfte befinden sich in Kurzarbeit, sind in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, in Weiterbildung bzw. Beschäftigungsgesellschaften untergebracht, erhalten frühzeitig Rente oder pendeln zur Arbeit nach Westdeutschland aus. Die Stabilisierung der Zahl der Arbeitslosen, zu der es zuletzt gekommen ist, war das Ergebnis aller dieser Faktoren.

Die Arbeitslosigkeit dürfte sich noch bis zur Jahresmitte 1992 erhöhen. Einen Schub wird es schon bald geben, vor allem weil die Betriebe im Besitz der Treuhandanstalt offenbar noch vor Ende des Jahres 1991 viele Arbeitskräfte

Arbeitsmarktbilanz für Ostdeutschland
1 000 Personen

	1989	1990	1991 ¹⁾	1992 ¹⁾
Bevölkerung	16 600	16 200	15 900	15 700
Arbeitskräftepotential ²⁾	(9 950)	(9 950)	(9 950)	(9 950)
Veränderung gegenüber 1988				
— Übersiedler (Erwerbspersonen)	90	440	600	700
— Ausländer (Rückwanderung)	—	30	60	90
— Pendlersaldo	—	80	310	425
— Vorruhestandsregelungen	—	250	500	455
Bestand				
Arbeitskräftepotential (Inlandskonzept)	9 860	9 150	8 480	8 280
Erwerbstätige (Inlandskonzept)	9 860	8 850	7 030	6 020
in ABM ³⁾	—	5	200	450
in Kurzarbeit	—	760	1 630	750
im Wartestand	—	50	175	0
Arbeitslose (registriert)	—	240	950	1 400
Arbeitslosenquote ⁴⁾ (vH)		2,6	11,9	18,9
Weiterbildung		20	300	500
Stille Reserve		40	200	360

1) Vorausschätzung der beteiligten Institute; Angaben gerundet. —
2) Arbeitskräftepotential des Jahres 1988. — 3) ABM = Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen — 4) Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitslose).

entlassen wollen. Dabei werden in hohem Maße auch Beschäftigte freigesetzt, die jetzt Kurzarbeiter sind. In der Spitze dürfte die Zahl der Arbeitslosen fast 1 1/2 Millionen erreichen. Hoffnung auf eine Stabilisierung auf dem Arbeitsmarkt besteht für das Sommerhalbjahr 1992. Dann dürfte die Zahl der Erwerbstätigen nicht mehr sinken.

Westdeutschland

Auftriebskräfte erlahmten

In Westdeutschland sind die konjunkturellen Auftriebskräfte seit dem Frühjahr mehr und mehr erlahmt. Die Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts war zwar im ersten Halbjahr mit 4,5 vH nochmals sehr hoch; sie war damit um einen Prozentpunkt höher als im Frühjahrsgutachten erwartet. Doch sie spiegelt eine Expansion wider, die nur bis zum Frühjahr sehr kräftig war. Unterschätzt wurde von den Instituten das bis dahin erreichte Niveau, vor allem der Lieferungen nach Ostdeutschland. Seit dem

Frühjahr ist der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion erheblich langsamer geworden. In der Industrie stagnierte die Erzeugung sogar, nachdem der Auftragseingang bereits seit Jahresbeginn zurückgegangen war. Deutlich verschlechtert hat sich nach den Umfragen des ifo Instituts auch das Geschäftsklima in der Wirtschaft.

Die Gründe für den markanten Wandel der konjunkturellen Entwicklung sind vielfältig. Am frühesten, nämlich schon im Sommer vergangenen Jahres, begann die Nachfrage des Auslandes nach deutschen Produkten infolge der Konjunkturabschwächung in den meisten Partnerländern zu sinken; im Frühjahr dieses Jahres folgte die Ausfuhr. Etwa seit der Jahreswende gehen auch die Inlandsaufträge, besonders ausgeprägt bei den Investitionsgüterherstellern, zurück. Das dürfte sowohl auf das schwächere Auslandsgeschäft als auch auf die hohen Zinsen bei gleichzeitig ungünstiger gewordenen Ertragsersparungen zurückzuführen sein. Vor allem die Zinsen erklären zudem die Abschwächung der Baunachfrage. Seit der Jahresmitte belasten außerdem die Steuererhöhungen die konjunkturelle Entwicklung, vor allem den privaten Verbrauch.

Expansive Gegenwirkungen gingen zwar von der durch öffentliche Transfers Westdeutschlands alimentierten Nachfrage aus Ostdeutschland aus, also letztlich von der Finanzpolitik. Dieser Impuls hat die Bremswirkungen der Weltkonjunktur und der Geldpolitik eine Zeitlang überspielt. Nun reicht er dazu nicht mehr aus, denn die Zunahme der ostdeutschen Nachfrage ist — auf hohem Niveau — deutlich langsamer geworden.

In der gleichen Zeit, in der die konjunkturelle Expansion immer mehr nachließ, hat sich der Preisanstieg erheblich verstärkt. Er ist in erster Linie als späte Folge des Booms anzusehen, zu dem neben der Finanzpolitik früher auch die Geldpolitik beigetragen hat. Die Abkehr der Lohnpolitik von einem gemäßigten Kurs hat auch von der Kostenseite her den Preisauftrieb verschärft. Die Lohnstückkosten stiegen um so stärker, als die Abschwächung der konjunkturellen Expansion wie immer mit einem Nachlassen des Produktivitätsanstiegs einherging. Die Beschäftigung wurde noch relativ kräftig ausgeweitet. Es stellt sich die Frage, ob dies lediglich eine Verzögerung gegenüber der Konjunkturentwicklung ist, wie sie auch früher zu beobachten war, oder ob hier ein verändertes Verhalten vorliegt. Möglicherweise nutzen Betriebe die Chance zur Gewinnung qualifizierter Arbeitskräfte, die nun dank der Öffnung des ostdeutschen Arbeitsmarktes verfügbar sind.

Abweichend von der allgemeinen Abschwächung der Auftriebskräfte hat sich der Auftragseingang aus dem Ausland in den letzten Monaten wieder deutlich belebt; seit kurzem geht auch die Ausfuhr nicht mehr zurück. Diese Wende zum Besseren hängt offenbar mit der im weltwirtschaftlichen Teil dieses Gutachtens konstatierten Tendenzwende in der Weltkonjunktur zusammen. Auffallend sind jedoch der frühe Zeitpunkt und die Stärke des Wiederanstiegs bei den Auftragseingängen. Möglicherweise spielt hier auch eine Rolle, daß sich westdeutsche Exporteure

wieder stärker um Auslandsaufträge bemühen, nachdem einige Zeit die Wahrnehmung der neuen Geschäftsmöglichkeiten in Ostdeutschland im Vordergrund gestanden hatte.

Nur kurze Unterbrechung der konjunkturellen Expansion

Die konjunkturelle Expansion in Westdeutschland dürfte nach der Jahresmitte weitgehend zum Stillstand gekommen sein. Der Anstieg des privaten Konsums hat sich unter dem Einfluß verstärkter Preissteigerungen und erhöhter Abgabenbelastungen nicht fortgesetzt, das Wachstum der Investitionen hat sich deutlich verlangsamt, und die Lagerbewegung dürfte sogar die Produktion dämpfen. Von der Ausfuhr gehen zunächst noch keine nennenswerten Gegenwirkungen aus. An dieser Konstellation wird sich bis Anfang des nächsten Jahres wohl nicht viel ändern. Im Vergleich zum Vorjahr wird das reale Bruttosozialprodukt im zweiten Halbjahr 1991 zwar um etwa 2,5 vH höher sein, aber das spiegelt den vergangenen Anstieg (Basiseffekt) und nicht die aktuelle Entwicklung.

Aus heutiger Sicht spricht wenig dafür, daß aus der Stagnation eine Rezession werden könnte. Das wäre wohl nur dann zu befürchten, wenn in der Lohnrunde des kommenden Jahres Abschlüsse durchgesetzt würden, die den oft beschworenen schweren Konflikt mit der — potentialgerechten — Geldpolitik herbeiführen würden. Eine solche Entwicklung ist hier nicht angenommen worden. Bei der folgenden Prognose ist vielmehr von einem Einschwenken der Lohnpolitik auf deutlich niedrigere Abschlußsätze ausgegangen worden. Mit einem Wiederanstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion ist in einem frühen Stadium des nächsten Jahres zu rechnen, da die Ausfuhr wieder expandieren wird. Von dem Auslaufen des Solidaritätszuschlags zum 1. Juli 1992 und vom Vorziehen von Käufen im Hinblick auf die geplante Anhebung der Mehrwertsteuer zum 1. Januar 1993 werden ebenfalls Impulse, vor allem auf den privaten Verbrauch, ausgehen.

Die Abkühlung der Konjunktur verbessert von der Nachfrageseite her die Voraussetzungen für die Rückgewinnung der Preisstabilität; erfahrungsgemäß sind dabei die Wirkungsverzögerungen jedoch relativ groß. Wegen der mit einer schwachen Konjunktur verbundenen Abflachung des Produktivitätszuwachses ergibt sich von der Kostenseite her dagegen zunächst noch zusätzlicher Preisdruck. Das alles bedeutet, daß der Preisauftrieb bis weit in das nächste Jahr hinein relativ kräftig sein wird. In nächster Zeit wird es überdies zu schwankenden Anstiegsraten im Vorjahresvergleich kommen; dies reflektiert Unstetigkeiten der Preisentwicklung im vergangenen Jahr, die vor allem durch die zeitweiligen Ölpreiserhöhungen wegen der Nahostkrise verursacht wurden. Nach den derzeitigen niedrigeren Raten beim Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung ist in den nächsten Monaten wieder mit größeren

Veränderungen zu rechnen, ohne daß sich der laufende Preisanstieg verstärkt. Besonders hoch werden die Raten zu Beginn der nächsten Lohnrunde sein.

Eine bloße Unterbrechung der Expansion, aber kein mehr oder weniger tiefer Einbruch der Konjunktur ist schon wegen des Ausbleibens schwerwiegender Fehlentwicklungen im vorangegangenen Aufschwung wahrscheinlich. Darüber hinaus wird der Abschwung durch die Belebung der Weltkonjunktur abgefedert, die gewissermaßen rechtzeitig einen Wiederanstieg der Ausfuhr ermöglicht. Fragen stellen sich jedoch für den Konjunkturverlauf über das nächste Jahr hinaus. Sie ergeben sich vor allem aus den sicherlich noch lange hoch bleibenden Belastungen durch öffentliche Transfers nach Ostdeutschland.

Annahmen der Prognose

Der Prognose für das Jahr 1992 liegen eine Reihe von Annahmen zugrunde, die zumeist Ergebnis prognostischer Überlegungen, in einigen Fällen lediglich Setzungen sind. Im einzelnen ist angenommen worden:

- Der Anstieg der Konjunktur in den Handelspartnerländern setzt sich, wie im weltwirtschaftlichen Teil dieses Gutachtens ausgeführt, in mäßigem Tempo fort.
- Der Ölpreis (durchschnittlicher Einfuhrpreis der Industrieländer) beträgt etwa 20 Dollar je Barrel. Das Weltmarktpreisniveau der Industrierohstoffe auf Dollarbasis erhöht sich etwas.
- Die Nachfrage aus Ostdeutschland nimmt von hohem Niveau aus nur noch wenig zu.
- Die Tarifabschlüsse in der nächstjährigen Lohnrunde fallen deutlich niedriger aus als in diesem Jahr (Abschlußsätze etwa 5 vH).
- Die Geldpolitik setzt ihren potentialorientierten Kurs fort. Eine Verschärfung wird nicht vorgenommen.

- In der Finanzpolitik werden die bisher bekannten Haushaltspläne und Maßnahmen durchgeführt. Neue Maßnahmen von Bedeutung sind hier nicht unterstellt.
- Das Zinsniveau auf dem Kapitalmarkt und der reale Außenwert der D-Mark verändern sich nicht nennenswert.

Exportaussichten wieder günstiger

Die Belebung der Weltkonjunktur läßt für den deutschen Export wieder bessere Bedingungen erwarten. Die internationale Wettbewerbsposition deutscher Anbieter dürfte sich nicht nennenswert verändern, zumal eine Korrektur der Währungsrelationen im EWS wenig wahrscheinlich ist. Von der Verbesserung der Weltkonjunktur wird der Export um so stärker angeregt werden, als die westdeutschen Unternehmen mit nachlassenden Impulsen aus den neuen Bundesländern ihr Augenmerk wieder mehr auf die Auslandsmärkte richten werden. Der westdeutsche Export wird nun wieder auf einen Pfad mäßiger Expansion einschwenken. 1992 dürfte er in der Abgrenzung des Spezialhandels real etwa 6 vH höher sein als in diesem Jahr, in dem er lediglich das Vorjahresergebnis erreicht.

Die Nachfrage der ostdeutschen Produzenten und Verbraucher nach Waren aus den alten Bundesländern wird auch weiterhin hoch bleiben, aber kaum noch zunehmen. Die Struktur der Lieferungen wird sich deutlich verändern. Mit steigender Investitionsneigung in Ostdeutschland wird das Gewicht der Investitionsgüterlieferungen zunehmen. Konsumgüter werden, nach Deckung des ersten Nachholbedarfs, auch wegen der allmählichen Rückgewinnung von Marktanteilen durch ostdeutsche Anbieter an Anteil verlieren.

Die Ausfuhr Westdeutschlands einschließlich der Lieferungen nach Ostdeutschland, wie sie in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ausgewiesen wird, wird im kommenden Jahr deutlich schwächer expandieren als

Entwicklung des westdeutschen Außenhandels¹⁾
Veränderungen gegenüber Vorjahr in vH, Volumen

	1990	1991	1992	1991		1992	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
				ohne innerdeutschen Handel ²⁾			
Ausfuhr	1,5	0,5	6,5	-1,5	2,0	5,0	8,0
Einfuhr	11,5	14,0	5,0	18,5	10,0	4,0	6,0
				mit innerdeutschem Handel ³⁾			
Ausfuhr	7,0	9,0	6,5	10,5	8,0	6,0	7,0
Einfuhr	11,5	13,5	5,5	17,5	9,5	4,5	6,5

¹⁾ Ab 2. Halbjahr 1991 Vorausschätzung der beteiligten Institute. — ²⁾ Warenhandel in der Abgrenzung der Spezialhandelsstatistik. — ³⁾ Warenhandel in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

bisher. Dazu trägt auch bei, daß die Dienstleistungsausführung in verlangsamtem Tempo zunimmt.

Deutlich nachlassender Investitionsanstieg

Die Rahmenbedingungen für Investitionen sind ungünstiger geworden. Der Rückgang der Investitionsgüteraufträge aus dem Inland spiegelt das wider. Zwar sind die Auftragsbestände noch relativ umfangreich, und die Lieferfristen sind erst wenig kürzer geworden. So kam es bisher lediglich zu einer Verlangsamung des Investitionswachstums. Mit einer weiteren Verschlechterung der Investitionsbedingungen muß indes gerechnet werden:

- Die Kapazitätsauslastung ist noch hoch, aber die konjunkturelle Abflachung läßt eine weiter sinkende Auslastung erwarten.
- Die Gewinnsituation der Unternehmen ist ebenfalls im großen und ganzen noch gut, doch werden die Gewinnperspektiven durch den verstärkten Anstieg der Lohnstückkosten und die Dämpfung der Konjunktur beeinträchtigt. Die Wiederbelebung der Auslandsnachfrage kann die nachlassenden inländischen Nachfrageimpulse zunächst nicht kompensieren. Bei weiterhin hohen Zinsen verschlechtert sich die Zins-Gewinn-Relation; das wirkt dämpfend auf die Investitionen in Sachanlagen.

Der laufende Anstieg der realen Ausrüstungsinvestitionen wird sich erheblich abschwächen. Erst in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres dürfte er sich, nicht zuletzt dank der dann stärker gewordenen Impulse aus dem Ausland, wieder etwas beschleunigen. Die jahresdurchschnittliche Zunahme wird 1992 wohl nur noch etwa 4 vH betragen, nach rund 10 vH in diesem Jahr.

Schwäche bei den Bauinvestitionen

Hohe Zinsen, ungünstigere Gewinnperspektiven, ein verringerter Anstieg der Realeinkommen und Finanzprobleme des Staates haben eine Abschwächung der Nachfrage nach Bauleistungen in Westdeutschland zur Folge.

Im Eigenheimbau geht die Nachfrage bereits seit Mitte vergangenen Jahres zurück. Im Geschloßwohnungsbau muß nun ebenfalls mit einer Nachfragedämpfung gerechnet werden, zumal die Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau in Westdeutschland gekürzt wurden. Obwohl die Nachfrage nach Modernisierungs- und Instandsetzungsleistungen weiter zunehmen dürfte, ist insgesamt im Wohnungsbau mit einer spürbaren Verringerung des Anstiegs und im Verlauf des kommenden Jahres wohl sogar mit einem Rückgang zu rechnen.

Die gewerblichen Bauinvestitionen werden sich im Einklang mit der Abschwächung der Investitionsneigung der Unternehmen deutlich langsamer erhöhen als bisher. Im öffentlichen Bau schließlich ist wegen der angespannten

Finanzlage der Gebietskörperschaften und der Verlagerung von Investitionsausgaben des Bundes von West nach Ostdeutschland 1992 ein erneuter Rückgang zu erwarten.

Insgesamt werden die realen Bauinvestitionen in Westdeutschland zunächst nur noch wenig steigen und im späteren Verlauf des nächsten Jahres voraussichtlich zurückgehen. Im Jahresdurchschnitt ergibt sich dann noch ein geringer Zuwachs. Der Preisauftrieb dürfte sich nachfragebedingt etwas abschwächen.

Zunächst nur geringer Konsumanstieg

Die Abkühlung der Konjunktur wird im kommenden Jahr zu einer deutlichen Abschwächung der Expansion der Einkommen aus unselbständiger Arbeit führen. Die Wirtschaft wird weniger zusätzliche Arbeitskräfte einstellen, und die Lohnabschlüsse dürften niedriger ausfallen als in diesem Jahr. Dafür spricht vor allem, daß der Druck auf die Gewinnmargen den Widerstand der Unternehmen gegen hohe Lohnforderungen stärken wird. Alles in allem wurden für das nächste Jahr Lohnanhebungen von etwa 5 vH gegenüber rund 7 vH in diesem unterstellt. Bei den Transfereinkommen ist ein kaum vermindertes Expansionstempo zu erwarten, während die Entnahmen vermutlich leicht abgeschwächt zunehmen werden.

Begünstigt wird die Entwicklung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte jedoch durch die Verringerung fiskalischer Belastungen. So wird der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung zu Beginn des nächsten Jahres gesenkt, zur Jahresmitte endet die Erhebung des Solidaritätszuschlages zur Einkommensteuer, und die beabsichtigte Verbesserung des Familienlastenausgleichs entlastet die privaten Haushalte im nächsten Jahr um voraussichtlich rund 6 Mrd. DM. Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen 1992 mit rund 6 vH fast im gleichen Ausmaß zunehmen wie in diesem Jahr.

Nach dem jüngsten Rückgang der Sparquote im Gefolge der neuen fiskalischen Belastungen ist ein Wiederanstieg nach dem Wegfall des Solidaritätszuschlages wahrscheinlich. Dennoch wird dem relativ langsamen Anstieg des privaten Verbrauchs, der für die erste Hälfte des kommenden Jahres zu erwarten ist, eine gewisse Beschleunigung in der zweiten folgen, zumal ein Vorziehen von Käufen in Erwartung der vorgesehenen Mehrwertsteuererhöhung am 1. Januar 1993 wahrscheinlich ist. Im Vorjahresvergleich dürfte — unter Berücksichtigung des Preisanstiegs — der reale private Konsum um 2 vH zunehmen, nach 3 vH in diesem Jahr.

Preisdruck läßt erst allmählich nach

In den kommenden Monaten wird der Lohnkostendruck noch nicht viel geringer werden; das laufende Tempo des

Preisanstiegs wird vorerst noch relativ hoch bleiben. Die laufende Jahresrate beim Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte dürfte bis weit in das nächste Frühjahr hinein etwa 4 vH betragen. Damit wird die Anstiegsrate im Vorjahresvergleich im ersten Halbjahr 1992 voraussichtlich zwischen 4,5 und 5 vH liegen. Dabei ist berücksichtigt, daß zum 1. März die Tabaksteuer angehoben wird. Unter der Voraussetzung niedrigerer Lohnabschlüsse und mit der Belebung der Konjunktur wieder stärkerer Produktivitätszuwächse wird der Preisanstieg im weiteren Verlauf des nächsten Jahres merklich nachlassen. Am Jahresende 1992 dürfte die Rate im Vorjahresvergleich dann nur noch rund 3 vH betragen.

Wendepunkt der Produktion Anfang 1992

Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte bis etwa zur Jahreswende stagnieren; im Jahresdurchschnitt 1991 wird sie den Vorjahresstand aufgrund des hohen Überhangs zu Jahresbeginn noch um 3,5 vH übertreffen. Danach wird die Belebung der Nachfrage aus dem Ausland zu einem Wiederanstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion führen. Für den Durchschnitt des Jahres 1992 wird der Zuwachs des realen Bruttosozialprodukts auf rund 2 vH (arbeitstäglich bereinigt 1,5 vH) geschätzt. Der Auslastungsgrad der Sachkapazitäten sinkt erst im späteren Verlauf des kommenden Jahres nicht mehr.

Einfuhr nimmt wieder stärker zu

Der verringerte Anstieg der Nachfrage und der Rückgang der Kapazitätsauslastung in der Industrie werden vor-

erst einen nur noch geringen Anstieg der Einfuhr zur Folge haben. Erst im Laufe des nächsten Jahres wird die Einfuhr von der Konjunktur neue Anregungen erhalten. Dies wird vor allem für Investitionsgüter gelten, auch wegen der zunehmenden Investitionstätigkeit in den neuen Bundesländern. Alles in allem wird die Wareneinfuhr 1992 sowohl in der Abgrenzung des Spezialhandels als auch in der der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung um 5 1/2 vH höher sein als in diesem Jahr, in dem der Zuwachs rund 14 vH betragen dürfte.

Die Einfuhrpreise werden etwas stärker steigen als in diesem Jahr. Mit der Besserung der Weltkonjunktur werden die Weltmarktpreise für Industrierohstoffe allmählich wieder anziehen, und die Preise für Enderzeugnisse, die sich schon im Laufe dieses Jahres verstärkt erhöht hatten, dürften dieses Tempo im nächsten Jahr beibehalten.

Schwächerer Beschäftigungsanstieg

Die gegenwärtige Dämpfung der Konjunktur wird nach und nach zu einer deutlich geringeren Zunahme der Nachfrage nach Arbeitskräften führen. Anders als in früheren Phasen konjunktureller Schwäche wird es aber weiterhin einen Beschäftigungszuwachs geben; er wird sogar beachtlich sein. Wegen der stets verzögerten Reaktion auf die Konjunktur wird die schwächere Tendenz der Beschäftigung wohl im ganzen kommenden Jahr anhalten. Insgesamt wird die Zahl der Erwerbstätigen (Inlandskonzept) im Jahresdurchschnitt 1992 voraussichtlich nur noch um rund 350 000 über der des Jahres 1991 liegen, in dem sie um 800 000 steigt.

Eckdaten der Prognose für Westdeutschland

	1990	1991 ¹⁾	1992 ¹⁾	1990	1991 ¹⁾	1992 ¹⁾
	Absolute Werte			Veränderung in vH gegenüber Vorjahr		
Bruttosozialprodukt real ²⁾ (Mrd. DM)	2 138,7	2 210	2 250	4,5	3,5	2,0
Inlandsnachfrage, real ²⁾ (Mrd. DM)	2 082,7	2 150	2 195	5,0	3,5	2,0
Gesamtnachfrage, real ²⁾³⁾ (Mrd. DM)	2 926,8	3 095	3 190	6,4	6,0	3,0
Beschäftigte Arbeitnehmer (Inlandskonzept, 1 000 Personen)	25 470	26 260	26 600	3,3	3,0	1,5
Arbeitslose (1 000 Personen)	1 883	1 700	1 700	7,6	-9,7	0,0
Arbeitslosenquote ⁴⁾ (vH)	7,0	6,2	6,1	—	—	—
Verbraucherpreise ⁵⁾ (1985 = 100)	107,3	111,0	115,5	2,6	3,5	4,0

¹⁾ Vorausschätzung der beteiligten Institute; Angaben gerundet. — ²⁾ In Preisen von 1985. — ³⁾ Inlandsnachfrage und Ausfuhr. — ⁴⁾ Bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen (Beschäftigte und Arbeitslose). — ⁵⁾ Preisniveau des privaten Verbrauchs.

Der Zustrom von Pendlern aus Ostdeutschland dürfte im nächsten Jahr vor allem wegen der nicht mehr so günstigen Situation auf dem Arbeitsmarkt geringer werden. So wird ihre Zahl, die an diesem Jahresende voraussichtlich 420 000 betragen wird, im kommenden Jahr wohl nur um etwa 100 000 zunehmen. Das westdeutsche Arbeitskräfteangebot wird wie in diesem Jahr um etwa 50 000 Personen abnehmen. Insgesamt wird das Erwerbspersonenpotential trotz des fortdauernden Zustroms erwerbsfähiger Ausiedler (130 000) und der weiter steigenden Zahl von Ausländern (180 000) 1992 erheblich weniger wachsen als 1991. Die Arbeitslosigkeit dürfte im Verlauf des kommenden Jahres weitgehend unverändert bleiben und im Jahresdurchschnitt erneut 1,7 Millionen Personen betragen.

Staatsdefizit bleibt trotz Abgabenerhöhungen hoch

Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte ist in diesem und im nächsten Jahr geprägt von den hohen Ausgaben zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme in den neuen Bundesländern. Die bisher zur Begrenzung der Neuverschuldung ergriffenen Konsolidierungsmaßnahmen bewirken lediglich, daß das Defizit des gesamten Staatssektors im nächsten Jahr kaum noch steigt. Die hohen öffentlichen Transfers an die neuen Bundesländer von rund 105 Mrd. DM im laufenden Jahr und rund 125 Mrd. DM im nächsten Jahr (netto gerechnet, d.h. abzüglich der im Westen vor allem durch das einigungsbedingt höhere Wachstum erzielten staatlichen Mehreinnahmen) zeigen, daß der „Prozeß des Teilens“ in vollem Gange ist. Die Mittel werden im Osten zum größten Teil für die soziale Absicherung und für die schnelle Einkommensangleichung verwendet, aber auch der Ausbau der öffentlichen Infrastruktur ist inzwischen angelaufen.

Die Ausgaben des Staates im gesamten Bundesgebiet steigen im laufenden Jahr stark an; dies gilt für alle wichtigen Ausgabepositionen. Die Personalausgaben nehmen wegen der relativ hohen Einkommensteigerungen im öffentlichen Dienst kräftig zu. In den alten Bundesländern wurden die Einkommen im öffentlichen Dienst um fast 7 vH (einschließlich Zulagen) aufgestockt, in den neuen Ländern stiegen sie um 35 vH; sie erreichten damit zur Jahresmitte rund 60 vH des Niveaus im alten Bundesgebiet.

Der Rückgang der Beschäftigung in den neuen Ländern führt bei gleichzeitiger Erhöhung der Einkommen zu einem sprunghaften Anstieg der Ausgaben infolge höherer Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Auch die zahlreichen Maßnahmen zur Beschleunigung und zur sozialen Abfederung des Umstrukturierungsprozesses in Ostdeutschland ziehen erhebliche Mehrausgaben nach sich; hier schlagen insbesondere die Aufwendungen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, für das Vorruhestandsgeld, für den bei niedrigen Renten gezahlten Sozialzuschlag sowie für die beschäftigungspolitisch motivierte Unterstützung von Unter-

nehmen zu Buche. Mehrausgaben entstehen zudem im gesamten Bundesgebiet durch die Erhöhung diverser Sozialleistungen (Verlängerung der Bezugsdauer von Erziehungsgeld, Erhöhung des Kindergeldes und des Wohngeldes). Besonders kräftig steigen in diesem Jahr auch die Übertragungen an das Ausland, vor allem wegen der Beteiligung an den Kosten des Golfkrieges (rund 11 Mrd. DM) sowie der Zahlungen an die Sowjetunion im Zusammenhang mit dem Truppenabzug. Hier entstehen im Zeitraum 1991 bis 1994 Haushaltsbelastungen von insgesamt 12 Mrd. DM.

Die öffentlichen Investitionen steigen im laufenden Jahr beträchtlich. Zwar wird sich der Anstieg in den alten Bundesländern wegen der Umschichtungen zugunsten Ostdeutschlands abflachen, doch wird im Osten kräftig investiert. Hierzu trägt vor allem das Sofortprogramm des Bundes zur Unterstützung der kommunalen Investitionstätigkeit in Höhe von 5 Mrd. DM bei; hinzu kommen weitere im „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost“ bereitgestellte Mittel. Bedeutsam ist auch, daß die Finanzausstattung der neuen Länder und Gemeinden verbessert wurde; der Bund verzichtete auf seinen Anteil am Fonds „Deutsche Einheit“, und die neuen Länder werden — anders als zunächst vereinbart — in voller Höhe entsprechend ihrer Einwohnerzahl am Umsatzsteueraufkommen beteiligt. Darüber hinaus wird die Investitionstätigkeit durch die Beteiligung an der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ sowie durch das Gemeindegeldprogramm gestützt. Insgesamt dürften sich die öffentlichen Investitionsausgaben in den neuen Bundesländern auf knapp 13 Mrd. DM und damit auf rund 800 DM je Einwohner belaufen. Im Westen beträgt das Pro-Kopf-Investitionsniveau in diesem Jahr knapp 1 000 DM. Da das Lohn- und Preisniveau zwischen Ost und West noch nicht voll angeglichen ist, dürfte die reale staatliche Investitionstätigkeit je Einwohner in den neuen Bundesländern schon etwas höher liegen als in den alten Ländern.

Infolge der — vor allem einigungsbedingten — Ausweitung der staatlichen Neuverschuldung, der Übernahme von Altschulden der DDR und der hohen Kapitalmarktzinsen werden auch die Zinsausgaben kräftig zunehmen.

Außerordentlich kräftig expandieren die Steuereinnahmen in Westdeutschland. Dies liegt zum einen am Lohnsteueraufkommen, dessen Anstieg von der Progressionswirkung des Tarifs, der Aufstockung des Beschäftigungsvolumens, der relativ hohen Zunahme der Lohnsätze und dem kräftigen Rückgang von Erstattungen im Rahmen des Lohnsteuerjahresausgleichs geprägt wird. Zum anderen kommt es zu beträchtlichen Mehreinnahmen infolge der zur Jahresmitte in Kraft getretenen Steuererhöhungen (befristeter „Solidaritätszuschlag“, spezielle Verbrauchsteuern). Auch die Steuern vom Umsatz nehmen in Westdeutschland mit einer zweistelligen Rate zu, insbesondere als Folge der hohen Käufe ostdeutscher privater Haushalte. Nur moderat fällt hingegen der Anstieg des kassenmäßigen Aufkommens der ertragsabhängigen Steuern

aus, vor allem deshalb, weil die Entlastungen der Steuerreform 1990 nachwirken und vermehrt Investitionszulagen beansprucht werden. In Ostdeutschland spielen die ertragsabhängigen Steuern noch kaum eine Rolle. Das Lohnsteueraufkommen in Ostdeutschland wird zwar — für sich gesehen — durch die starken Lohnsteigerungen erhöht. Da aber die Beschäftigung sinkt, bleibt das Aufkommen niedrig. In Westdeutschland nehmen dagegen die Sozialbeiträge aufgrund höherer Beitragssätze und der kräftigen Lohn- und Beschäftigungsentwicklung merklich zu. Die sonstigen Einnahmen steigen wegen der höheren Ablieferung der Bundespost und der zunehmenden Rückflüsse von seiten der EG aus Marktordnungsabgaben ebenfalls stärker.

Das Staatsdefizit (einschließlich des Fonds „Deutsche Einheit“ und des Kreditabwicklungsfonds, aber ohne Treuhandanstalt) dürfte sich in diesem Jahr in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf knapp 90 Mrd. DM belaufen; in Relation zum gesamtdeutschen Bruttosozialprodukt sind dies rund 3 vH. Die Fehlbeträge der Gebietskörperschaften betragen dabei 106 Mrd. DM, während bei den Sozialversicherungsträgern insgesamt mit einem Überschuß von knapp 18 Mrd. DM gerechnet werden kann; bei der Arbeitslosenversicherung werden die im Osten entstehenden Fehlbeträge durch Überschüsse aus dem Westen ausgeglichen. In finanzstatistischer Abgrenzung — hier werden Darlehen und Beteiligungen den Ausgaben zugeordnet — dürfte das Defizit der Gebietskörperschaften eine Größenordnung von 130 Mrd. DM und damit 4,6 vH des Bruttosozialprodukts erreichen. Das Ziel der Bundesregierung, das Defizit der Gebietskörperschaften auf 140 Mrd. DM zu begrenzen, wird also erreicht werden. Der wichtigste Grund dafür ist, daß das Steueraufkommen höher als veranschlagt ausfällt. Darüber hinaus hat sich der Abfluß öffentlicher Mittel in den neuen Bundesländern durch verschiedene Hemmnisse im Verwaltungsbereich verzögert.

Im Jahr 1992 werden die Einnahmen des Staates im gesamten Bundesgebiet voraussichtlich um fast 9 vH steigen. Dabei wird das Lohnsteueraufkommen in Westdeutschland, trotz der Anhebung des Kinderfreibetrages, wegen der Steuerprogression überdurchschnittlich zunehmen, während die ertragsabhängigen Steuern infolge einer gedämpften Gewinnentwicklung unterdurchschnittlich steigen. Die Entwicklung bei den Steuern vom Umsatz und bei den speziellen Verbrauchsteuern wird sich abschwächen, weil die Nachfrage aus Ostdeutschland kaum mehr expandieren dürfte. Bei der Mineralöl- und bei der Versicherungsteuer fallen allerdings wegen der Erhöhung zum 1. Juli 1991 im Jahresdurchschnitt deutliche Mehreinnahmen an. Zudem wird die Tabaksteuer zum 1. März 1992 angehoben.

Die Sozialbeiträge werden in Westdeutschland mit 6 vH etwa so stark zunehmen wie die Bruttolohn- und -gehaltsumme, da die durchschnittliche Beitragsbelastung — trotz der Senkung des Satzes zur Arbeitslosenversiche-

rung zum 1. Januar 1992 um einen halben Prozentpunkt — unverändert bleibt. Dies gilt jedenfalls dann, wenn der durchschnittliche Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung, wie hier angenommen, nicht angehoben wird; das ist freilich angesichts der zusätzlichen Ausgabenbelastung in diesem Bereich unsicher.

Der an den Bund im nächsten Jahr ausgeschüttete Teil des Bundesbankgewinns wird mit 15 Mrd. DM voraussichtlich ein Rekordniveau erreichen nach reichlich 8 Mrd. DM im laufenden Jahr.

In Ostdeutschland werden die Einnahmen der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherungen kräftig zunehmen. So wird bei den Steuereinnahmen eine Zunahme um ein Drittel erwartet; damit betragen die Steuern je Einwohner freilich erst ein Fünftel des westdeutschen Niveaus. Das kassenmäßige Lohnsteueraufkommen dürfte um 60 vH steigen; maßgebend für diese Entwicklung ist das mit dem hohen Lohnzuwachs verbundene Hineinwachsen der Einkommen in die Progression des Einkommensteuertarifs. Die Ertragsteuern bleiben angesichts der ungünstigen Gewinnsituation noch niedrig. Bei den indirekten Steuern entspricht das vergleichsweise niedrige Aufkommen nicht dem Verbrauch der ostdeutschen Bevölkerung, da dieser steuerlich zu einem erheblichen Teil in Westdeutschland wirksam wird. Bei der Aufteilung des Umsatzsteueraufkommens wird dies durch die Berechnung entsprechend der Bevölkerungszahl berücksichtigt. Die Sozialbeiträge in Ostdeutschland werden etwa im Gleichschritt mit der Zunahme der Löhne und Gehälter steigen, also um knapp 20 vH.

Die Ausgaben des Staates im gesamten Bundesgebiet werden voraussichtlich um 8,5 vH zunehmen. Die Aufwendungen für den Staatsverbrauch werden um knapp 7 vH steigen. Hier ist unterstellt, daß die Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst — auch in den neuen Bundesländern — geringer ausfallen werden als in diesem Jahr; angenommen ist auch eine weitere Kürzung der Verteidigungsausgaben.

Die öffentlichen Investitionen werden im kommenden Jahr in Ostdeutschland nochmals kräftig aufgestockt, voraussichtlich auf rund 18 Mrd. DM; in Westdeutschland steigen sie verlangsamt, auch deshalb, weil sich die Länder und Gemeinden wegen der zunehmenden Personal- und Sozialausgaben und der teilweise hohen Verschuldung bei ihrer Investitionstätigkeit zurückhalten.

Die Sozialleistungen im gesamten Bundesgebiet dürften allerdings 1992 in wenig verändertem Tempo steigen. Zwar werden die Renten in Westdeutschland zum 1. Juli 1992 mit 3 vH weniger angehoben als Mitte dieses Jahres (5 vH). Das Kindergeld wird aber deutlich erhöht. In den neuen Bundesländern werden 1992 — als Reaktion auf die Lohnentwicklung, aber auch im Zuge der Annäherung des Rentenrechts an die westdeutschen Regelungen — die Renten weiter kräftig steigen; zudem werden dort die Wohngeldzahlungen stark zunehmen, weil mit der Anhebung der

Finanztransfers an Ostdeutschland¹⁾
Mrd. DM

	1991	1992
1. Transfers an Gebietskörperschaften ²⁾		
— Fonds Deutsche Einheit	35,0	31,5
— Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost	12,0	12,0
— Einigungsbedingte Ausgaben des Bundes (Saldenausgleich ohne Gemeinschaftswerk)	52,0	61,0
— Umsatzsteuerausgleich der Länder	10,0	10,5
— Transfers der Länder (1992 einschließlich Strukturhilfemittel)	2,0	5,0
— Mindereinnahmen in Westdeutschland durch die Inanspruchnahme der Investitionszulage für Investitionen in den neuen Ländern	0,5	1,0
— Zinssubventionen für ERP-Kredite	.	.
2. Transfers an Sozialversicherungen ³⁾		
— Zuschuß der westdeutschen an die ostdeutsche Arbeitslosenversicherung zum Defizitausgleich	20-25	20-25
— Zuschuß der westdeutschen an die ostdeutsche Rentenversicherung zum Defizitausgleich	—	15
Brutto-Finanztransfers	ca. 135	ca. 160
abzüglich: Mehreinnahmen an Steuern und Sozialbeiträgen in Westdeutschland ⁴⁾	30	35
Netto-Finanztransfers	ca. 105	ca. 125
¹⁾ Angaben gerundet. — ²⁾ In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als laufende Übertragungen oder als Vermögensübertragungen von Westdeutschland an Ostdeutschland gebucht. — ³⁾ In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung — den Konventionen des Statistischen Bundesamtes entsprechend — nicht als Übertragungen von Westdeutschland an Ostdeutschland gebucht. — ⁴⁾ Überschlagsberechnung der infolge des „ostinduzierten“ Wachstumsschubs und der aus steuertechnischen Gründen entstehenden Mehreinnahmen in Westdeutschland.		

Mieten im Herbst 1991 viele Haushalte Wohngeld beanspruchen werden.

Die Subventionen dürften in den alten Bundesländern auf dem diesjährigen Niveau verharren. Zwar läuft der Kürzungsanspruch der Landwirte bei der Mehrwertsteuer Ende dieses Jahres aus, doch steigen die Hilfen für die Landwirtschaft wegen der hohen Angebotsüberschüsse weiter; in anderen Bereichen, beispielsweise im Kohlenbergbau, wird es zu — wenn auch bescheidenen — Einsparungen kommen. In den neuen Bundesländern dürften 1992 weniger Subventionen anfallen als in diesem Jahr, weil die Preisstützungen, insbesondere bei der Wohnungsnutzung, nochmals gekürzt werden.

Die Zinsen auf öffentliche Schulden werden weiterhin zunehmen. Neben den Zinsen für die hohe Neuverschuldung sind die Altschulden der DDR — einschließlich der Verbindlichkeiten des Ausgleichsfonds, die im Zuge der Währungsumstellung entstanden sind, dies ist ein Betrag von rund 70 Mrd. DM — zu bedienen; hierfür müssen 6 Mrd. DM aufgewendet werden, die über den Kreditabwicklungsfonds ausgezahlt werden.

Das Finanzierungsdefizit aller öffentlichen Haushalte dürfte — in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Ge-

samtrechnung — im Jahr 1992 mit rund 95 Mrd. DM etwas höher ausfallen als in diesem Jahr; das entspricht wiederum 3 vH des Bruttosozialprodukts. Dabei sinkt das Defizit der Gebietskörperschaften um rund 6 Mrd. DM auf knapp 100 Mrd. DM, während sich der Überschuß der Sozialversicherungen von 18 Mrd. DM auf 6 Mrd. DM verringert. Dabei wird das Defizit der ostdeutschen Arbeitslosenversicherung in Höhe von reichlich 20 Mrd. DM durch einen Zuschuß der westdeutschen Arbeitslosenversicherung gedeckt. Die Rentenversicherung in den neuen Bundesländern wird 1992 — neben dem regulären Bundeszuschuß, den auch die Rentenversicherung im Westen erhält — zusätzliche Mittel in Höhe von 15 Mrd. DM benötigen, die aus den Beitragseinnahmen und der Schwankungsreserve der westdeutschen Rentenversicherung aufgebracht werden. Das Finanzierungsdefizit der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Finanzstatistik dürfte rund 120 Mrd. DM oder rund 4 vH des Bruttosozialprodukts betragen.

Die Neuverschuldung des Staates könnte allerdings erheblich höher ausfallen als hier angenommen. Gewichtige Belastungen, die auf die öffentlichen Haushalte zukommen, wie z.B. aus der Inanspruchnahme von staatlichen Bürgschaften für die Exporte in die UdSSR sowie

durch die ökologische Sanierung schwer belasteter Regionen, lassen sich derzeit nicht abschätzen.

Eine gesamtdeutsche Bilanz

Ein Jahr nach der Vereinigung mehren sich die Zeichen dafür, daß sich die Produktion in beiden Teilen Deutschlands nicht mehr weiter auseinanderentwickelt. In Westdeutschland wird sich die Aufwärtsentwicklung nach kurzer Unterbrechung in mäßigem Tempo fortsetzen. In den neuen Bundesländern ist nach der Stabilisierung im Sommerhalbjahr mit einer allmählichen Erholung der gesamtwirtschaftlichen Produktion zu rechnen. Die ostdeutsche Produktion dürfte im kommenden Jahr um 10 vH höher als in diesem liegen. Daraus sollte aber nicht schon auf den Beginn eines stürmischen Aufholprozesses der ostdeutschen Wirtschaft geschlossen werden. Die Erholung der Produktion setzt auf einem niedrigen Niveau ein, und während manche Bereiche expandieren, setzt sich der Niedergang in anderen noch fort. Zudem sind es zu einem großen Teil staatliche Anstöße, die produktionswirksam werden. Die Voraussetzungen für einen kräftigen, sich selbst tragenden Wachstumsprozeß fehlen dagegen noch. Es ist jedenfalls verfrüht, die zweistellige Anstiegsrate der ostdeutschen Produktion des kommenden Jahres schon als gesicherten mittelfristigen Wachstumstrend anzusehen.

Nach wie vor besteht ein hoher Rationalisierungsdruck bei vielen ostdeutschen Unternehmen, vor allem solchen, die sich noch im Besitz der Treuhandanstalt befinden. Die Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze wird bis weit in das kommende Jahr hinein nicht ausreichen, um die der verlorengehenden auszugleichen. Außerdem wird bedingt durch die konjunkturelle Abschwächung auch die Absorptionfähigkeit des westdeutschen Arbeitsmarktes nachlassen. Die sich damit für 1992 abzeichnende Erhöhung der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland dürfte die Wirtschaftspolitik wohl zu einer weiteren Aufstockung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen veranlassen.

Ein Kennzeichen für die Umbruchsituation in den neuen Bundesländern ist die Abkoppelung der Einkommens- von der Produktionsentwicklung: Die Einkommen sind weit höher als die Produktion. Der materielle Lebensstandard ostdeutscher Haushalte hat sich im Zuge der Vereinigung deutlich verbessert. Die nominalen Einkommen der Haushalte sind — bei Abnahme der Zahl der Beschäftigten und einem Anstieg von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit — im Durchschnitt infolge kräftiger Lohn- und Rentenerhöhungen sowie der Einführung zahlreicher Sozialleistungen gestiegen. Auch in realer Rechnung stehen sich die Haushalte besser als vor der Vereinigung. Bereits 1990 lagen die Realeinkommen pro Einwohner in den neuen Bundesländern — bei damals insgesamt sinkenden Verbraucherpreisen — um 11,5 vH über dem Niveau von 1989. Im laufenden Jahr dürften die durchschnittlichen Realeinkommen trotz des Abbaus von Verbraucherpreissubventionen ins-

besondere im Bereich der Wohnungsmieten etwa gleichbleiben. Für 1992 kann angesichts des expansiven lohnpolitischen Kurses und weiter steigender Renten selbst dann mit einem spürbaren Zuwachs gerechnet werden, wenn die Mieten im Herbst nächsten Jahres erneut angehoben werden sollten. Die Zahlung von Wohngeld kompensiert einen Teil des Kaufkraftverlustes durch Mietpreissteigerungen. Alles in allem dürften die verfügbaren Realeinkommen in Ostdeutschland pro Einwohner im Jahresdurchschnitt 1992 um rund ein Viertel über dem vor der Vereinigung erreichten Niveau liegen. Allerdings steht hinter diesem Durchschnitt eine zunehmende Spreizung der Einkommen nach Haushaltstypen, etwa der Einkommen von Arbeitslosen- und Pendlerhaushalten.

Die Entwicklung des Einkommens unterzeichnet die tatsächliche Verbesserung des Lebensstandards. Zu berücksichtigen ist nämlich, daß mit dem Übergang zur Marktwirtschaft die Konsumenten von Kosten befreit wurden, die es zuvor im System zentralplanerischer Rationierung gab. Hierzu zählten etwa die mangelhafte Qualität vieler Produkte, Eingriffe in die Konsumentensouveränität, lange Wartezeiten und hoher Suchaufwand beim Erwerb von Gütern, das Ausweichen auf Schwarzmärkte usw. Entscheidend aber ist, daß die Reglementierung der Preise in der DDR letztlich zu einer gewaltigen Verschwendung von Ressourcen führte und Umwelt und Kapitalbestand auszehrte. Das beste Beispiel hierfür ist der marode Zustand der Wohnungen als Folge einer Politik nicht kostendeckender Mieten. Es ist weder Inflation noch eine Verminderung des Lebensstandards, wenn Mietsubventionen abgebaut werden und mit dem Gegenwert dieser Subventionen der Wohnungsbestand erneuert wird.

Die Einkommensentwicklung in den neuen Bundesländern wird gegenwärtig von einer Lohnpolitik geprägt, die sich eine rasche Anpassung des ostdeutschen Lohnniveaus an das westdeutsche zum Ziel gesetzt hat. Diese Strategie führt zu einem drastischen Anstieg der Lohnkosten, der den Anpassungsdruck auf bestehende ostdeutsche Unternehmen weiter verschärft. Eine Überwälzung der Lohnerhöhungen in die Preise erlaubt die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit nicht. Im Gegenteil: Die Verteidigung von Marktanteilen, aber insbesondere auch der Eintritt in neue Märkte, erfordert in vielen Fällen eher Preisabschläge. Dort, wo die Produktqualität eines Unternehmens nicht ausreicht, um im Wettbewerb am Markt bestehen zu können, werden zwar auch niedrige Preise die Absatzmöglichkeiten oft kaum verbessern helfen. Was an Löhnen mehr gezahlt wird, kann aber nicht zugleich für Investitionen in die Produktqualität verwendet werden.

Steigende Löhne in Ostdeutschland ziehen eine entsprechende Ausweitung des in die neuen Bundesländer fließenden Volumens an Lohnersatzleistungen und Subventionen nach sich. Die Risiken einer solchen Entwicklung liegen auf der Hand. Eine Politik dauerhafter, massiver Subventionierung des privaten Konsums in Ostdeutschland kann letztlich nur über Steuererhöhungen

finanziert werden, die ihrerseits wieder zu Verteilungskonflikten in Westdeutschland zu führen drohen. Damit besteht die Gefahr einer Spirale aus steigenden Löhnen, Preisen, Subventionen und Steuern, die die wirtschaftliche Basis für den Aufholprozeß der ostdeutschen Wirtschaft erodiert.

Der mit der Vereinigung einsetzende schlagartige Importsog aus den neuen Bundesländern hat in diesem Jahr entscheidend zu dem rasanten Umschwung der deutschen Leistungsbilanz in ein Defizit beigetragen. Dieses Defizit wird sich aber trotz hoher Ressourcenabsorption Ostdeutschlands im nächsten Jahr leicht zurückbilden. Einerseits fallen Sondereffekte weg, wie die Zahlungen an das Ausland im Rahmen des Golfkrieges. Andererseits verschiebt sich das Konjunkturgefälle zwischen der Bundesrepublik und dem Ausland, wobei deutsche Exporte in wichtige Handelspartnerländer wieder steigen. Gleichwohl ist damit zu rechnen, daß sich auf mittlere Sicht die außenwirtschaftliche Situation nicht wieder fundamental umkehrt.

Mit der Einführung der D-Mark in den neuen Bundesländern haben die Geldbestände in der Abgrenzung der Geldmenge M3 um knapp 15 vH zugenommen, während das zusätzliche Güterangebot aus Ostdeutschland deutlich weniger als 10 vH ausmachte. Die hohe Angebotselastizität im Ausland erklärt, warum die starke Geldmengenausweitung kaum ein Inflationspotential geschaffen hat.

Bis zur Währungsunion war die Inlandsnachfrage in der Bundesrepublik fast immer etwas geringer als die gesamtwirtschaftliche Produktion; ein Teil wurde in Form von Ausführüberschüssen dem Ausland gegen den Erwerb von Auslandsvermögen zur Verfügung gestellt. Trotzdem wurde bisher stets das Wachstum des inländischen Produktionspotentials als Indikator für das Wachstum des ge-

samtwirtschaftlichen Angebots verwendet. Dies ist insofern gerechtfertigt, als man im allgemeinen unterstellen darf, daß sich die Schwankungen der Inlandsnachfrage im Verhältnis zum Produktionspotential, also die Schwankungen des Außenbeitrages, in relativ engen Grenzen halten würden. Diese Konstellation hat sich nach der Einführung der Währungsunion grundsätzlich gewandelt. Innerhalb eines Jahres wurde der beträchtliche Ausführüberschuß praktisch abgebaut. Daß dies ohne zusätzliche inflationäre Spannungen geschehen konnte, deutet auf eine hohe, auch durch die Abschwächung der Weltkonjunktur gestärkte Elastizität des Auslandsangebots hin. Den mit der Währungsumstellung entstandenen Geldbeständen stand also trotz des Mangels an Produktionskapazitäten in Ostdeutschland ein Mehrangebot an Gütern gegenüber.

Unbegründet sind Befürchtungen, der überaus kräftige Preisauftrieb in den neuen Bundesländern — er liegt gegenwärtig im Vorjahresvergleich in einer Größenordnung von knapp 20 vH — könne auf die alten Bundesländer überschwappen. Die registrierten Preissteigerungen in Ostdeutschland spiegeln in erster Linie das Ausbalancieren relativer Preise infolge der Systemumstellung wider. Führte zunächst die Aufhebung von Akzisen zu Preissenkungen auf den Warenmärkten, so bewirkt nun der Druck zu kostendeckenden Preisen nach dem Streichen von Subventionen entsprechende Preisanhebungen insbesondere auch bei Dienstleistungen. Derartige administrativ bedingte Preissprünge sind weder Ausdruck deflatorischer noch inflatorischer Tendenzen. Bei handelbaren Gütern stellt das Preisniveau der im internationalen Wettbewerb stehenden westdeutschen Güter eine Obergrenze dar, die im Verlauf der Anpassung nicht überschritten werden kann. Wegen des geringen Anteils ostdeutscher Produkte eröffnen sich hier kaum Preiserhöhungsspielräume für

Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	Westdeutschland			Ostdeutschland			Bundesrepublik Deutschland		
	1990	1991 ¹⁾	1992 ¹⁾	1990	1991 ¹⁾	1992 ¹⁾	1990	1991 ¹⁾	1992 ¹⁾
Beschäftigte Arbeitnehmer ²⁾ (1 000 Personen)	25 470	26 260	26 600	8 530	6 560	5 510	34 000	32 820	32 110
Arbeitslose (1 000 Personen)	1 883	1 700	1 700	240	950	1 400	2 123	2 650	3 100
Kurzarbeiter (1 000 Personen)	55	130	150	758	1 630	750	813	1 760	900
Finanzierungssaldo Staat ³⁾ (Mrd. DM)	—	—	—	—	—	—	—80,4	—90	—95
Leistungsbilanzsaldo ⁴⁾ (Mrd. DM)	—	—	—	—	—	—	77,4	—35	—25

1) Vorausschätzung der beteiligten Institute; Angaben gerundet. — 2) Im Inland. — 3) In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. — 4) In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

westdeutsche Anbieter. Bei lokalen Gütern, in erster Linie also Dienstleistungen, bei denen die Preise in besonderem Maße von starken Lohnanhebungen in die Höhe getrieben werden, fehlt ohnehin ein direkter Preiszusammenhang zu Westdeutschland. Gefahren für die Preisstabilität in Westdeutschland lassen sich also aus dem Verbund der Gütermärkte zwischen Ost- und Westdeutschland gegenwärtig nicht ableiten.

Zur Wirtschaftspolitik in Deutschland

Ein Jahr nach der Vereinigung Deutschlands sind die wirtschaftspolitischen Herausforderungen unverändert groß. Zwar ist eine Aufwärtsentwicklung in Ostdeutschland in Sicht, und die Konjunktur in Westdeutschland dürfte sich nur vorübergehend abschwächen, doch sind die Weichen für ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum in den östlichen Regionen, das nicht durch öffentliche Kassen alimentiert wird, noch nicht gestellt. Mit dem Übergang zur Marktwirtschaft und der Übernahme der D-Mark ist die Schwäche des alten Systems schlagartig offenbart worden. Marktwirtschaftliche Dynamik hat sich noch kaum entfaltet, auch weil die mikro- und makro-ökonomischen Rahmenbedingungen noch unstimmig sind. Nur massive finanzielle Unterstützung des Westens hat verhindert, daß der Produktionseinbruch auf die Einkommen durchschlug.

Dies hat Produktion und Einkommen entkoppelt, und die Entkoppelung ist offenbar als Prinzip der Anpassung der ostdeutschen an die westdeutschen Lebensverhältnisse verstanden worden. Das Tempo der Lohnsteigerungen war bis zuletzt so hoch, daß selbst große, freisetzungsbedingte Produktivitätssprünge nicht ausreichen, um die Wettbewerbssituation der Betriebe zu verbessern. Während also andere Anpassungshemmnisse für die Umstellung der Wirtschaft in Ostdeutschland und für das Entstehen neuer Unternehmen und damit für die Erhaltung überkommener und für den Aufbau neuer Arbeitsplätze schrittweise verringert werden, sind die Lohnhürden erhöht worden. Daraus resultiert eine Spaltung der ostdeutschen Wirtschaft: Stark expandieren werden Bereiche, wie die Bauwirtschaft, die von öffentlichen Aufträgen profitieren. Im Zuge der Einkommensentwicklung mitwachsen werden viele Dienstleistungen. Kaum entwickeln werden sich große Teile der Industrie, die von der guten Nachfragesituation nicht profitieren, weil sie ihr Angebot nicht in einer Qualität und zu Preisen machen können, das ein Eindringen in die von westlichen Anbietern dominierten Märkte ermöglicht.

Bleibt es bei dem Tempo der Lohnanpassung, können in der Industrie Ostdeutschlands lediglich Inseln hoher Produktivität entstehen, die überwiegend von westlichen Investoren aufgebaut werden. Eine normale Produktionsstruktur, bei der — wie auch in den am weitesten entwickelten Volkswirtschaften — der Industrie eine bedeutende Rolle zukommt, ist auf lange Zeit nicht zu erwarten. Die Entwicklung und die Bedeutung einer solchen normalen Produktionsstruktur werden oft mißverstanden.

Ostdeutschland ist heute eine extrem strukturschwache Region. Schon beim Einstieg in die Währungsunion war die internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht gegeben. Seitdem hat sich die preisliche Wettbewerbsposition deutlich verschlechtert. Importe decken einen sehr großen Teil des gesamten Güterangebots. Ostdeutschland hat also einen enormen Kapitalbedarf. Dieser wird gegenwärtig zum allergrößten Teil durch staatliche Transfers von West nach Ost gedeckt. Diese können aber nur durch privates Kapital ersetzt werden, wenn die privaten Investoren erwarten, daß die Kapitalnehmer die notwendigen Mittel für Zinsen und Tilgung aufbringen können, die Unternehmen in der betreffenden Region also früher oder später im Wettbewerb bestehen können.

Liegen die Voraussetzungen für eine Zufuhr privaten Kapitals nicht vor, bleibt die Region strukturschwach und kann ihren Lebensstandard an den der starken Regionen nur mit Hilfe öffentlicher Transfers anpassen. Beispiele gibt es dafür auch in Westdeutschland. Der Unterschied zwischen den alten strukturschwachen Regionen im Westen und Ostdeutschland liegt aber in der Größe des Gebietes und im Abstand der Wohlstandsniveaus. Diejenigen, die glauben, man könne die noch bestehende ökonomische Teilung Deutschlands vor allem durch Teilen, also eine Einkommensumverteilung von West nach Ost überwinden, halten diesen Weg offenbar auch auf lange Sicht für gangbar. Entscheidend für eine wirkliche Überwindung der Teilung ist aber das Entstehen von Einkommen durch Produktion in Ostdeutschland, zu dem es freilich zunächst auch öffentlicher Transfers bedarf. Wer glaubt, eine rasche Anpassung der Einkommen in Ostdeutschland sei einfach durch entsprechende Erhöhung der Löhne zu erreichen, muß sich im klaren über die Konsequenzen sein:

- In Ostdeutschland wird sich dann keine Wirtschaft entwickeln können, die ähnlich effizient wie die westdeutsche ist und den Menschen eine genügende Zahl an Arbeitsplätzen bietet.
- Viele Arbeitsplätze in den neuen Bundesländern sind auf Dauer nicht gesichert, weil sie auf die Zuteilung öffentlicher Mittel angewiesen bleiben.
- Die Belastung der westdeutschen Arbeitnehmer und der Unternehmen mit Steuern und Sozialabgaben bleibt permanent hoch und wird vermutlich noch steigen.
- Die Staatsverschuldung wächst rapide. Das schränkt auf lange Sicht die Handlungsfähigkeit des Staates ein und belastet den Kapitalmarkt.
- Alle unter diesem Umverteilungsdruck stehenden Gruppen in Westdeutschland werden unter diesen Umständen versuchen, sich selbst mit hohen Einkommensforderungen von den Anpassungszwängen freizuhalten.

Dies alles bedeutet eine kaum erträgliche Belastung des Wachstumsprozesses in Westdeutschland. Der Druck nämlich, „Verteilungslösungen“ über Inflation zu suchen,

führt zu einer restriktiven Wirkung der Geldpolitik. Das Zinsniveau wäre höher als sonst. Dann sind weniger Investitionen in Sachanlagen rentabel, das Wachstumstempo verringert sich und auch die Chancen der Arbeitnehmer, in Zukunft hohe Einkommenszuwächse zu erzielen, sind geringer. Das wiederum verschärft das Verteilungsproblem. Nur die akute Gefahr von Verlusten der Unternehmen und Arbeitsplatzverlusten der Arbeitnehmer führt dann die Einkommensforderungen auf ein inflationsfreies Maß zurück.

Allein hohe Investitionen machen das Aufholen und Aufbauen in Deutschland für alle Beteiligten lohnend, weil sie das Verteilbare selbst vergrößern. Eine dynamische Investitionsentwicklung in Ostdeutschland, nicht aber Teilen im Sinne einer bloßen Einkommensumverteilung, kann die Teilung Deutschlands wirklich überwinden.

Lohnpolitik in Ost und West

Die Lohnpolitik in Ost- und Westdeutschland muß in erheblichem Maße dazu beitragen, die Weichen für ein wirkliches Aufholen richtig zu stellen. In Ostdeutschland geht es bei den kommenden Abschlüssen unmittelbar darum, die Kostensituation der Unternehmen zu verbessern. Es ist fatal, daß immer wieder der Eindruck erweckt wird, die Lohnpolitik könne dies nicht leisten, ohne eine massive Abwanderung von Arbeitskräften zu bewirken. Das ist aus mehreren Gründen falsch.

Inzwischen ist deutlich geworden, daß die Mobilität der Arbeitskräfte trotz hoher Arbeitslosigkeit und noch bestehendem Lohngefälle in Ostdeutschland weit weniger groß ist als vielfach erwartet. Geringere Einkommenssteigerungen verbunden mit einer höheren Wahrscheinlichkeit, einen Arbeitsplatz zu bekommen oder den eigenen Arbeitsplatz zu erhalten, würde die Wanderungsbewegung sicher nicht verstärken. Das muß freilich nicht für sogenannte Mangelberufe gelten. Wenn — wie im Fall des Pflegepersonals oder in der Bauwirtschaft — in West wie in Ost absolute Knappheit an Arbeitskräften herrscht, müssen in diesen Berufen auch in Ostdeutschland die Löhne stärker steigen — unter Umständen sofort bis zum Westniveau. Das bedeutet eine stärkere Lohndifferenzierung entsprechend den Knappheitsverhältnissen. Es bedeutet nicht — wie geschehen —, daß auch in anderen Berufen, wo möglicherweise sogar hohe Arbeitslosigkeit zu verzeichnen ist, die Löhne rasch dem Westniveau angepaßt werden müssen. Generell scheint für Ostdeutschland gegenwärtig eine weit stärkere Spreizung der Lohnstruktur nach Knappheiten und Qualifikationen notwendiger zu sein als in Westdeutschland. Insofern ist die schlichte Übertragung der westdeutschen Struktur in den wenigsten Fällen problemadäquat.

Bei einer sachgerechten Lohnpolitik ist das Ziel, die Löhne in Ostdeutschland auch im Durchschnitt den Löhnen in Westdeutschland anzunähern, durchaus erreichbar, ohne andere Ziele zu verletzen. Nimmt man das

Szenario dieser Prognose, dann sind in Ostdeutschland in diesem und im nächsten Jahr hohe Produktivitätsgewinne zu erwarten. Diese sind auch Folge der Freisetzen. Dennoch besteht jetzt die Chance, die übrig gebliebenen Arbeitsplätze sicherer zu machen. Es gibt angesichts des Produktivitätssprungs eine Marge für Abschlüsse, die zwar deutlich unter den schon vereinbarten bleiben, aber weit über die westdeutschen hinausgehen und trotzdem die Kostensituation der Betriebe verbessern. Diese Marge könnte genutzt werden, wenn jetzt neu verhandelt würde. Tarifverträge enthalten Revisionsklauseln. Diese müssen in beiden Richtungen zu nutzen sein. Allen Beteiligten sollte klar sein, daß dies eine einmalige Chance ist.

In Westdeutschland wird das Jahr 1992 zu einem Testjahr in bezug auf die Fähigkeit der Tarifpartner, die Verteilungsprobleme in Deutschland inflationsfrei zu lösen. Die Gemeinschaftsdiagnose hat im Frühjahr bereits deutlich gemacht, daß ein Anschlußhalten an die Abschlüsse dieses Jahres nicht zur Debatte stehen kann. In unserer Prognose werden zwar Neuabschlüsse von 5 vH unterstellt, doch richtig wäre ein größeres Maß an lohnpolitischer Zurückhaltung.

Der Preisanstieg, der zu Anfang nächsten Jahres nahezu 5 vH erreichen wird, ist verzerrt durch konjunkturelle Effekte sowie durch die Erhöhung von Steuern und administrativ festgelegten Preisen; was durch den Staat an Einkommen genommen wird, kann nicht noch einmal in den Löhnen verteilt werden. Soll die Lohnpolitik nicht selbst den Preisauftrieb verstärken, muß mit einer Rate in die Lohnverhandlungen des nächsten Jahres gegangen werden, die deutlich unter dem konjunkturellen Tempo des Preisanstiegs, das von der Lohnpolitik dieses Jahres mitbestimmt wurde, liegt. Veranschlagt man den konjunkturellen Anstieg mit etwa 3 vH, dann sollte in die Lohnabschlüsse nur eine Inflationsrate eingehen, die näher bei 2 vH als bei 3 vH liegt. Nimmt man den zu erwartenden Produktivitätsanstieg von reichlich 1 vH hinzu, müßte die Obergrenze der Abschlüsse bei 4 vH liegen. Mit Abschlüssen nahe dieser Marke wäre zu zeigen, daß der Westen die Belastungen infolge der Vereinigung akzeptiert und Stabilität in Deutschland gesichert ist. Der öffentliche Dienst kann dafür als Vorreiter der Tarifrunde 92 den Weg ebnen.

Geldpolitik

Bei moderaten Tarifabschlüssen würde die Aufgabe der Geldpolitik im kommenden Jahr ungemein erleichtert. Die Geldpolitik sieht sich nämlich einerseits politischem Druck aus dem In- und Ausland ausgesetzt, der eine Kursänderung in Richtung stärkerer Expansion verlangt, und sie muß andererseits einer Verfestigung von Erwartungen im Gefolge der Steuererhöhungen entgegentreten, die auf eine Inflationsrate von 4 vH oder darüber setzen. Bei Tarifabschlüssen in der oben abgeleiteten Größenordnung wäre eine solche Verfestigung nicht mehr zu befürchten.

Tatsächlich werden die Preise im Durchschnitt des nächsten Jahres um 4 vH steigen. Die Geldpolitik wie auch die Lohnpolitik sollten bei ihren Entscheidungen freilich jenen Preisauftrieb nicht berücksichtigen, der auf vom Staat verursachte Veränderungen des Preisniveaus zurückzuführen ist. So bleibt eine Rate von etwa 3 vH, die unvermeidlich wäre, wenn via Lohnpolitik die konjunkturelle Rate festgeschrieben würde. Ist die Geldpolitik nicht gewillt, dies hinzunehmen, muß sie eine niedrigere Rate bei der Bemessung des Geldmengenwachses unterstellen. Anzustreben wäre folglich eine Rate von etwa 2 vH.

Im Verlaufe dieses Jahres hat sich die ostdeutsche an die westdeutsche Liquiditätsneigung angenähert. Gleichzeitig hat sich die Produktion in Ostdeutschland stabilisiert. Damit ist die Unsicherheit bei der Festlegung des Geldmengenzieles für das Jahr 1992 geringer geworden. Zwar wird sich die Kassenhaltung in den neuen Bundesländern in Relation zum Einkommen auch im kommenden Jahr in der Tendenz weiter leicht zurückbilden, da die Umstrukturierung der Portfolios noch nicht vollkommen abgeschlossen ist. Gleichwohl wird das Tempo der Anpassung im kommenden Jahr deutlich niedriger als im ersten Halbjahr 1991 sein. Daher ist es nicht nötig, bei der Ableitung des Geldmengenzieles für 1992 wie bei der Revision des Geldmengenziels zur Jahresmitte 1991 abermals einen Abschlag zu machen, zumal wegen des geringen Anteils der ostdeutschen an den gesamtdeutschen Geldbeständen Schätzfehler nur wenig zu Buche schlagen. Für die trendmäßige Zunahme des westdeutschen Kassenhaltungskoeffizienten ist dagegen weiterhin ein Zuschlag von knapp einem halben Prozentpunkt zu machen. Nimmt man hinzu, daß das Produktionspotential in Gesamtdeutschland mit etwa 3 vH expandiert, dann ergibt sich ein Geldmengenzuwachs von 5½ vH. Bei einem Zielkorridor von 4 bis 6 vH könnte die Bundesbank folglich, ohne Inflationsprobleme befürchten zu müssen, den oberen Rand des Korridors anstreben. Bei tendenziell sinkender Inflationsrate im Falle moderater Lohnabschlüsse und bei abgeschwächter konjunktureller Expansion würde sich daraus aller Voraussicht nach eine deutliche Zinssenkungstendenz ergeben.

Finanzpolitik

Die Finanzpolitik hat im Gefolge der deutschen Einigung viel von ihrer Handlungsfähigkeit eingebüßt. Von Anfang an lag die Hauptlast der Anpassung auf den öffentlichen Haushalten. Kurzfristig blieb keine Möglichkeit, als mit einer Ausweitung der Kreditfinanzierung zu reagieren. Ein Umschwung ins Defizit von über 100 Mrd. DM innerhalb von zwei Jahren war die Konsequenz des Zusammenbruchs der Wirtschaft in Ostdeutschland und des Tempos der Angleichung von Arbeits- und Transfereinkommen.

Im kommenden Jahr wird das Defizit des Staates trotz Steuererhöhungen ähnlich hoch sein wie 1991. Die für Ostdeutschland zu erwartende Aufwärtsentwicklung der Wirt-

schaft bringt kaum Entlastung, weil die Entkoppelung von Einkommen und Produktion anhält. Das zeigt, daß die Finanzpolitik dort einem Sog überbordender Ansprüche ausgesetzt und immer weniger Gestalter des Aufbauprozesses ist. Das gilt vor allem, wenn man bedenkt, was über die Treuhandanstalt mittelfristig an Belastungen für den Staatshaushalt entstehen.

Der Staat ist trotz dieser Schwierigkeiten gefordert, schon bald energische Schritte zur Konsolidierung der Haushalte zu unternehmen, will er Handlungsspielraum wiedergewinnen, die Zinsbelastung des Haushalts in Grenzen halten und die Kapitalmärkte schonen. Nicht einmal bei boomender Konjunktur in Westdeutschland hat sich die Politik als fähig erwiesen, Vergünstigungen für einzelne Gruppen und Sektoren abzubauen, selbst obsole. Das läßt nicht erhoffen, daß auf diesem Wege künftig bedeutsame Konsolidierungserfolge zu erzielen sind. Steuererhöhungen über das ohnehin geplante Maß hinaus sind problematisch, weil sie das westdeutsche Wachstum gefährden, das doch wiederum von überragender Bedeutung für die Entwicklung in Ostdeutschland ist.

Die Politik greift immer wieder zu allgemeinen Steuererhöhungen, weil sie sich gegen Gruppeninteressen nicht durchsetzen kann. Das mag, politischer Logik folgend, verständlich sein, ist aber in der derzeitigen Lage besonders gefährlich, weil es suggeriert, die Umverteilung von West nach Ost in Deutschland sei nur Teil des normalen Verteilungskampfes. Das begünstigt inflationäre Spannungen. Zu den einzelnen von der Regierung schon beschlossenen Maßnahmen haben sich die Institute während der Gemeinschaftsdiagnose vor dem Finanzausschuß des Deutschen Bundestages geäußert.

Offenbar gibt es nur einen Weg, wie die Staatsfinanzen in Deutschland auf mittlere Sicht konsolidiert werden können. Der allgemeine Ausgabenanstieg muß über eine Reihe von Jahren auf eine Rate begrenzt werden, die deutlich unter der Wachstumsrate des nominalen Bruttosozialprodukts liegt.

Wenn nicht neue Belastungen zurückgewiesen oder strikt begrenzt werden, ist es auf dem Wege der Ausgabenbegrenzung unmöglich, die Defizite abzubauen. So würde beispielsweise durch das ins Auge gefaßte Wohnungsbauprogramm, mit dem die Kosten der Eigenheimfinanzierung gesenkt und das Angebot an Sozialwohnungen erhöht werden sollen, die Verschuldung des Staates weiter hochgetrieben. Zweifelhaft ist überdies, ob durch derartige Maßnahmen in der gegenwärtigen Situation das Angebot an Wohnraum nennenswert verbessert werden kann. Zu befürchten ist vielmehr, daß die so angeregte Nachfrage zu noch stärker steigenden Baupreisen führt und die Zunahme des staatlichen Defizits Zinssenkungen entgegensteht.

Auch die Einführung einer Pflegeversicherung, wie sie derzeit diskutiert wird, kann mit erheblichen Zusatzkosten für den Staat oder die Sozialversicherungsträger ver-

bunden sein. Da die Belastungen mit Sozialabgaben und damit die Lohnnebenkosten in Zukunft ohnehin steigen werden, sollte versucht werden, zusätzliche Risiken verstärkt über eine private Vorsorge abzudecken.

Zur Zinsbesteuerung

Einer Auflage des Bundesverfassungsgerichtes entsprechend, ist der Gesetzgeber aufgefordert, für eine effizientere Erfassung der Steuern auf Kapitalerträge zu sorgen. Zwar wird die Quellensteuer auf Dividenden (mit Anrechnung auf die Einkommensteuer) seit Jahrzehnten problemlos gehandhabt, aber die Einführung einer Quellensteuer auf Zinseinkünfte wurde 1989 wegen vielfältiger Irritationen wieder rückgängig gemacht. Als zentral wurde das Problem massiver Kapitalflucht angesehen, da schon kurze Zeit nach Einführung des Quellenabzuges von vielen Anlegern die Möglichkeit genutzt wurde, ihr Kapital dem Zugriff des Fiskus durch eine Anlage z.B. in Luxemburg zu entziehen.

Die entscheidende Frage ist, ob auch mittelfristig eine Regelung, die den Auflagen des Bundesverfassungsgerichtes Rechnung trägt, nur um den Preis von Kapitalabflüssen, Zinssteigerungen und damit negativen Auswirkungen auf die konjunkturelle Entwicklung zu haben ist. Zweifellos wird eine Verschlechterung der Anlagebedingungen im Inland kurzfristig zu Kapitalabflüssen ins Ausland führen. Das hat die Erfahrung im Jahre 1989 gezeigt. Die Zinsen im Inland werden anziehen, die für DM-Anlagen im Ausland sinken. Das mindert — für sich genommen — den Anreiz für den Anleger, ins Ausland zu gehen. Doch selbst wenn es bei der Zinsdifferenz bleibt, ist das Kapital lediglich umgeleitet, steht dem Inland aber für investive Verwendungen weiterhin zur Verfügung. Gesamtwirtschaftlich gesehen handelt es sich nicht um Kapitalflucht, weil der inländische Investor sich im Ausland refinanzieren kann und damit in den Genuß der dort niedrigeren Zinsen kommt. Die Besteuerung von Zinserträgen führt demnach zu einer Verlagerung der Finanzintermediation ins benachbarte Ausland. Unter diesem Aspekt gesehen, sind die Argumente gegen eine konsequente Zinsbesteuerung nicht durchschlagend.

Wie hoch die Erträge des Staates per saldo unmittelbar nach Einführung einer Besteuerung der Zinseinkünfte sind, läßt sich kaum abschätzen, da das Ausmaß der Verlagerung nicht vorherzusehen ist. Zwar muß der Staat, wenn er sich im Inland verschuldet, höhere Kreditkosten in Kauf nehmen. Dem stehen aber höhere Steuereinkünfte gegenüber, weil die Möglichkeit einer Verlagerung von Anlagen ins Ausland nur von einem Teil der Anleger genutzt wird.

Zur Ermittlung des mittelfristigen Finanzbedarfs in den neuen Bundesländern

Die Finanztransfers von West nach Ost zum Aufbau der Infrastruktur werden gegenwärtig insbesondere über den

Fonds Deutsche Einheit (bis 1994) und über verschiedene Sonderprogramme des Bundes, insbesondere das „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost“ (bis 1992), bereitgestellt. Die stark degressive Staffelung des Fonds Deutsche Einheit hat allerdings zur Folge, daß eine Mittelaufstockung — wie sie von der Bundesregierung inzwischen beabsichtigt ist — unumgänglich werden dürfte. Der Einigungsvertrag sieht vor, daß die neuen Bundesländer ab 1994 in den Länderfinanzausgleich einbezogen werden, der dann aber völlig neu zu gestalten wäre.

Angesichts der großen Bedeutung, die öffentliche Transfers für die neuen, aber auch für die alten Bundesländer haben, sollten möglichst schnell, also noch vor der Neukonzeption des Länderfinanzausgleichs, Kriterien für die Gesamthöhe und die Verteilung dieser Mittel auf die kommenden Jahre entwickelt werden. Politisches Ziel ist es, auf ein ähnliches Versorgungsniveau an Infrastruktureinrichtungen wie im Westen zu kommen. Offen ist allerdings, in welchem Zeitraum dies erreicht werden kann und wieviel Mittel dafür aus Transfers aus dem Westen oder aus Eigenmitteln im Osten bereitgestellt werden sollen.

Erwünscht wäre es, auf politischer Ebene Vorstellungen darüber zu entwickeln, wie schnell das Ausstattungsgefälle abgebaut werden soll und kann. Auf dieser Grundlage können die jährlichen Kosten — bei größtmöglicher Wirtschaftlichkeit — berechnet werden. Der so festgestellte jährliche Mittelbedarf wäre den Mitteln gegenüber zu stellen, die sich in den neuen Bundesländern unter Ausschöpfung der verschiedenen Einnahmequellen und Einsparmöglichkeiten in den kommenden Jahren ergeben können. Die Differenz wäre dann Jahr für Jahr durch Finanztransfers aus dem Westen abzudecken. Dabei stellt sich die Frage, wie die Belastungen im Westen auf die einzelnen öffentlichen Haushalte zu verteilen sind, in welchem Maße also der Mitteltransfer über den zukünftigen Länderfinanzausgleich oder über Bundeszuweisungen abzuwickeln ist. Hier müssen die Gesamtbelastungen tragbar bleiben. Vor allem dürfen auf der Geberseite, also auch bei den steuerstarken Ländern im Westen, die Anreize zur Erwirtschaftung eigener Mittel nicht durch zu hohe Abschöpfungen beeinträchtigt werden. Dies wäre bei einer Einbeziehung der neuen Länder in den derzeitigen Länderfinanzausgleich aufgrund der hohen Ausgleichsätze der Fall.

Gelingt es nicht, Kriterien für den gewünschten Transfer nach Ostdeutschland zu entwickeln, dann wird die Finanzpolitik ständig zu Ad-hoc-Entscheidungen gezwungen sein, mit der Folge höherer Planungsunsicherheiten im Osten wie im Westen und permanenter Spannungen im föderalen System.

Chancen für einen Aufbau Ostdeutschlands

Das Dilemma des Staates ist, daß alle Beteiligten ihn auffordern, das Verteilungsproblem zwischen Ost- und West-

deutschland zu lösen, daß er es aber nur dann lösen kann, wenn alle einen angemessenen Beitrag dazu leisten. Unter diesen Umständen gibt es für die Wirtschaft der Bundesrepublik in den kommenden Jahren nur einen sehr schmalen Grat, auf dem ein angemessenes Wachstum erreichbar ist. Wir halten folgenden Weg für angezeigt:

- Die Tarifpartner in Westdeutschland sind bereit, mit stabilitätsgerechten Abschlüssen, wie wir sie beschrieben haben, einer Verfestigung der Inflation vorzubeugen.
- Die Tarifpartner in Ostdeutschland revidieren schon ausgehandelte Stufenpläne der Anpassung der Löhne an westdeutsches Niveau und vereinbaren einen Lohnanstieg für die nächsten Jahre, der deutlich oberhalb des westdeutschen, aber nahe beim Produktivitätsanstieg in Ostdeutschland liegt.
- Die Finanzpolitik verpflichtet sich, unter Sicherung des sozialen Netzes und des Ausbaus der Infrastruktur in Ostdeutschland die Belastung der Arbeitnehmer mit Steuern und Abgaben nicht weiter zu erhöhen. Die öffentlichen Defizite werden konsequent zurückgeführt.

Unter solchen Voraussetzungen wird der Geldpolitik die Aufgabe erleichtert, einen auf Preisniveaustabilität bedachten Kurs einzuhalten, der wachstumsgerecht ist und den Erfordernissen einer monetären Vorsorge für einen raschen Aufholprozeß in Ostdeutschland entspricht.

Die Wirtschaftspolitik in Deutschland steht vor einer historischen Herausforderung. Jetzt muß es gelingen, Einzelinteressen zurückzudrängen. Gibt es keinen sozialen Konsens, wird der Staat bald an finanzielle Grenzen stoßen.

Privatisierung in Ostdeutschland

Bei der Privatisierung in Ostdeutschland ist ebenfalls eine grundlegende Weichenstellung notwendig. Zwar hat die Treuhandanstalt viele Anlaufprobleme überwunden und eine erhebliche Zahl von Unternehmen privatisiert, doch bleiben Fehlkonstruktionen, die in der Zukunft zu erheblichen Belastungen für den Staatshaushalt führen können. Die Treuhandanstalt soll einerseits die Privatisierung der staatseigenen Betriebe in Ostdeutschland durchführen, andererseits wird sie aber immer wieder gedrängt, Aufgaben zu übernehmen, die eigentlich Staatsaufgaben sind. Hier ist eine Rollentrennung notwendig.

Wäre die Treuhandanstalt reiner Privatisierungsagent des Staates, würde sie über keinerlei „eigene“ Mittel verfügen, da Privatisierungserlöse — nach Abzug einer Provision in Höhe der Kosten — unmittelbar an den Staat zurückfließen müßten. Alle Aufgaben, die über die reine Privatisierung hinausgehen, und die Ausgaben für Unternehmen in Ostdeutschland müßten von anderen staatlichen Stellen übernommen werden. So würden beispielsweise Anforderungen zur Subventionierung von Unternehmen in Ostdeutschland in Budgetverhandlungen

konkurrieren mit anderen staatlichen Aufgaben und müßten in ihrer Effizienz verglichen werden mit direkten öffentlichen Investitionen in Ostdeutschland. Bei einer solchen Rollenverteilung wäre die Gesamtsumme der Subventionen einer scharfen Budgetrestriktion unterworfen.

Tatsächlich ist aber die Verantwortungszuweisung für die Politik in Ostdeutschland verschwommen. Die Treuhandanstalt ist weitgehend frei, die Privatisierungserlöse so einzusetzen, wie sie es aufgrund ihrer eigenen Entscheidung und des politischen Drucks für richtig hält. Eine Budgetrestriktion existiert nur insoweit, als das Gesamtdefizit der Treuhandanstalt festgeschrieben ist. Das führt zu der paradoxen Konstruktion, daß der Erfolg der Privatisierung darüber entscheidet, wieviele sachfremde Maßnahmen die Anstalt finanzieren kann. Ist sie besonders erfolgreich in der Privatisierung, wird auch der politische Druck von seiten der Interessengruppen besonders groß sein, die noch nicht privatisierten Unternehmen zu stützen, weil die Anstalt dann über genügend Mittel verfügt. Da nur die Budgetrestriktion „Gesamtdefizit“ existiert, ist vorherzusehen, daß die Treuhandanstalt bis zum Ende ihrer Existenz hohe Verluste machen wird, die der Staat vollständig übernehmen muß. Diese Praxis, am Parlament vorbei über öffentliches Geld zu verfügen, sollte rasch beendet werden. Es kann nicht angehen, daß auf der einen Seite strenge Ausgabendisziplin herrschen soll und auf der anderen Seite die Erlöse aus dem Verkauf von öffentlichem Vermögen nahezu beliebig für andere Zwecke eingesetzt werden können.

Die Treuhandanstalt sollte auf die Aufgabe beschränkt werden, die noch verbliebenen Unternehmen zu privatisieren. Bei solchen Unternehmen, die selbst zu geringen Preisen nicht sofort zu verkaufen sind und die aufgrund politischer Überlegungen nicht geschlossen werden können, wird es notwendig sein, zunächst Eigenkapital zur Verfügung zu stellen, das diesen Unternehmen eine gewisse Startchance gibt. Der von der Treuhandanstalt geplante weitergehende Schritt, nämlich die Sanierung zu begleiten und zusätzliche Hilfen in Aussicht zu stellen, ist mehr als problematisch. Bei der derzeitigen Konstruktion der Treuhandanstalt kann das nur dazu führen, daß immer wieder die Treuhandanstalt zum Verlustausgleich in Anspruch genommen wird, weil sie von Anfang an das Sanierungskonzept mitverantwortet hat und keiner harten Budgetrestriktion ausgesetzt ist.

Das bedeutet, daß die Subventionierung von Unternehmen nicht von dem Haushalt finanziert werden darf, der die Privatisierungserlöse erzielt, und daß die unumgängliche Subventionierung transparent und in ihrer zeitlichen Dimension überschaubar sein muß. Die Institute haben schon im Frühjahr darauf hingewiesen, daß sowohl die jetzige Art der Subventionierung über Liquiditätsbürgschaften als auch die über die Eigenkapitalausstattung hinausgehenden Unterstützungen ersetzt werden sollten durch zeitlich eng begrenzte und transparente Übergangshilfen, die Dauersubventionstatbestände ausschließen.

WESTDEUTSCHLAND
Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (1)
 Vorausschätzung für die Jahre 1991 und 1992

	1990 ¹⁾	1991 ²⁾	1992 ²⁾	1991		1992 ²⁾	
				1. Hj. ¹⁾	2. Hj. ²⁾	1. Hj.	2. Hj.

1. Entstehung des Sozialprodukts
 Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Erwerbstätige (im Inland)	2,9	3,0	1,0	3,1	2,5	1,5	1,0
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	-1,0	-1,0	-1,0	-1,1	-1,0	-1,0	-1,0
Arbeitstage ³⁾	-0,3	0,0	0,5	-0,3	0,5	0,5	1,0
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	1,6	1,5	0,5	1,6	2,0	0,5	1,0
Produktivität ⁴⁾	3,1	2,0	1,5	2,8	1,0	1,0	2,0
Bruttoinlandsprodukt real	4,7	3,5	2,0	4,5	2,5	1,5	2,5

2. Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen
 a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1299,2	1385,5	1469,5	666,7	719,0	708,5	761,0
Staatsverbrauch	443,1	469,0	499,0	216,0	253,0	230,0	269,0
Anlageinvestitionen	509,5	568,5	613,0	266,0	302,5	288,0	325,0
Ausrüstungen	234,5	264,0	283,0	122,4	141,5	131,0	152,0
Bauten	275,0	305,0	330,5	143,6	161,5	157,0	173,0
Vorratsveränderung	19,5	20,5	17,0	22,6	-2,0	16,0	1,0
Außenbeitrag	154,2	171,5	175,5	85,3	86,0	87,0	88,5
Ausfuhr	872,9	1000,5	1088,5	489,9	510,5	529,5	559,0
Einfuhr	718,7	829,0	913,0	404,6	424,5	442,5	470,5
Bruttosozialprodukt	2425,5	2615,5	2774,0	1256,6	1359,0	1329,0	1444,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	7,4	6,5	6,0	6,6	6,5	6,5	6,0
Staatsverbrauch	5,8	6,0	6,5	4,2	7,5	6,5	6,5
Anlageinvestitionen	12,9	11,5	8,0	11,7	11,5	8,5	7,5
Ausrüstungen	14,5	12,5	7,0	14,2	11,0	7,0	7,5
Bauten	11,5	11,0	8,5	9,7	12,0	9,5	7,5
Ausfuhr	10,8	14,5	9,0	17,7	12,0	8,0	9,5
Einfuhr	11,7	15,5	10,0	17,5	13,5	9,5	11,0
Bruttosozialprodukt	8,0	8,0	6,0	8,7	7,0	6,0	6,5

3. Verwendung des Sozialprodukts in Preisen von 1985
 a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1211,1	1247,0	1272,0	607,2	640,0	616,5	655,5
Staatsverbrauch	390,5	394,0	401,5	191,1	203,0	194,5	207,0
Anlageinvestitionen	458,6	489,0	502,0	231,6	257,5	238,0	264,0
Ausrüstungen	220,9	243,0	253,0	113,8	129,0	118,0	134,5
Bauten	237,7	246,0	249,0	117,8	128,5	120,0	129,0
Vorratsveränderung	22,5	21,0	19,0	24,5	-3,5	19,0	0,0
Außenbeitrag	56,0	61,0	56,5	30,4	30,5	28,5	28,0
Ausfuhr	844,0	945,5	996,0	467,7	478,0	490,0	506,0
Einfuhr	788,1	885,0	939,5	437,3	447,5	461,5	478,0
Bruttosozialprodukt	2138,7	2212,0	2251,0	1084,8	1127,5	1096,5	1154,5
nachrichtlich:							
Inlandsnachfrage	2082,7	2151,0	2194,5	1054,4	1097,0	1068,0	1126,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	4,7	3,0	2,0	3,5	2,5	1,5	2,5
Staatsverbrauch	2,1	1,0	2,0	-0,3	2,0	2,0	2,0
Anlageinvestitionen	8,8	6,5	2,5	7,2	6,0	3,0	2,5
Ausrüstungen	12,9	10,0	4,0	12,4	8,0	3,5	4,5
Bauten	5,3	3,5	1,0	2,6	4,5	2,0	0,5
Ausfuhr	9,9	12,0	5,5	15,4	9,0	5,0	6,0
Einfuhr	11,9	12,5	6,0	15,4	9,5	5,5	7,0
Bruttosozialprodukt	4,5	3,5	2,0	4,5	2,5	1,0	2,5
nachrichtlich:							
Inlandsnachfrage	5,0	3,5	2,0	4,2	2,5	1,5	2,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (2)
 Vorausschätzung für die Jahre 1991 und 1992
 Fußnoten im Anschluß an Tabelle Bundesrepublik Deutschland

	1990 ¹⁾	1991 ²⁾	1992 ²⁾	1991		1992 ²⁾	
				1. Hj.1)	2. Hj.2)	1. Hj.	2. Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1985 = 100)
 Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	2,6	3,5	4,0	3,0	4,0	4,5	3,5
Staatsverbrauch	3,7	5,0	4,5	4,6	5,0	4,5	4,5
Anlageinvestitionen	3,7	4,5	5,0	4,2	5,0	5,5	5,0
Ausrüstungen	1,4	2,0	3,0	1,6	3,0	3,0	3,0
Bauten	5,9	7,0	7,0	6,9	7,0	7,0	7,0
Ausfuhr	0,8	2,5	3,5	2,0	2,5	3,0	3,5
Einfuhr	-0,2	2,5	3,5	1,9	3,5	3,5	4,0
Bruttosozialprodukt	3,4	4,5	4,0	4,0	4,5	4,5	4,0

5. Einkommensentstehung und -verteilung
 a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1313,9	1425,5	1512,0	661,5	764,0	708,0	804,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme	1069,8	1160,0	1232,5	538,4	621,5	577,0	656,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	743,0	782,0	825,5	368,9	413,0	384,0	441,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	557,5	572,0	591,0	298,0	274,0	294,0	297,0
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	473,6	477,5	492,0	254,7	223,0	245,0	247,0
Entnahmen ⁵⁾⁷⁾	396,7	422,5	451,5	215,3	207,0	232,5	219,0
Nichtentnommene Gewinne	76,9	55,5	40,5	39,4	16,0	12,5	28,0
Volkseinkommen	1871,5	1997,5	2103,0	959,5	1038,0	1002,0	1101,0
Abschreibungen	299,7	325,5	354,0	159,3	166,0	173,0	181,0
Indirekte Steuern ./ Subventionen	254,4	293,0	317,0	137,9	155,0	154,0	163,0
Bruttosozialprodukt	2425,5	2615,5	2774,0	1256,6	1359,0	1329,0	1444,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	7,5	8,5	6,0	8,1	9,0	7,0	5,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme	7,8	8,5	6,5	8,3	8,5	7,0	5,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	10,7	5,0	5,5	6,2	4,5	4,0	7,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	4,7	6,0	5,5	5,8	6,5	6,0	5,0
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	7,5	3,0	4,5	3,7	2,5	3,0	6,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	8,8	2,5	3,5	6,5	-1,5	-1,5	8,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	12,1	1,0	3,0	6,4	-5,0	-3,5	11,0
Entnahmen ⁵⁾⁷⁾	10,0	6,5	7,0	5,9	7,0	8,0	6,0
Volkseinkommen	7,9	6,5	5,5	7,6	6,0	4,5	6,0
Abschreibungen	7,3	8,5	9,0	8,3	9,0	8,5	9,0
Indirekte Steuern ./ Subventionen	9,9	15,0	8,0	17,2	13,5	12,0	5,0
Bruttosozialprodukt	8,0	8,0	6,0	8,7	7,0	6,0	6,5

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
 a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	743,0	782,0	825,5	368,9	413,0	384,0	441,5
Übertragene Einkommen ⁶⁾	378,9	400,5	422,0	194,8	206,0	207,0	215,0
Entnahmen ⁷⁾	448,5	484,0	518,0	246,4	237,5	263,0	255,0
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	22,1	25,5	27,5	12,4	13,0	13,5	14,0
Geleistete Übertragungen ⁸⁾	39,6	42,0	44,0	20,2	21,5	21,5	23,0
Verfügbares Einkommen	1508,8	1599,0	1693,5	777,6	821,5	819,0	874,5
Privater Verbrauch	1299,2	1385,5	1469,5	666,7	719,0	708,5	761,0
Ersparnis	209,6	213,5	224,5	110,9	102,5	110,5	113,5
Sparquote ⁹⁾	13,9	13,5	13,0	14,3	12,5	13,5	13,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	10,7	5,0	5,5	6,2	4,5	4,0	7,0
Übertragene Einkommen ⁶⁾	5,2	5,5	5,5	5,4	6,0	6,0	4,5
Entnahmen ⁷⁾	9,7	8,0	7,0	8,9	7,0	7,0	7,5
Verfügbares Einkommen	9,1	6,0	6,0	6,8	5,5	5,5	6,5
Privater Verbrauch	7,4	6,5	6,0	6,6	6,5	6,5	6,0
Ersparnis	20,9	2,0	5,0	8,0	-4,0	-0,5	10,5

OSTDEUTSCHLAND
Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (1)
 Vorausschätzung für die Jahre 1991 und 1992

	1990 ¹⁰⁾	1991 ¹²⁾	1992 ²⁾	1991		1992 ²⁾	
				1. Hj. ¹⁰⁾	2. Hj. ²⁾	1. Hj.	2. Hj.

1. Entstehung des Sozialprodukts
 Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	-10,3	-20,5	-14,5	-20,8	-20,5	-18,0	-10,0
Arbeitszeit (arbeitsmäßig)	-5,1	-18,5	8,5	-23,3	-12,0	10,5	7,0
Arbeitstage ³⁾	-0,6	-0,5	0,5	-1,0	0,5	0,5	1,0
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	-15,3	-35,5	-6,0	-39,8	-30,0	-9,0	-3,0
Produktivität ¹¹⁾	1,5	20,0	17,5	10,9	30,5	19,5	15,0
Bruttoinlandsprodukt real	-14,0	-22,5	10,0	-33,3	-8,5	8,5	11,5

2. Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen
 a) Mrd.DM

Privater Verbrauch	175,2	200,5	235,0	94,4	106,5	111,5	123,5
Staatsverbrauch	73,0	85,0	92,5	39,2	46,0	43,5	49,0
Anlageinvestitionen	48,3	68,0	92,5	29,3	39,0	43,5	49,0
Ausrüstungen	20,0	35,5	50,0	15,2	20,5	24,5	25,5
Bauten	28,3	32,5	42,5	14,2	18,5	19,0	23,5
Vorratsveränderung	-9,6	17,5	12,0	13,2	4,5	10,5	1,0
Außenbeitrag	-48,4	-145,0	-141,5	-71,4	-73,5	-72,0	-69,5
Ausfuhr	60,8	56,0	67,5	27,6	28,5	31,0	36,5
Einfuhr	109,2	201,0	209,0	99,0	102,0	103,0	106,0
Bruttosozialprodukt	238,5	226,5	290,0	104,7	122,0	137,0	153,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	9,6	14,5	17,0	13,1	16,0	18,0	16,0
Staatsverbrauch	10,7	16,5	8,5	19,2	14,0	11,0	7,0
Anlageinvestitionen	-3,5	41,0	35,5	19,5	63,5	48,5	26,0
Ausrüstungen	1,6	78,5	40,0	46,5	113,0	61,0	24,5
Bauten	-6,7	15,0	30,5	-0,2	30,0	35,0	27,5
Ausfuhr	13,0	-8,0	20,5	-1,8	-13,0	12,5	28,5
Einfuhr	75,9	84,0	4,0	181,7	37,5	4,0	4,0
Bruttosozialprodukt	-15,9	-5,0	28,0	-21,4	15,5	31,0	25,5

3. Verwendung des Sozialprodukts in Preisen von 1990¹²⁾
 a) Mrd.DM

Privater Verbrauch	176,0	180,0	188,5	88,0	92,0	91,0	97,5
Staatsverbrauch	74,9	75,5	72,0	36,9	38,5	35,0	37,0
Anlageinvestitionen	48,5	64,5	83,0	28,1	36,5	39,5	43,5
Ausrüstungen	20,0	35,0	47,5	14,9	20,0	23,5	24,0
Bauten	28,4	30,0	35,5	13,2	16,5	16,0	19,5
Vorratsveränderung	-4,9	17,5	11,0	13,3	4,0	10,5	0,0
Außenbeitrag	-50,0	-141,5	-133,0	-70,3	-71,5	-68,5	-64,5
Ausfuhr	59,4	55,0	64,0	27,2	27,5	29,5	34,5
Einfuhr	109,4	196,5	197,0	97,5	99,0	98,0	99,0
Bruttosozialprodukt	244,4	196,0	221,5	96,0	100,0	107,5	114,0
nachrichtlich: Inlandsnachfrage	294,4	337,5	354,5	166,3	171,5	176,0	178,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	12,6	2,5	4,5	4,4	0,5	3,5	6,0
Staatsverbrauch	5,0	1,0	-5,0	6,3	-4,0	-5,0	-4,5
Anlageinvestitionen	-5,6	33,5	28,5	13,9	54,0	40,5	19,5
Ausrüstungen	0,5	74,0	36,0	43,2	107,0	56,5	21,0
Bauten	-9,5	5,0	19,5	-7,5	17,5	22,5	17,5
Ausfuhr	19,0	-7,5	17,0	2,1	-15,5	9,0	25,0
Einfuhr	72,4	79,5	0,5	176,4	33,5	0,5	0,0
Bruttosozialprodukt	-13,4	-20,0	13,0	-31,0	-5,0	12,0	13,5
nachrichtlich: Inlandsnachfrage	-0,4	14,5	5,0	12,6	17,0	6,0	4,0

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (2)
 Vorausschätzung für die Jahre 1991 und 1992
 Fußnoten im Anschluß an Tabelle Bundesrepublik Deutschland

	1990 ¹⁰⁾	1991 ²⁾	1992 ²⁾	1991		1992 ²⁾	
				1. Hj. ¹⁰⁾	2. Hj. ²⁾	1. Hj.	2. Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1990 = 100)¹²⁾
 Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	-2,7	12,0	12,0	8,3	15,5	14,0	9,5
Staatsverbrauch	5,5	15,5	14,5	12,2	18,5	17,0	12,0
Anlageinvestitionen	2,3	6,0	5,5	4,9	6,5	5,5	5,5
Ausrüstungen	1,1	2,5	3,0	2,3	3,0	3,0	3,0
Bauten	3,1	9,5	9,0	7,9	10,5	10,5	8,5
Ausfuhr	-5,1	-0,5	3,0	-3,8	3,0	3,0	2,5
Einfuhr	2,0	2,5	3,5	1,9	3,0	3,5	4,0
Bruttosozialprodukt	-3,0	18,5	13,5	13,9	21,5	16,5	10,5

5. Einkommensentstehung und -verteilung
 a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	164,1	156,0	183,0	73,0	83,0	83,0	100,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme	142,9	131,5	154,0	62,0	69,5	70,0	84,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	116,6	98,0	111,5	47,6	50,5	51,0	60,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	54,3	46,0	73,5	17,9	28,0	38,5	35,0
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	45,0	39,0	64,0	15,5	23,5	34,0	30,5
Entnahmen ⁵⁾⁷⁾	18,4	29,0	28,5	15,8	13,5	14,5	14,0
Nichtentnommene Gewinne	26,6	10,0	35,5	-0,3	10,0	19,5	16,5
Volkseinkommen	218,4	201,5	256,5	90,9	110,5	121,5	135,0
Abschreibungen	30,2	31,0	32,5	15,3	16,0	16,0	16,5
Indirekte Steuern ./ Subventionen	-10,1	-6,0	1,5	-1,5	-4,5	0,0	1,5
Bruttosozialprodukt	238,5	226,5	290,0	104,7	122,0	137,0	153,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	4,0	-5,0	17,5	-18,1	10,5	14,0	21,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme	5,0	-8,0	17,5	-19,5	5,5	12,5	21,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	5,1	-16,0	13,5	-24,0	-6,0	7,0	20,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	18,0	15,5	35,5	1,8	30,5	36,0	34,5
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	18,2	5,5	31,5	-3,9	16,5	28,5	33,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	-24,5	-15,5	60,0	-34,7	4,0	114,0	25,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	-28,4	-13,0	64,5	-34,9	11,0	118,5	28,5
Entnahmen ⁵⁾⁷⁾	-16,5	58,5	-2,0	88,6	33,5	-8,0	5,0
Volkseinkommen	-5,0	-7,5	27,5	-22,0	8,5	33,5	22,0
Abschreibungen	1,4	3,0	4,0	2,6	3,5	3,5	4,0
Indirekte Steuern ./ Subventionen	—	—	—	—	—	—	—
Bruttosozialprodukt	-15,9	-5,0	28,0	-21,4	15,5	31,0	25,5

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
 a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	116,6	98,0	111,5	47,6	50,5	51,0	60,5
Übertragene Einkommen ⁶⁾	45,7	77,5	107,5	32,7	45,0	50,5	57,5
Entnahmen ⁷⁾	27,3	39,5	45,5	19,6	19,5	22,5	23,0
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	5,1	7,5	9,0	3,7	4,0	4,5	4,5
Geleistete Übertragungen ⁸⁾	2,2	2,5	3,0	1,2	1,5	1,5	1,5
Verfügbares Einkommen	182,3	204,5	252,5	95,0	109,5	117,5	135,0
Privater Verbrauch	175,2	200,5	235,0	94,4	106,5	111,5	123,5
Ersparnis	7,1	4,0	17,5	0,5	3,5	6,5	11,5
Sparquote ⁹⁾	3,9	2,0	7,0	0,6	3,0	5,5	8,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	5,1	-16,0	13,5	-24,0	-6,0	7,0	20,0
Übertragene Einkommen ⁶⁾	22,1	69,5	39,0	78,0	64,0	53,5	28,0
Entnahmen ⁷⁾	-4,4	44,0	15,5	62,3	29,5	14,0	16,5
Verfügbares Einkommen	6,0	12,0	23,5	5,3	19,0	24,0	23,0
Privater Verbrauch	9,6	14,5	17,0	13,1	16,0	18,0	16,0
Ersparnis	-41,8	-45,5	357,5	-91,9	730,0	1076,0	240,5

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (1)
 Vorausschätzung für die Jahre 1991 und 1992

	Westdeutschland		Ostdeutschland		Bundesrepublik	
	1991 ²⁾	1992 ²⁾	1991 ²⁾	1992 ²⁾	1991 ²⁾	1992 ²⁾

1. Entstehung des Sozialprodukts
 a) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	3,0	1,0	-20,5	-14,5	-2,5	-2,0
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	-1,0	-1,0	-18,5	8,5	-4,5	0,5
Arbeitstage ³⁾	0,0	0,5	-0,5	0,5	0,0	0,5
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	1,5	0,5	-35,5	-6,0	-7,0	-0,5
Produktivität ¹¹⁾	2,0	1,5	20,0	17,5	9,0	3,0
Bruttoinlandsprodukt real	3,5	2,0	-22,5	10,0	1,0	2,5

b) 1000 Personen

Zahl der Erwerbstätigen	29235	29585	7030	6025	36265	35610
Arbeitslose	1700	1700	950	1400	2650	3100
Arbeitslosenquote (in vH) ¹³⁾	5,5	5,4	11,9	18,9	6,8	8
Kurzarbeiter	130	150	1630	750	1760	900
Pendlersaldo	220	325	-310	-425	-90	-100

2. Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen
 a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1385,5	1469,5	200,5	235,0	1586,5	1704,5
Staatsverbrauch	469,0	499,0	85,0	92,5	554,0	591,5
Anlageinvestitionen	568,5	613,0	68,0	92,5	637,0	705,5
Ausrüstungen	264,0	283,0	35,5	50,0	299,5	333,0
Bauten	305,0	330,5	32,5	42,5	337,5	373,0
Vorratsveränderung	20,5	17,0	17,5	12,0	38,0	29,0
Außenbeitrag	171,5	175,5	-145,0	-141,5	26,5	34,0
Ausfuhr ¹⁴⁾	1000,5	1088,5	56,0	67,5	842,0	926,5
Einfuhr ¹⁴⁾	829,0	913,0	201,0	209,0	815,5	892,5
Bruttosozialprodukt nachrichtlich:	2615,5	2774,0	226,5	290,0	2842,0	3064,0
Inlandsnachfrage	2444,0	2598,5	371,5	431,5	2815,5	3030,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	6,5	6,0	14,5	17,0	7,5	7,5
Staatsverbrauch	6,0	6,5	16,5	8,5	7,5	6,5
Anlageinvestitionen	11,5	8,0	41,0	35,5	14,0	11,0
Ausrüstungen	12,5	7,0	78,5	40,0	17,5	11,0
Bauten	11,0	8,5	15,0	30,5	11,5	10,5
Ausfuhr ¹⁴⁾	14,5	9,0	-8,0	20,5	0,0	10,0
Einfuhr ¹⁴⁾	15,5	10,0	84,0	4,0	11,0	9,5
Bruttosozialprodukt nachrichtlich:	8,0	6,0	-5,0	28,0	6,5	8,0
Inlandsnachfrage	7,5	6,5	29,5	16,0	10,0	7,5

3. Einkommensentstehung und -verteilung
 a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1425,5	1512,0	156,0	183,0	1581,0	1695,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme	1160,0	1232,5	131,5	154,0	1291,5	1386,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	782,0	825,5	98,0	111,5	880,0	937,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	572,0	591,0	46,0	73,5	617,5	664,5
Volkseinkommen	1997,5	2103,0	201,5	256,5	2199,0	2359,5
Abschreibungen	325,5	354,0	31,0	32,5	356,5	386,5
Indirekte Steuern ./ Subventionen	293,0	317,0	-6,0	1,5	287,0	318,0
Bruttosozialprodukt	2615,5	2774,0	226,5	290,0	2842,0	3064,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	8,5	6,0	-5,0	17,5	7,0	7,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme	8,5	6,5	-8,0	17,5	6,5	7,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	5,0	5,5	-16,0	13,5	2,5	6,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	6,0	5,5	15,5	35,5	10,5	9,5
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	3,0	4,5	5,5	31,5	6,0	8,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	2,5	3,5	-15,5	60,0	1,0	7,5
Volkseinkommen	6,5	5,5	-7,5	27,5	5,0	7,5
Abschreibungen	8,5	9,0	3,0	4,0	8,0	8,5
Indirekte Steuern ./ Subventionen	15,0	8,0	-	-	17,5	11,0
Bruttosozialprodukt	8,0	6,0	-5,0	28,0	6,5	8,0

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (2)
Vorausschätzung für die Jahre 1991 und 1992

	Westdeutschland		Ostdeutschland		Bundesrepublik	
	1991 ²⁾	1992 ²⁾	1991 ²⁾	1992 ²⁾	1991 ²⁾	1992 ²⁾

4. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme Übertragene Einkommen ⁶⁾	782,0	825,5	98,0	111,5	880,0	937,0
Entnahmen ⁷⁾	400,5	422,0	77,5	107,5	478,0	529,5
Abzüge:	484,0	518,0	39,5	45,5	523,0	563,5
Zinsen auf Konsumentenschulden	25,5	27,5	7,5	9,0	33,0	36,5
Geleistete Übertragungen ⁸⁾	42,0	44,0	2,5	3,0	44,5	47,0
Verfügbares Einkommen	1599,0	1693,5	204,5	252,5	1803,5	1946,0
Privater Verbrauch	1385,5	1469,5	200,5	235,0	1586,5	1704,5
Ersparnis	213,5	224,5	4,0	17,5	217,5	242,0
Sparquote ⁹⁾	13,5	13,0	2,0	7,0	12,0	12,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme Übertragene Einkommen ⁶⁾	5,0	5,5	-16,0	13,5	2,5	6,5
Entnahmen ⁷⁾	5,5	5,5	69,5	39,0	12,5	11,0
Abzüge:	8,0	7,0	44,0	15,5	10,0	7,5
Verfügbares Einkommen	6,0	6,0	12,0	23,5	6,5	8,0
Privater Verbrauch	6,5	6,0	14,5	17,0	7,5	7,5
Ersparnis	2,0	5,0	-45,5	357,5	0,5	11,5

5. Einnahmen und Ausgaben des Staates¹⁵⁾
a) Mrd. DM

Einnahmen						
Steuern	661,5	710,5	28,5	37,5	689,5	748,0
Sozialbeiträge	451,5	478,0	56,0	66,5	507,0	544,5
Erwerbseinkünfte	36,0	44,5	1,0	0,5	37,0	45,5
Sonstige Einnahmen ¹⁴⁾	28,0	29,5	97,5	105,0	33,0	37,5
Vermögensübertragungen, empfangen ¹⁴⁾	7,5	8,0	16,5	20,0	7,5	8,0
Einnahmen insgesamt	1184,5	1270,5	198,5	230,0	1274,0	1383,0
Ausgaben						
Staatsverbrauch	469,0	499,0	85,0	92,5	554,0	591,5
Zinsen	72,5	83,5	3,0	8,5	75,5	92,0
Laufende Übertragungen an	608,0	629,5	114,0	142,5	629,5	675,0
Private Haushalte	404,0	425,0	82,5	114,5	486,5	539,5
Unternehmen	57,0	57,5	22,0	18,0	79,5	75,5
Übrige Welt ¹⁴⁾	147,0	147,0	9,0	10,0	63,5	60,0
Vermögensübertragungen, geleistet ¹⁴⁾	49,5	56,0	21,0	27,0	54,0	63,0
Nettoinvestitionen	42,0	43,0	7,0	12,0	49,0	55,0
Ausgaben insgesamt	1241,0	1311,0	230,0	282,5	1362,0	1476,0
Finanzierungssaldo	-56,5	-40,5	-31,5	-52,5	-88,0	-93,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Einnahmen						
Steuern	15,0	7,5	-24,5	33,0	13,0	8,5
Sozialbeiträge	10,0	6,0	18,0	19,0	10,5	7,5
Erwerbseinkünfte	7,5	23,5	300,0	-25,0	9,0	22,5
Sonstige Einnahmen ¹⁴⁾	9,0	4,5	112,0	8,0	21,0	13,5
Vermögensübertragungen, empfangen ¹⁴⁾	-3,0	7,0	-	-	-3,0	7,0
Einnahmen insgesamt	12,5	7,5	51,5	15,5	12,0	8,5
Ausgaben						
Staatsverbrauch	6,0	6,5	16,5	8,5	7,5	6,5
Zinsen	14,0	15,0	-20,0	165,5	12,0	21,5
Laufende Übertragungen an	17,0	3,5	37,5	25,5	13,0	7,0
Private Haushalte	5,5	5,0	78,5	39,0	13,5	11,0
Unternehmen	7,5	0,0	-39,5	-17,5	-11,5	-5,0
Übrige Welt ¹⁴⁾	78,0	0,0	-	-	67,5	-5,5
Vermögensübertragungen, geleistet ¹⁴⁾	49,5	14,0	-	-	55,5	17,0
Nettoinvestitionen	5,0	3,0	91,5	69,0	12,5	12,5
Ausgaben insgesamt	13,0	5,5	39,0	23,0	12,0	8,5

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen) sowie eigenen Berechnungen von Arbeitszeit und Produktivität; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — 2) Vorausschätzung der beteiligten Institute; Angaben gerundet. — 3) Veränderung der Zahl der Arbeitstage nur zur Hälfte berücksichtigt. — 4) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1985 je Erwerbstätigenstunde. — 5) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumenten- und auf öffentliche Schulden. — 6) Soziale Leistungen (nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen, der Beiträge des Staates und der Unternehmen für Empfänger sozialer Leistungen und deren Eigenbeiträge zur Sozialversicherung), sonstige Übertragungen des Staates an private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck, internationale private Übertragungen. — 7) Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen. — 8) Nichtzurechenbare Steuern, freiwillige Sozialbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u.ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. — 9) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens. — 10) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 5/1991) und einer empirisch gestützten Modellrechnung des DIW, Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — 11) Bruttoinlandsprodukt in Preisen des 2. Halbjahres 1990 je Erwerbstätigenstunde. — 12) 2.Halbjahr 1990 = 100. — 13) Arbeitslose in vH der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitslose). — 14) Angaben für die Bundesrepublik um innerdeutsche Transaktionen bereinigt. — 15) Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung.

Zur Europäischen Währungsunion

Im Dezember dieses Jahres wollen die Staats- und Regierungschefs der EG die vertraglichen Grundlagen für die Schaffung einer europäischen Einheitswährung und für die damit verbundene Errichtung einer europäischen Zentralbank legen. Nach dem Delors-Bericht sollen zugleich die Mittel des gemeinschaftlichen Regionalfonds aufgestockt werden, um einzelne Regionen stärker unterstützen zu können. Während grundsätzlich Einigkeit darüber besteht, daß eine einheitliche Währung wegen niedrigerer Informations- und Transaktionskosten vorteilhaft ist, bestehen gegenwärtig noch immer beträchtliche Meinungsverschiedenheiten über das Tempo bei der endgültigen Fixierung der Wechselkurse innerhalb Europas und über die institutionelle Ausgestaltung des europäischen Zentralbanksystems.

Im Gegensatz zur Einführung der D-Mark in der damaligen DDR wäre die Umstellung auf eine einheitliche europäische Währung insofern zunächst unproblematisch, als die Suche nach dem angemessenen Umstellungskurs für Strom- und Bestandsgrößen entfielen. Soweit die Wechselkurse nicht durch noch bestehende Beschränkungen des Kapitalverkehrs verzerrt sind, gleichen sie tendenziell die Kostenunterschiede innerhalb der Gemeinschaft aus. Würden alle Preise, Einkommen und sonstigen monetären Größen zu diesen Wechselkursen in einer europäischen Währung ausgedrückt, so blieben die Wettbewerbspositionen der Länder untereinander unverändert. Mit der Zeit können sich aber insbesondere dann Probleme ergeben, wenn die Entwicklung der Löhne in einzelnen Ländern den Anstieg der Produktivität übertrifft. Eine solche Lohnpolitik würde das Kostenniveau eines Landes hinaufreiben, seine Konkurrenzfähigkeit verringern und sich in höherer Arbeitslosigkeit niederschlagen. Dies ist auch eine Lehre aus der Entwicklung in Ostdeutschland: dort sind die Kosten — gemessen an denen in Westdeutschland — im Vergleich zur Produktivität zu hoch; die Folge ist höhere Arbeitslosigkeit. Um diese zu verringern und um das Lohnniveau, das sonst unter Druck geriet, abzusichern, werden umfangreiche finanzielle Transfers von West nach Ost geleistet.

Nach Einführung der europäischen Währungsunion wird es für einzelne Länder keine Möglichkeit mehr geben, durch Veränderungen von Wechselkursen die preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu wahren. Dies mag sich disziplinierend auf die Lohnpolitik auswirken, weil man nicht mehr darauf setzen kann, daß Beschäftigungsverluste durch Wechselkursänderungen abgefangen werden. Aber auch

das Gegenteil kann sich ergeben. So sind die Bestrebungen unübersehbar, der Kommission der Europäischen Gemeinschaft vermehrt eigene Mittel zur Verfügung zu stellen, damit sie in den Mitgliedsländern verstärkt Ausgaben vornehmen kann. Das könnte geradezu zur Folge haben, daß in einzelnen Regionen die Lohndisziplin, aber auch die staatliche Ausgabendisziplin untergraben wird, weil man auf die Hilfe aus Brüssel setzt und finanzielle Unterstützung einklagt. Anders als im Delors-Bericht gefordert, ist daher keine Aufstockung des Regionalfonds angezeigt. Im Gegenteil, die Schaffung der europäischen Währungsunion würde es zwingend erfordern, den Ausgaberahmen der Gemeinschaft verbindlich zu begrenzen.

Die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung ist keine notwendige Bedingung für ein Fortschreiten der politischen Integration Europas. Statt schon jetzt verbindlich einen Zeitpunkt für die Schaffung einer europäischen Einheitswährung zu vereinbaren, sollten die Mitgliedsländer von sich aus Schritte ergreifen, die geeignet sind, den Bedarf an Wechselkursänderungen zwischen den Mitgliedsländern zu verringern. Dazu ist insbesondere eine Annäherung in Richtung auf Preisstabilität erforderlich. Wenn sich im evolutorischen Prozeß weitgehend feste Wechselkurse bei gleichzeitiger Preisstabilität herausgebildet haben, ist die Währungsunion ein kaum noch wahrnehmbarer Schritt. Für diesen Prozeß ist es notwendig, daß in allen Mitgliedsländern Kapitalverkehrskontrollen beseitigt und Beschränkungen der Währungswahl abgeschafft werden. Im Vorgriff auf das beabsichtigte Statut der Europäischen Zentralbank könnten zudem die nationalen Parlamente ihren Zentralbanken bereits jetzt ein Maß an Unabhängigkeit verleihen, wie es in der Endstufe der Währungsunion auf europäischer Ebene vorgesehen ist. Dazu gehört auch eine Wechselkurskompetenz, weil eine Interventionspflicht mit der Geldmengensteuerung in Konflikt stehen kann.

Anders als bei der im Delors-Bericht vorgesehenen zweiten Stufe, in der eine der Europäischen Zentralbank ähnliche Institution geschaffen werden soll, ohne daß deren Rechte und Pflichten klar definiert sind, bestünden bei einem solchen Vorgehen klare Verantwortlichkeiten für geldpolitische Fehlentwicklungen. Ein solcher Prozeß, in dem sich Ziele und institutionelle Ausgestaltung des zukünftigen europäischen Währungssystems evolutorisch bilden, dürfte nicht nur im ökonomischen Bereich, sondern auch in politischer Hinsicht mit weniger Friktionen verbunden sein.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Dr. Kurt Hornschild
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41, Telefon (030) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

WESTDEUTSCHLAND

Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹⁾

	Arbeitslose		Offene Stellen		Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe (Volumen) ²⁾												
					Insgesamt		dav.: Hauptgruppen						Inland		Ausland		
			Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe				Investitionsgütergewerbe		Verbrauchsgütergewerbe								
	in 1000				1985 = 100												
	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	
1989	J	2088		213		111,9		109,2		113,2		112,1		111,4		112,7	
	F	2076	2075	221	220	114,2	114,3	111,1	110,6	116,5	116,7	112,2	112,8	113,4	114,2	115,6	114,4
	M	2061		227		116,7		111,4		120,3		114,1		117,7		115,0	
	A	2060		232		118,0		111,5		122,1		116,3		117,5		119,0	
	M	2066	2056	238	238	115,2	117,1	110,8	111,6	117,9	120,6	114,0	115,3	113,2	116,4	118,5	118,3
	J	2041		244		118,0		112,6		121,7		115,6		118,4		117,5	
	J	2014		248		116,7		113,3		118,7		115,6		115,7		118,2	
	A	1993	1995	258	262	115,4	116,4	110,7	111,5	117,5	119,0	116,1	116,3	113,8	115,5	117,9	117,9
	S	1977		279		117,2		110,5		120,8		117,2		117,0		117,6	
	O	1973		297		116,5		112,1		118,7		116,6		116,9		115,7	
	N	1999	1985	305	302	118,7	119,5	111,4	111,6	123,2	124,2	117,2	118,0	116,8	118,9	122,0	120,5
	D	1982		305		123,4		111,4		130,6		120,2		123,1		123,7	
1990	J	1943		303		118,2		112,5		121,8		117,1		118,4		118,2	
	F	1923	1920	306	307	118,6	118,7	111,6	112,3	121,8	122,3	120,0	118,5	118,3	118,1	119,1	120,0
	M	1894		312		119,4		112,7		123,3		118,4		117,5		122,6	
	A	1938		318		117,7		112,4		121,3		115,3		118,1		117,2	
	M	1941	1937	324	322	121,0	119,6	111,0	111,6	126,5	124,1	120,3	118,8	123,7	121,4	116,6	116,7
	J	1935		324		120,1		111,4		124,4		120,8		122,3		116,3	
	J	1907		325		122,5		113,4		126,8		124,4		125,8		117,2	
	A	1869	1867	320	318	125,0	124,8	114,4	115,5	130,4	129,4	126,0	126,1	131,7	129,6	114,1	117,1
	S	1826		310		127,0		118,6		131,1		127,9		131,2		120,0	
	O	1786		306		129,4		118,8		134,7		130,8		135,9		119,0	
	N	1733	1744	307	308	125,7	126,0	116,6	117,1	129,1	129,2	130,0	131,2	135,3	134,3	109,9	112,6
	D	1713		311		123,0		115,9		123,7		132,7		131,7		108,8	
1991	J	1661		319		128,5		118,5		133,4		129,6		136,6		115,2	
	F	1668	1647	321	324	124,6	125,8	116,1	115,9	127,2	129,7	130,9	129,9	133,6	134,9	110,1	110,9
	M	1611		333		124,2		113,1		128,5		129,2		134,6		107,3	
	A	1663		341		120,6		113,6		123,2		124,0		130,0		105,2	
	M	1707	1694	346	346	122,5	122,1	113,9	113,4	126,6	125,6	124,1	125,5	130,2	130,4	109,9	108,4
	J	1712		351		123,1		112,7		127,0		128,3		130,9		110,2	
	J	1733		347		122,7		116,2		124,1		129,5		127,9		114,3	
	A	1731	1727	346	341	122,8		114,9		125,9		126,1		128,3		113,7	
	S	1717		332													
	O																
	N																
	D																

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

WESTDEUTSCHLAND

noch: Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹⁾

		Beschäftigte im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe		Produktion im produzierenden Gewerbe ²⁾							Umsätze des Einzel- handels zu Preisen von 1980		Außenhandel (Spezialhandel ²⁾)				
				Verarbei- tendes Gewerbe	dav.: Hauptgruppen				Bauhaupt- gewerbe	Ausfuhr			Einfuhr				
					Grundstoff- u. Produktions- gütergewerbe		Investitions- gütergewerbe										
				in 1000		1985 = 100							1986 = 100		Mrd. DM zu Preisen von 1980 ³⁾		
		mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1989	J	7150		110,0		107,0		113,5		123,1		108,7		44,4		39,4	
	F	7160	7160	110,2	110,4	107,6	108,1	113,2	113,6	122,2	122,2	108,8	108,4	44,9	44,3	39,3	38,8
	M	7169		111,1		109,6		114,0		121,3		107,8		43,6		37,6	
	A	7175		113,7		107,7		118,3		114,7		109,9		44,3		38,9	
	M	7183	7186	109,8	112,1	108,2	107,8	112,0	115,8	108,9	113,2	108,1	110,0	43,5	44,6	39,1	39,6
	J	7200		112,7		107,6		117,0		116,0		112,0		46,1		40,8	
	J	7218		113,9		108,8		118,9		113,3		107,2		44,1		39,6	
	A	7234	7233	112,8	113,5	109,3	109,1	116,5	117,8	116,8	115,5	109,8	109,1	44,9	45,2	39,7	40,2
	S	7247		113,7		109,3		117,9		116,5		110,2		46,6		41,2	
	O	7260		114,3		109,2		118,8		118,2		110,0		44,2		41,0	
	N	7272	7275	114,9	115,3	109,3	110,0	120,1	120,1	122,1	120,8	111,4	110,5	45,5	44,7	40,9	41,2
	D	7292		116,7		111,5		121,3		122,2		110,0		44,3		41,7	
1990	J	7337		115,7		109,3		121,7		123,8		114,8		48,4		43,4	
	F	7359	7353	116,5	116,5	110,7	110,6	121,9	122,0	127,4	128,7	113,6	114,3	46,7	47,3	41,8	42,3
	M	7364		117,4		111,7		122,3		134,8		114,5		46,9		41,8	
	A	7371		115,3		110,6		119,2		122,5		115,8		45,6		44,1	
	M	7384	7383	119,1	117,5	109,4	110,5	124,9	122,1	124,4	121,3	118,8	116,5	45,1	44,1	41,9	43,1
	J	7393		118,1		111,4		122,2		117,0		114,9		41,6		43,2	
	J	7420		119,8		110,1		124,9		125,4		122,8		45,2		44,6	
	A	7435	7429	119,0	120,1	110,6	111,4	122,4	124,1	120,5	122,9	122,9	121,6	45,6	45,2	45,8	45,3
	S	7431		121,4		113,5		125,0		122,8		119,0		44,8		45,6	
	O	7469		122,3		111,8		126,3		127,1		124,3		46,7		45,8	
	N	7482	7482	122,3	122,7	112,9	112,6	125,9	126,8	125,9	125,2	123,6	122,7	46,4	45,8	50,8	48,4
	D	7495		123,4		113,1		128,2		122,6		120,2		44,4		48,8	
1991	J	7529		123,2		113,6		126,9		123,8		127,6		46,0		51,9	
	F	7542	7536	123,2	123,2	111,2	113,3	127,7	127,0	103,9	121,0	124,5	125,8	46,3	46,1	50,3	50,8
	M	7538		123,1		115,0		126,3		135,4		125,3		46,1		50,2	
	A	7544		123,2		112,1		127,1		133,4		128,6		43,8		49,8	
	M	7534	7532	123,0	124,1	113,2	113,5	126,3	128,1	124,2	127,3	125,8	127,1	46,3	44,4	53,3	50,9
	J	7519		126,2		115,1		131,0		124,4		126,8		43,1		49,6	
	J	7524		123,9		111,7		128,1		129,3		130,5		47,0		50,5	
	A			121,5		110,5		125,5		120,4		121,3		47,0		47,4	
	S																
	O																
	N																
	D																

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt. — ³⁾ Index der Durchschnittswerte — soweit nicht veröffentlicht — vom DIW geschätzt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.